

157. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2015





Vorwort	3
Regierungsrat	5
Kantonskanzlei	8
Departement Finanzen	13
Departement Bildung	20
Departement Gesundheit	27
Departement Bau und Umwelt	34
Departement Volks- und Landwirtschaft	41
Departement Sicherheit und Justiz	49
Departement Inneres und Kultur	56
Statistischer Anhang	65

Vorwort

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Mit diesem Bericht legt der Regierungsrat Rechenschaft ab über das Jahr 2015. Der Bericht knüpft formal an die Berichte der Vorjahre an. Die Berichte der Departemente und der Kantonskanzlei werden mit je einer Zusammenfassung eröffnet. Hier wird auch darüber Rechenschaft abgelegt, welche Ziele und Projekte nicht oder nur teilweise erreicht wurden. Im Zusammenhang mit dem Projekt des Regierungscollings, das der Regierungsrat im Berichtsjahr lanciert hat, wird auch die Weiterentwicklung des Rechenschaftsberichts geprüft. Es zeichnet sich ab, dass sich der Rechenschaftsbericht voraussichtlich ab dem Jahr 2018 in neuer Form präsentieren wird. Für das Jahr 2015 hat die Struktur des Rechenschaftsberichts noch keine Änderungen erfahren.

Per 1. Juni 2015 ging die Reform der Staatsleitung in die Umsetzung. Mit der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder ging eine 157-jährige Ära zu Ende, hatte doch die Ausserrhoder Exekutive seit 1858 in einer Siebnerbesetzung regiert. Im zweiten Halbjahr führten fünf Mitglieder des Regierungsrates sieben Departemente. Bis zum Inkrafttreten des revidierten Organisationsgesetzes am 1. Januar 2016 konnte die definitive Ordnung vorbereitet und eingeleitet werden. Es hat sich bewährt, diesen Wechsel in Form eines längerfristigen Übergangs und im Sinne einer lernenden Organisation anzugehen.

Mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung konnte ein anforderungsreiches Vorhaben weitgehend abgeschlossen werden. Die inhaltlichen und planerischen Zielsetzungen wurden erreicht. Dazu beigetragen hat eine bewusst gepflegte Kultur der offenen Kommunikation mit dem Ziel, alle Mitarbeitenden regelmässig in den Prozess einzubinden. Die Reorganisation stellte eine ausserordentliche Belastung dar, die zusätzlich zum Tagesgeschäft zu bewältigen war. Ein grosser Dank geht an alle Mitarbeitenden für ihr engagiertes und konstruktives Mitwirken, insbesondere dort, wo es galt, auch schwierige Entscheide mitzutragen und umzusetzen. Die kantonale Verwaltung ist zweckmässig strukturiert, gut aufgestellt und bereit für eine zeitgemässe und zukunftsfähige Weiterentwicklung der Organisation.

Parallel zum Neustart in veränderter Dynamik und in teilweise neuer personeller Zusammensetzung bot der Übergang zur neuen Organisation mit fünf Departementen Raum zur vertieften Analyse wichtiger Geschäfte. So hat sich der Regierungsrat für eine Totalrevision der Kantonsverfassung ausgesprochen, da bedeutsame Themen wie beispielsweise die Optimierung der Gemeindestrukturen oder die Gesetzesrevision zu den politischen Rechten Verfassungsänderungen voraussetzen. Auch bei der Revision der Baugesetzgebung hat der Regierungsrat einen Zwischenhalt eingeschaltet, um diese dem Kantonsrat als Gesamtkonzept zusammen mit dem neuen Mehrwertausgleich sowie mit der Nachführung des kantonalen Richtplans unterbreiten zu können.

Im Berichtsjahr konnten mit der gestaffelten Umsetzung des Entlastungsprogramms 2015/2016 erste Massnahmen wirksam werden. Parallel dazu wurde die Erarbeitung der Massnahmen 2016 koordiniert an die Hand genommen. Im Voranschlag 2016 wurde erstmals seit Jahren ohne Defizit budgetiert, obwohl die Erwartungen aus verschiedenen Gründen nach unten korrigiert werden mussten. Mit der Finanzplanung 2017 konnte ein ausgeglichener Haushalt ausgewiesen werden.

Im Rahmen der Public Corporate Governance (PCG) waren und sind weiterhin Fragen im Bereich der ausgelagerten Erfüllung von öffentlichen Aufgaben und der Schaffung, Steuerung und Aufsicht von Beteiligungen des Kantons zu klären. Das Ziel ist eine bessere und transparente Steuerung und Aufsicht durch den Regierungsrat unter der Oberaufsicht des Kantonsrates. Hierzu wurden im Berichtsjahr Zuständigkeiten geklärt und erste wichtige Schritte gemacht. Der Regierungsrat hat in einem Grundsatzbeschluss entschieden, auf den Erlass von allgemeinen PCG-Richtlinien zu verzichten. Für ausgewählte Anstalten - allen voran den Spitalverbund Appenzel Ausserrhoden - soll indessen eine Eigentümerstrategie des Kantons erarbeitet werden; die entsprechenden Aufträge wurden erteilt. Weiter wurden die



Delegationen von Mitgliedern des Regierungsrates in Führungsgremien von Anstalten und Betrieben systematisch geprüft und neu geregelt. Schliesslich wurde eine Überprüfung des eGovernment-Gesetzes hinsichtlich Führungsgremien und Aufsicht der Appenzell Ausserrhoden Informatik AG in Auftrag gegeben.

Im Berichtsjahr wurde das Regierungsprogramm 2012-2015 abgeschlossen. Oberstes Ziel war weiterhin das Wachstum der kantonalen Wohnbevölkerung. Die Bevölkerungsentwicklung verlief 2015 nach wie vor positiv. Die «Arealentwicklung» ist seit 1. Januar 2016 in den Aufgabenbereich des Amtes für Wirtschaft und Arbeit integriert. Das Projekt «Bauen & Wohnen» wurde per Ende Berichtsjahr abgeschlossen, wobei die Weiterführung des Teilprojekts «Haus-Analyse» im Rahmen der Baugesetzrevision geprüft wird.

Mit Verabschiedung und Kenntnisnahme des Regierungsprogramms 2016-2019 hat der Regierungsrat einen konzeptionellen Wechsel hin zu einer strategischen Schwerpunktplanung vollzogen. Ein zeitgemässes Instrument für die politische Steuerung steht bereit, und die neue Ausrichtung trägt dem Gesetzgebungsauftrag Rechnung. Das Regierungsprogramm enthält keine einzelnen Massnahmen mehr, sondern drei ausgewählte Politikbereiche, neun Ziele und 18 Strategien. Der Regierungsrat legt den Schwerpunkt auf die Politikbereiche «Strukturen von Kanton und Gemeinden», «Gesellschaft und Wirtschaft» sowie «Lebens- und Naturraum». Das Programm gibt die Ziele vor, die im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit erreicht werden sollen. Das Regierungsprogramm als Planungs- und Führungsinstrument wird ergänzt durch andere Instrumente wie Aufgaben- und Finanzplan, Investitionsplan, Sach- und Terminplanung, Voranschlag, Staatsrechnung, Rechenschaftsbericht sowie Ergebnisse des Regierungscollings. Der Regierungsrat hat entschieden, die verschiedenen Planungs- und Steuerungsinstrumente zeitlich und funktional aufeinander abzustimmen und dafür einen Projektauftrag erteilt.

Mit der Verabschiedung eines Verpflichtungskredits durch den Kantonsrat für die nächste Phase Expo2027 Bodensee-Ostschweiz hat Appenzell Ausserrhoden ein starkes Zeichen gesetzt an die Adresse der beiden anderen federführenden Kantone, aber auch an die ganze Schweiz. Appenzell Ausserrhoden beteiligt sich mit einem namhaften Betrag an der Machbarkeitsstudie und engagiert sich für ein Grossprojekt von nationaler Bedeutung mit Zentrum in der Ostschweiz.

Gerade in Zeiten von Veränderungen sind gute, stabile Beziehungen zu den Partnern im Kanton wichtig. Das Einvernehmen und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden waren auch im Berichtsjahr wieder gewohnt gut und geprägt von einer konstruktiven Grundhaltung. Regierungsrat und Gemeinden begegnen sich als zuverlässige Partner mit je eigenen Interessen bei gleichzeitig hohem Verantwortungsbewusstsein für den ganzen Kanton. Hierfür gebührt den Gemeinden herzlicher Dank.

Ebenfalls zu danken hat der Regierungsrat dem Kantonsrat für das grosse Engagement, Appenzell Ausserrhoden weiterzubringen. Zeichen dafür war unter anderem die Verabschiedung des Organisationsgesetzes, welches dem Regierungsrat massgebliche Organisationsautonomie gewährt – ein Beweis des Vertrauens gegenüber der Exekutive.

Im Namen des Regierungsrates

Matthias Weishaupt, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber

Regierungsrat

1. Allgemeines

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr zu 40 ordentlichen Sitzungen. Dabei fasste er 619 Beschlüsse, was einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr (580) entspricht. Sie ist insbesondere auf die deutliche Zunahme von Aufnahmen in das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden sowie auf die gestiegene Anzahl von Statutenänderungen von Flurgemeinschaften zurückzuführen. Allein diese beiden Kategorien führten zu rund 60 zusätzlichen Beschlüssen gegenüber dem Vorjahr. Mit Ausnahme dieser beiden Kategorien hat der Regierungsrat seine Geschäfte weiter reduziert. Er bemüht sich seit längerem, sich auf die wesentlichen Geschäfte zu konzentrieren und von Delegationen, wenn möglich, Gebrauch zu machen. Dies schafft den Freiraum, um wichtige Geschäfte auch vertieft behandeln zu können.

In 13 Strategiesitzungen beschäftigte sich der Regierungsrat insbesondere mit finanz-, bildungs- und kulturpolitischen Themen. In den beiden eineinhalbtägigen Klausuren standen neben der Teamentwicklung innerhalb des Regierungsrates die Reorganisation der kantonalen Verwaltung, der neue Aufgaben- und Finanzplan sowie Fragen der Public Corporate Governance im Zentrum.

Der traditionelle Austausch mit den Wirtschaftsverbänden wurde auch 2015 mit einer Vorstellung der Ergebnisse aus dem Monitoringbericht eröffnet. Im Übrigen tauschten sich der Regierungsrat und die Vertreter der Wirtschaftsverbände über das neue Regierungsprogramm aus.

Im Rahmen des Wirtschaftsdialogs besuchten Delegationen des Regierungsrates gemeinsam mit den Gemeinderäten der Standortgemeinden folgende Betriebe: Klinik Gais AG (Gais), Werkheim Neuschwende (Trogen), Hirslanden-Klinik Am Rosenberg (Heiden), Just Schweiz AG (Walzenhausen).

2. Reorganisation der kantonalen Verwaltung (ReKVAR)

Die Reform der Staatsleitung, welche seit 2011 läuft, gelangte 2015 mit dem Projekt ReKVAR in eine entscheidende und anspruchsvolle Phase. Nachdem 2014 die Vorbereitungsarbeiten zu ReKVAR abgeschlossen wurden und die Umset-

zung angelaufen war, galt es 2015 einerseits die Teilrevision des Organisationsgesetzes mit der 2. Lesung im Kantonsrat abzuschliessen und andererseits die ReKVAR umzusetzen. Mit der ReKVAR kombiniert wurde die Aufgabenüberprüfung, welche als letzter Teil des Entlastungsprogrammes 2015/2016 massgebliche Einsparungen im Kantonshaushalt zeitigen sollte. Der Regierungsrat war dabei als politisch verantwortliches Gremium und als strategisches Steuerungsorgan in einer Doppelrolle gefordert. Gleichzeitig leiteten fünf Mitglieder des Regierungsrates jeweils ein departementales Teilprojekt. Diese Zusatzaufgaben beanspruchten das Gremium beträchtlich. Neben den ordentlichen Sitzungen, den Strategiesitzungen und Klausuren traf sich der Regierungsrat zu 14 Sitzungen als Projektlenkungsausschuss. Dabei beschäftigte er sich in erster Linie mit Ressourcenfragen, mit der Aufgabenüberprüfung sowie in der zweiten Jahreshälfte schwergewichtig mit Infrastrukturthemen. Es zeigte sich, dass gerade die künftige Belegung der Standorte in Trogen und Herisau für die Mitarbeitenden eines der Kernthemen der ReKVAR darstellte. Hier war insbesondere die Führungskommunikation stark gefordert. Mit der Verabschiedung einer grossen Revision der Organisationsverordnung, der Festlegung der definitiven Belegung in Herisau und Trogen sowie der Abnahme des Meilensteins 5 schloss der Regierungsrat die Hauptphase der ReKVAR Ende 2015 ab. Bei dieser Gelegenheit evaluierte er seine Arbeit selbstkritisch. Dabei zeigte sich, dass insbesondere die Führungskommunikation hätte verbessert werden können. Der Regierungsrat hat denn auch dieses Thema zu einem seiner Schwerpunkte in der Führungsentwicklung 2016 erklärt. Insgesamt blickt der Regierungsrat auf ein erfolgreiches Projekt zurück, das die Weichen für eine Weiterentwicklung der kantonalen Verwaltung gestellt hat. Mit dem neuen Regierungscontrolling und dem neuen Aufgaben- und Finanzplan hat der Regierungsrat die beiden Kernprojekte dieser Weiterentwicklung 2015 bereits angestossen. Gleichzeitig laufen 2016 in allen Departementen Organisationsentwicklungen, welche die neue Organisation festigen und die Prozesse etablieren sollen.

3. Weitere wichtige Geschäfte

Neben der Reform der Staatsleitung behandelte der Regierungsrat weitere wichtige Geschäfte, die bereits im



Vorwort dargestellt werden. An dieser Stelle sei auf einige weitere wichtige Vorhaben hingewiesen:

Mit der Verabschiedung des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung schafften Regierungsrat und Kantonsrat eine moderne Grundlage für die Ausgleichskasse AR. Unter anderem sieht die neue Gesetzgebung eine Verwaltungskommission als strategisches Führungsorgan der Ausgleichskasse vor.

Nach den Turbulenzen um die Entschädigungen 2012 des Verwaltungsrates des Spitalverbundes, musste der Regierungsrat vier von sieben Mitgliedern neu wählen. Zudem hatte er über seine eigene Vertretung zu entscheiden. Nach einem sorgfältigen Prozess gelang es, vier kompetente Persönlichkeiten für diese anspruchsvolle Aufgabe zu gewinnen und per 1. Juni 2015 in die neue Funktion zu wählen.

4. Beziehung zu den Gemeinden

Die traditionellen Landsitzungen in den Gemeinden führten den Regierungsrat im Berichtsjahr nach Gais, Trogen, Grub, Heiden und Walzenhausen. Im Zentrum der Diskussionen mit den Gemeinderäten standen das Entlastungsprogramm sowie Fragen der Raumplanung und des Baurechts.

5. Aussenbeziehungen

Auch 2015 beschäftigte sich die Konferenz der Kantonsregierungen intensiv mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Mit der Neukonstituierung entsandte der Regierungsrat neu Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl in die Plenarversammlung der Konferenz.

Die Ostschweizer Regierungskonferenz hielt ihre 52. Plenarkonferenz in Linthal (GL) ab. Sie diskutierte die Bildung eines Metropolitanraums St.Gallen-Bodensee, die Finanzierung des Nationalstrassennetzes sowie das Thema Fachhochschullandschaft Ostschweiz.

Unter dem Vorsitz des Landes Baden-Württemberg beschäftigten sich die Mitgliedländer der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) u.a. mit der Masseneinwanderungsinitiative und deren Auswirkungen auf den Bodenseeraum, mit dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 des Bundes und dessen Folgen für den Fährverkehr auf dem Bodensee und lancierten einen neuen Strategieprozess für die IBK.

Alljährlich treffen sich die Regierungen von St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden zweimal. Das Treffen vom März in St.Gallen stand im Zeichen der geplanten Projekte für einen neuen Autobahnanschluss in der Stadt St.Gallen. Beim Treffen im Oktober in Hundwil liessen sich die Regierungen u.a. über das Projekt eines Rechenzentrums Ostschweiz der St.Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke AG informieren.

Das Treffen mit der Standeskommission von Appenzell Innerrhoden im Januar 2015 in Appenzell stand im Zeichen verkehrs- und medienpolitischer Themen.

Unter dem Motto «Appenzellerland - Magnifique» präsentierte sich das Appenzellerland am zweiten Augustwochenende am Marché-Concours National de Chevaux in Saignelégier (JU). Die beiden Appenzeller Regierungen waren in corpore mit Ratschreiber und Weibel am Anlass vertreten. Der Auftritt war erfolgreich; rund 45'000 Besuchende zählte das Jurassische Pferdefest. Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden gestalteten Teile des Rahmenprogramms wie den Appenzellerabend am Samstag, die Pferdevorfürungen am Samstag und Sonntag sowie den folkloristischen Umzug am Sonntag. Die beiden Regierungen haben für die Vorbereitung ein paritätisch zusammengesetztes Organisationskomitee aus beiden Kantonen eingesetzt.

Die vier Treffen mit den eidgenössischen Parlamentariern wurden wie bereits im vergangenen Jahr mit Schwerpunktthemen angereichert. Dabei standen finanz- und verkehrspolitische Fragen im Vordergrund. Anlässlich des letzten Treffens im November in Trogen wurde Ständerat Hans Altherr vom Regierungsrat offiziell verabschiedet.

Der Regierungsrat empfing im Februar den Regierungsrat des Kantons Aargau zu einem Besuch im Appenzeller Hin-

terland. Im August folgte der Regierungsrat einer Einladung des Regierungsrates des Kantons Solothurn.

Im Dezember empfing der Regierungsrat den Stadtrat St.Gallen in Speicherschwendi. Im Zentrum der Gespräche standen verkehrspolitische Themen wie das Mobilitätskonzept der Stadt St.Gallen oder die Pläne für einen neuen Anschluss an die A1 und Fragen des Tourismus.

Das traditionelle Medientreffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der regionalen Medien fand im Naturerlebnisraum Gais statt.

6. Verwaltung

Der Regierungsrat informierte das Personal der kantonalen Verwaltung am 24. April über die Zwischenergebnisse der ReKVAR. Auf eine zweite Personalinformation, welche im November angesetzt war, verzichtete der Regierungsrat mit Rücksicht auf den Fahrplan des Reorganisationsprojekts.

Das Kaderseminar vom September in Heiden stand ganz im Zeichen der Reorganisation. Der Regierungsrat präsentierte eine erste Zwischenbilanz nach 100 Tagen Fünfer-Regierung. Anschliessend informierte er über die Kernanliegen des neuen Regierungsprogramms. Nach einer Vorstellung der anstehenden Reorganisations-Themen 2016 erarbeiteten die Kadermitarbeitenden in Workshops eine eigene Zwischenbilanz zum Reorganisations-Projekt und präsentierten diese in einem Schlussplenum.

Die Treffen des Regierungsrates mit der Departementssekretären-Konferenz standen ebenfalls im Zeichen der ReKVAR. Einen Schwerpunkt bildete die Revision der Organisationsverordnung, welche in zwei Sitzungen intensiv beraten wurde. Ein wichtiger Aspekt dieser Revision betraf die Zusammensetzung und die Aufgaben der Departementssekretären-Konferenz.

7. Stabsstelle Controlling

Mit der Integration des Projektes «Aufgabenüberprüfung» in die ReKVAR wurde auch die Stabsstelle Controlling vollständig in die neue Projektleitung eingebunden. Zu den ständigen Aufgaben zählten die Vorgehensplanung, die Koordination und Unterstützung der Arbeiten in den diversen Teilprojekten, der Informationsaustausch und die Informationsvermittlung sowie die Entscheidvorbereitung des Projektleitungsausschusses und des Regierungsrates. Zu einem weiteren wichtigen Arbeitsbereich gehörten die Erarbeitung und Bewirtschaftung der Projektinstrumente und des Projektoffice zusammen mit dem externen Beratungsteam.

Nach wie vor erfüllte die Stabsstelle auch Aufgaben als Auskunftsstelle in Versicherungsfragen für die Ämter und Fachstellen. Dem Führen des Risikoinventars und Risikoprofils wurde ebenfalls Beachtung geschenkt.

Die zur Stabsstelle gehörenden Tätigkeiten der Stiftungsaufsicht sind im Departement Inneres und Kultur (vgl. S. 57) beschrieben.



Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Roger Nobs

1. Allgemeines

Für die Kantonskanzlei stand das vergangene Jahr ganz im Zeichen der Reform der Staatsleitung. In vielen Kernprojekten war die Kantonskanzlei federführend; so bei der Teilrevision des Organisationsgesetzes und der Organisationsverordnung sowie bei der Erarbeitung eines neuen Kantonsratsgesetzes. Auch übernahm die Kantonskanzlei die Gesamtprojektleitung der ReKVAR. Daneben hatte die Kantonskanzlei auch einen eigenen Reorganisations- und Entwicklungsprozess zu durchlaufen.

Zum Kantonsratsgesetz fielen im Berichtsjahr wichtige Entschiede. So setzte das Büro des Kantonsrates eine Projektleitung und eine Expertenkommission zur Erarbeitung des neuen Gesetzes ein. Der Kantonsrat wählte im Mai dann eine vorbereitende parlamentarische Kommission, die in einer ersten Phase die Arbeiten der Expertenkommission begleiten soll. Die Expertenkommission nahm im Juli ihre Arbeit auf.

Im Berichtsjahr fand die Weiterentwicklung der regierungsrätlichen Planungs- und Steuerungsinstrumente ihren Fortgang. Nachdem die Erarbeitung des Regierungsprogrammes 2016-2019 termingerecht abgeschlossen werden konnte, wurde als Folgeprojekt eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Leiters Kanzleidienste mit dem Ziel eingesetzt, die bestehenden und neuen Planungs- und Steuerungsinstrumente zeitlich und funktional aufeinander abzustimmen und die Controllingprozesse des Regierungsrates gesamtheitlich zu optimieren.

Im Bereich der Public Corporate Governance bereitete die Kantonskanzlei die Richtungsentscheide des Regierungsrates vor und erarbeitete eine neue Systematik der Vertretungen des Regierungsrates als Grundlage für die 2015 erfolgte Neuausrichtung dieser Mandate.

Im Dezember übertrug der Regierungsrat der Kantonskanzlei die Federführung für die geplante Totalrevision der Kantonsverfassung. Es gilt zunächst, einen Grundsatzbeschluss über die Totalrevision vorzubereiten.

In personeller Hinsicht prägten schwerwiegende Krankheitsfälle das Berichtsjahr. Dank eines überdurchschnittlichen Einsatzes der Mitarbeitenden wurden die damit verbundenen Engpässe aber bewältigt.

2. Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden die Stimmberechtigten an drei Wochenenden für sechs eidgenössische Volksabstimmungen, die Wahlen in den Nationalrat und in den Ständerat sowie für die kantonalen Gesamterneuerungswahlen an die Urnen gerufen:

Am 8. März fanden die Gesamterneuerungswahlen in den Regierungsrat, in das Landammannamt und in das Obergericht statt. Aufgrund der Teilrevision der Kantonsverfassung (Staatsleitungsreform) waren erstmals nur fünf Mitglieder in den Regierungsrat zu wählen. Die bisherigen Regierungsratsmitglieder Marianne Koller-Bohl, Matthias Weishaupt, Köbi Frei und Paul Signer stellten sich zur Wiederwahl und wurden bestätigt. Die Regierungsräte Jakob Brunnschweiler, Rolf Degen und Jürg Wernli traten nicht mehr an. Als neue Kandidierende traten Nibert Näf, Heiden, Monica Sittaro, Teufen, und Alfred Stricker, Stein, an. Alfred Stricker erreichte mit 9'316 Stimmen das absolute Mehr von 7'445. Die Wahlbeteiligung betrug 43,9 %. Matthias Weishaupt, Teufen, wurde mit 11'129 Stimmen (absolutes Mehr 7'236) zum Landammann für neu zwei Jahre gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 40,1 %. Beim Obergericht waren die Rücktritte von Martin Engler und Rudolf Aebischer zu verzeichnen. Die übrigen Mitglieder des Obergerichtes stellten sich zur Wiederwahl und wurden bestätigt. Als neue Mitglieder des Obergerichtes wurden Michèle Gasser Aebischer, Teufen, mit 13'836 und Florian Windisch, Teufen, mit 13'755 Stimmen gewählt. Das absolute Mehr betrug 6'921, die Wahlbeteiligung 38,3 %.

Am 18. Oktober wählte das Stimmvolk David Zuberbühler, Herisau, mit 6'394 Stimmen als neuen Vertreter in den Nationalrat. Die ebenfalls kandidierenden Markus Bänziger, Teufen, und Jens Weber, Trogen, unterlagen mit 5'949 bzw. 5'058 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 47,1 %. Als neuer Vertreter in den Ständerat wurde Andrea Caroni, Herisau, mit 12'308 Stimmen gewählt. Das absolute Mehr betrug 7'461, die Wahlbeteiligung 44,7 %.

3. Kantonsrat

3.1 Allgemeines

Der Rat behandelte im Berichtsjahr an seinen sieben ordentlichen Sitzungen 59 Geschäfte. Die Geschäftslast lag damit im langjährigen Durchschnitt. Neun dieser Geschäfte betrafen parlamentarische Vorstösse (vier Postulate, zwei Motionen, eine Interpellation, zwei schriftliche Anfragen). Gleichzeitig gingen fünf neue Vorstösse beim Büro ein. Damit weist der Kantonsrat im interkantonalen Vergleich eine noch immer sehr tiefe Anzahl parlamentarischer Vorstösse auf.

Nach der Sitzung vom März besuchte der Kantonsrat die Elbau Küchen AG, Bühler, die ihr 50-Jahr-Jubiläum feierte.

3.2 Wichtige Geschäfte

Im Rahmen seiner Rechtsetzungskompetenz verabschiedete der Kantonsrat mehrere grosse Gesetzgebungsvorhaben. So im Rahmen der Reform der Staatsleitung eine grosse Teilrevision des Organisationsgesetzes und eine Totalrevision der Verordnung über die Besoldung und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Regierungsrates, ein neues Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie über die Invalidenversicherung und die Totalrevision des Hundegesetzes. Im Rahmen der Wahl einer vorbereitenden Kommission beschäftigte sich der Rat auch erstmals mit dem neu zu erarbeitenden Kantonsratsgesetz. Zudem nahm der Rat die Totalrevision des Tourismusgesetzes mit der Behandlung in erster Lesung in Angriff.

Bildungspolitische Themen bildeten den inhaltlichen Schwerpunkt der parlamentarischen Debatten. So genehmigte der Rat das neue Hochschulkonkordat, die Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen sowie die interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen. Zudem nahm der Rat den Bericht des Regierungsrates zum Postulat der SP-Fraktion über die Reorganisation der Sekundarstufe I zur Kenntnis.

Mit dem neuen Regierungsprogramm 2016-2019 nahm der Kantonsrat die neue Legislaturplanung des Regierungsrates wohlwollend zur Kenntnis.

Mit der Genehmigung eines Kredits zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie machte der Kantonsrat einen ersten Schritt in Richtung des geplanten Grossprojekts einer Landesausstellung in der Ostschweiz 2027.

Im November nahm der Kantonsrat erstmals den Bericht über die Finanzlage der Gemeinden zur Kenntnis. Dieses neue Instrument verschafft dem Kantonsrat erstmals einen vertieften Einblick in die Haushalte der Gemeinden, was bei der Behandlung der Finanz- und Investitionsplanung von Bedeutung ist.

4. Kanzleidienste

Im Kanzleisekretariat und in der Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ) wurde das Buchhaltungsprogramm newsystem@public (NSP) erfolgreich eingeführt. Somit kommt NSP in den Kanzleidiensten nun flächendeckend zum Einsatz. Damit können Arbeitsschritte reduziert und Rechnungsabläufe zwischen den Organisationseinheiten deutlich verbessert werden.

Die ReKVAR beschäftigte auch die Kanzleidienste stark. Organisatorisch wurde die DMZ als Abteilung innerhalb der Kanzleidienste etabliert. Neu gehören den Kanzleidiensten damit die zwei Abteilungen Passbüro und DMZ an. Im Bereich Informatik wurde im Zuge der Reorganisation der Registraturplan und die elektronische Ablagestruktur überarbeitet und ein Berechtigungskonzept für die elektronische Dateiablage eingeführt. Die gleichzeitig geplante Einführung eines umfassenden Records Managements für die gesamte Kantonskanzlei konnte aber mangels fehlender Zeit noch nicht realisiert werden.

Aufgrund eines Stellenwechsels war das Kanzleisekretariat für einige Monate unterbesetzt. Trotzdem konnte ein Ansteigen der Pendenzen vermieden werden. Dank Prioritätensetzung wurden im Bereich der Registernachführung sogar einige Rückstände abgebaut.

Im Berichtsjahr stand die dringende Erneuerung der über 10 Jahre alten Konferenz- und Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal an. Der Fokus lag auf der Sicherstellung der Betriebsstabilität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Umgangs mit den bestehenden und noch funktionierenden Geräten. Es wurden diejenigen Komponenten ersetzt, die einen einwandfreien Betrieb beeinträchtigt hätten. Darüber hinaus wurde der Betriebsraum für die Anlage im Dachgeschoss saniert und isoliert, um die Lebensdauer der Geräte zu steigern und die Störfälligkeit zu mindern.

4.1 Passbüro

Das Passbüro hat gegenüber dem Vorjahr rund 12 % mehr Reisepässe ausgestellt. Insgesamt wurden 4'233 Reisepässe in Produktion gegeben (vgl. Statistik S. 67). Damit hält der Trend der vergangenen Jahre an. Für das Jahr 2016 wird nochmals mit einer Zunahme von rund 7 % gerechnet. Das Passbüro wird dann voraussichtlich den Höchststand an Anträgen erreicht haben.

Im Berichtsjahr stieg auch die Zahl der beantragten Identitätskarten. Im Jahre 2015 wurden insgesamt 6'822 Identitätskarten ausgestellt (vgl. Statistik S. 67). Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Zunahme von 14 %. Für das Jahr 2016 wird eine leichte Zunahme von ca. 4 % prognostiziert.

Zum Aufgabenbereich des Passbüros gehört auch die Ausstellung von Legalisationen und Apostillen. Im Berichtsjahr wurden Beglaubigungen für 707 Aktenstücke ausgestellt. Die Gebühr für Legalisationen und Apostillen wurden im Rahmen der Aufgabenüberprüfung per 1. Januar 2015 von Fr. 15.- auf Fr. 25.- erhöht.

5. Rechtsdienst

Im Rekurs- und Beschwerdewesen war gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme der Verfahren betreffend Administrativmassnahmen im Strassenverkehr zu verzeichnen. Regelmässig ging es dabei um die Fahreignung

im höheren Alter. Wird diese aus medizinischer Sicht verneint, so muss die zuständige Behörde einen sogenannten Sicherungszug des Führerausweises auf unbestimmte Zeit anordnen, was für die Betroffenen häufig schwierig zu akzeptieren ist.

Der Rechtsdienst vertritt den Regierungsrat und die Departemente auch in gerichtlichen Verfahren. Aus dem Berichtsjahr sind zwei Urteile des Bundesgerichts erwähnenswert. Zum einen hat das Bundesgericht die raumplanerische Grundlage für die Realisierung eines neuen Migros-Marktes in Heiden bestätigt, indem es die Beschwerden gegen den vom Regierungsrat 2012 genehmigten Teilzonenplan Nord abwies. Ebenso bestätigt wurde vom Bundesgericht ein Tierhalteverbot, das einem ausserrhodischen Landwirt wegen zahlreicher und erheblicher Verstösse gegen das Tierschutzgesetz auferlegt werden musste.

Im Rahmen kantonaler Rechtsetzungsverfahren hat der Rechtsdienst im vergangenen Jahr rund 40 Erlassentwürfe einer materiellen und formellen Vorprüfung unterzogen und in Zusammenarbeit mit den Departementen bereinigt. Auch wurden die Arbeiten am Entwurf für ein Kantonsratsgesetz aufgenommen. Ferner mussten im Zuge der Verwaltungsreform sämtliche in Kraft stehenden Erlasse auf notwendige Anpassungen hin überprüft werden. Damit geriet der Rechtsdienst gegen Ende des Jahres an seine Kapazitätsgrenzen, was sich in Verzögerungen niederschlug. Das Aktuariat der Expertengruppe für ein Kantonsratsgesetz wird deshalb künftig ausserhalb der Ressourcen des Rechtsdienstes geführt werden.

6. Information und Kommunikation

Erwartungsgemäss erhielt die Reorganisation im Berichtsjahr sehr viel Aufmerksamkeit durch die Medien. Die Kommunikation gegen aussen sowie die Unterstützung der Verantwortlichen bei der internen Kommunikation machten einen grossen Teil der Tätigkeiten von Information und Kommunikation aus.

Nicht alljährlich waren die beiden «Wahlstübli», die anlässlich der Regierungsrats- (8. März) sowie der National-

rats- und Ständeratswahlen (18. Oktober) organisiert wurden. Der grosse Publikumszuspruch zeigte, dass es nach wie vor ein Erlebnis ist, das Eintreffen der Ergebnisse am Nachmittag eines Wahlsonntages live mitzuerleben. Schon am 31. März konnte die künftige Departementsverteilung kommuniziert werden. Und am 1. Juni startete die «neue» Regierung.

Einen Schwerpunkt der Tätigkeiten von Information und Kommunikation im Berichtsjahr bildete der Relaunch der kantonalen Internetseite www.ar.ch sowie des verwaltungsinternen Intranets. Die Umstrukturierungen aufgrund der Reorganisation und die technisch nötige Migration der Website auf eine aktuelle Typo3-Version (Internet-Bearbeitungssystem) konnten gleichzeitig vollzogen werden. Der Spezialist der ARI und die Typo3-Agentur snowflake waren verantwortlich für die technische Umsetzung des Relaunch. Die redaktionelle Verantwortung für die umfangreichen Arbeiten an den Inhalten der Website nahm der stv. Leiter Information und Kommunikation wahr. Die Projektleitung lag beim Leiter des Dienstes.

Der sieben Jahre alte Webauftritt wurde neu strukturiert, die Inhalte für Suchmaschinen optimiert und durch die seiteninterne Suchmaschine nach dem Google-Standard ergänzt. Zusätzlich wurde das Design angepasst. Der Zugriff auf die Inhalte der Website wurde ebenfalls erweitert, da diese zusätzlich nach Lebensbereichen sortiert sind (eCH-0049-Standard). Die kantonale Website ist nun benutzerfreundlicher, erscheint optisch leichter, besser gegliedert, moderner und ist auf mobilen Geräten gut lesbar (sog. responsive design). Das Grunddesign der neuen Homepage wurde auch für das Intranet übernommen.

Durch die Medienarbeit von Information und Kommunikation war der Kanton konstant präsent – teilweise stärker (z.B. der Zwischenhalt bei der Revision der Baugesetzgebung), und teilweise weniger stark als erhofft (z.B. beim Thema Totalrevision Kantonsverfassung). Auf grosses Medienecho stossen immer wieder die Themen, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Verwaltungsalltag stehen, so die Medienkonferenzen zur Expo 2027, zum spektakulären Fund eines versteinerten Nashornschädels oder die Meldung über einen Wildriss durch einen Wolf; eine von über 160 Medienmitteilungen, die im Berichtsjahr versandt wurden.

Ein starkes Bekenntnis legte der Regierungsrat zugunsten der Personalzeitschrift «Bärentatze» ab. Trotz hohem Spardruck hielt er an der «Bärentatze» fest, auch wenn die Ressourcen, die Information und Kommunikation dafür zur Verfügung stehen, markant gekürzt wurden.

Mit Ende des Berichtsjahres und dem Start der reorganisierten Verwaltung änderte auch der Name: «Information und Kommunikation» heisst künftig «Kommunikationsdienst».

7. Staatsarchiv

Elektronisches Archiv

Im Rahmen des Projekts ECM wurden wichtige Voraussetzungen zur Aufbewahrung und Archivierung elektronischer Daten geschaffen. Realisiert wurden detaillierte Leistungsverzeichnisse, entsprechende Ablagestrukturen, das RPC-Webtool (als Hauptinstrument zur kontrollierten Datenübernahme) sowie die automatische Schnittstelle zwischen den Plattformen Axioma (Geschäftsverwaltung) und Scope (Archiv). Das Erreichte wurde verschiedenen Staatsarchiven und sogar einer Delegation des Nationalarchivs des Omans präsentiert. Ab 2016 wird die bisherige Projektleiterin als kantonale Angestellte und Leiterin eArchiv tätig sein.

Statistik

Das um Lutzenberg vervollständigte Online-Angebot der Ausserrhoder Kirchenbücher wurde im Berichtsjahr rege genutzt (26'662 Zugriffe). Das Staatsarchiv erteilte 325 Auskünfte an Private und erbrachte 189 Dienstleistungen für Behörden und Verwaltung. Im Lesesaal wurden 112 Personen mit 191 Besuchstagen erfasst und 1'018 Archiveinheiten vorgelegt. Registriert wurden 32 Ablieferungen von staatlichen Stellen und 23 Neuzugänge privater Herkunft. Archivmitarbeitende erstellten 18'757 Verzeichnungsdatensätze, richteten 17 Vorträge oder Führungen aus und beteiligten sich an zwei Publikationen. Auf grosses Publikumsinteresse stiess die 1. Appenzeller Archivnacht am 29. Oktober.

Bewertung

Neben standardmässigen Beurteilungen im physischen



Aktengut wurden im Rahmen des Projektes ECM bei rund 20 Ämtern und Fachstellen Bewertungsentscheide zur Archivwürdigkeit der Daten und Dokumente erstellt.

Neuzugänge und Erschliessung

Durch Übernahme des Bestandes der Gesundheitsdirektorenkonferenz Ostschweiz (EDK-Ost) hat das Staatsarchiv erstmals das Archivgut einer regionalen Konkordatsbehörde übernommen. Die Abteilung Privatarchiv erfuhr durch Akten der Kantonalparteien SVP und SP bemerkenswerte Zugänge. Dank finanzieller Unterstützung durch den Kanton Appenzell Innerrhoden und zwei Ausserrhoder Stiftungen konnten das Archiv der Säntis-Bahn (1911-1947) sowie die Akten der Appenzeller Bahn zur Linie Urnäsch - Appenzell erschlossen werden. Im Verwaltungsarchiv wurden insgesamt 7'600 Einheiten neu erfasst, mit nachfolgenden Schwerpunkten: Handelsregisteramt, 1'644 Firmendossiers; Departement Gesundheit, 559 Dossiers zu Medizinalpersonen; Stiftungsaufsicht, 164 Dossiers zu Personalvorsorgestiftungen; Fachstelle Berufsbildung, 510 Lehrbetriebs-Dossiers. Im neuen Archiv erschlossen vier Zivildienst-Leistende Regierungsratsakten auf Traktandenstufe (1926-1929).

Meldestelle für Archäologie und Paläontologie

Das Staatsarchiv wirkt als amtliche Meldestelle für archäologische und paläontologische Funde. Am 4. Juni übergab es dem Naturmuseum St.Gallen einen fossilen Nashornschädel als Dauerleihgabe. Das bei Strassenarbeiten oberhalb von Bühler offengelegte Objekt hatte Hobbypaläontologe Dölf Biasotto entdeckt. Nachfolgend stellte der Kanton als Eigentümer die fachmännische Dokumentation durch die Kantonsarchäologie Thurgau und die professionelle Restaurierung durch den paläontologischen Präparator Urs Oberli sicher.

8. Aussenbeziehungen

Auf Einladung des Kantons Basel-Stadt traf sich die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz im Frühjahr, um über die Schwerpunktthemen interkantonale Zusammenarbeit und E-Government Schweiz ab 2016 zu diskutieren. Ratschreiber Roger Nobs beleuchtete in einem Referat die problematische Praxis des Bundesgerichts zur ver-

fassungsrechtlichen Zulässigkeit von Majorzwahlen. Die Herbstkonferenz in Bern beschäftigte sich mit der Rolle von Staatskanzleien bei der Bewältigung institutioneller Krisen in den Kantonen. Zudem stand der umstrittene Entscheid des Bundesrates, nicht alle vorhandenen Systeme zum E-Voting für die Nationalratswahlen 2015 zuzulassen, auf der Traktandenliste.

Die interkantonale Axioma-Arbeitsgruppe (vormals KONSUL, Geschäftsverwaltungssystem) traf sich unter der Leitung von Ratschreiber Roger Nobs im Berichtsjahr wiederum zu zwei Sitzungen.

Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Der zweite Teil des Entlastungsprogramms 2014/2015 mit der Aufgabenüberprüfung im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung konnte gemäss den Vorgaben erarbeitet werden. Die Zielvorgabe für das gesamte Entlastungsprogramm 2014/2015 im Umfang von Fr. 28 Mio. wurde insgesamt um gut Fr. 1 Mio. übertroffen. Folglich konnte dem Kantonsrat im Rahmen der Finanzplanung aufgezeigt werden, dass das operative Ergebnis der Staatsrechnung in den nächsten Jahren wieder ausgeglichen sein wird.

Im Rahmen der Reorganisation wurden die Aufgaben des Hochbauamtes (neu ab 2016: Amt für Immobilien) dem Departement Finanzen zugeteilt und die Abteilungen des Amtes festgelegt. Der Regierungsrat hat das Departement beauftragt, eine kantonale Immobilienstrategie (inkl. Spitalliegenschaften) vorzubereiten. Die Vorarbeiten zur Ablösung der verschiedenen dezentralen Rechnungswesen in der Verwaltung konnten in Verbindung mit dem Projekt eines zentralen Kreditorenworkflows erfolgreich abgeschlossen werden.

Die geplante Teilrevision des Personalrechtes (PG, BVO, PGV und REIS) in Kombination mit Änderungen im Spitalverbundgesetz wurde in der Vernehmlassung positiv aufgenommen.

Nach dem positiven Entscheid des Obergerichtes über die Beschaffung der integrierten Steuersoftware AR (ISAR, Nachfolgelösung) konnte das Projekt «ISAR» in Kombination mit dem Projekt «eSteuern» im Umfang von Fr. 8,5 Mio. durch den Regierungsrat freigegeben werden. Die Projektarbeiten laufen planmässig und in Abstimmung mit der neuen Organisationsstruktur in der kantonalen Steuerverwaltung sowie mit dem Projekt ECM.

Alle Personenversicherungen für den ganzen Kanton konnten im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung im bisherigen Prämienrahmen für die Jahre 2016-2018 neu abgeschlossen werden.

1. Departementssekretariat

Das Sekretariat war im Besonderen mit der Aufgabenüberprüfung 2015/2016, der Revision des Personalgesetzes und der Integration des Hochbauamtes befasst. Im Weiteren wurden die übergeordneten Projekte Informatikumstellung, Reorganisation kantonale Verwaltung (ReKVAR) und Mehrwertabgabe auf Bauland unterstützt. Zudem waren wichtige eidgenössische Stellungnahmen zu bearbeiten; u.a. zum Wirkungsbericht NFA, zur Dotation des Finanz- und Lastenausgleichs sowie zur Neugestaltung von eGovernment Schweiz. Infolge der angepassten Rahmenbedingungen für Grundstückschätzungen waren einige Rekurse zu bearbeiten.

2. Lotteriefonds

Der Kantonsanteil aus dem SWISSLOS-Gewinn 2014 betrug Fr. 2,828 Mio. und wurde dem Lotteriefonds im Mai 2015 gutgeschrieben. Daraus erhielten gemäss Voran-

schlag (budgetiert) der Kulturfonds für 2015 Fr. 1,1 Mio. und der Sportfonds Fr. 0,6 Mio.

Die Verwendung der Fondsgelder für gemeinnützige, sportliche und kulturelle Zwecke wird detailliert nach Projekten ausgewiesen und publiziert. Die Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke wird im Rechenschaftsbericht ausgewiesen (vgl. Statistik S. 75f), die Verwendung der Mittel aus dem Alkoholzehntel und die Verteilung der Gelder aus dem Sportfonds werden im Amtsblatt publiziert. Die Vergaben aus dem Kulturfonds werden jeweils im Ausserrhoder Kulturblatt «Obacht Kultur» veröffentlicht. Die detaillierten Verwendungen werden auch Swisslos mitgeteilt.

Für die Verwaltung der Gesuche in den drei Fonds wurde eine neue gemeinsame Standard-Software eingeführt, welche die Bedürfnisse der drei Fondsverwaltungen abdeckt.



3. Personalamt

3.1 Allgemeines

Das Personalamt leistete neben dem Tagesgeschäft vor allem einen erheblichen Beitrag zur Reorganisation der kantonalen Verwaltung, zur Teilrevision des Personalrechts, für individuelle Beratungen und Moderationen zur Konfliktlösung sowie bei koordinativen Aufgaben im Bereich Case Management. Mit 46 rekrutierten Personen (Vorjahr: 35) haben die Rekrutierungsaktivitäten deutlich zugenommen. Rund ein Fünftel betraf Kaderstellen. Die Ausgaben für die Personalwerbung lagen mit Fr. 149'500 über dem Voranschlag. Die Kosten sind jedoch dank des 2012 eingeführten Inseratekonzepts unterdurchschnittlich gestiegen.

Die Finanzströme der Krankentaggeldversicherung wurden eingehend analysiert. Es zeigte sich, dass das Betriebliche Gesundheitsmanagement zunehmend an Bedeutung gewinnt. Mit dessen Verankerung im Rahmen der Teilrevision des Personalgesetzes wird die Grundlage geschaffen, die Gesundheit vermehrt zu fördern und dadurch die Ausfallkosten am Arbeitsplatz zu senken.

3.2 Umsetzung Projekte

Fazit des Projekts «Lohngleichheitsdialog»: Die kantonale Verwaltung agiert diskriminierungsfrei. Die Lohnentwicklung soll auch künftig ausgeglichen verlaufen.

Für die Periode 2016-2018 wurden die Personenversicherungen neu abgeschlossen. Entgegen dem allgemeinen Trend sind die Prämien für die Krankentaggeldversicherung etwas tiefer. Bei der Unfallversicherung sind sie aufgrund des Schadenverlaufs der letzten drei Jahre aber leicht höher.

Im Rahmen der ReKVAR wurden alle Kaderstellen überprüft und teilweise durch die Funktionsbewertungs-Kommission neu eingestuft. Auf dieser Grundlage wurden für die Kaderleute neue Arbeitsverträge erstellt und einzelne strukturelle Lohnanpassungen vorgenommen. Bei Bedarf erfolgten auch Anpassungen bei den übrigen Angestellten.

3.3 Entwicklung Personalbestand

Ende 2015 betrug der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund) 1'037 Angestellte. Im Berichtsjahr waren 69 Austritte zu verzeichnen. Diese setzen sich zusammen aus 49 Kündigungen durch Angestellte, fünf Kündigungen durch den Arbeitgebenden sowie zehn ordentlichen und fünf vorzeitigen Pensionierungen. Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 6,7 % (Vorjahr: 6,1 %). Im vergangenen Jahr sind 53 Personen (32 Frauen und 21 Männer) eingetreten, wovon je zwei Frauen und Männer auf Kaderstufe.

Die Tabellen im Anhang zeigen die Veränderungen des Personalbestandes und der Personaleinheiten, die Fluktuationsrate sowie die Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft (vgl. Statistiken S. 68f).

3.4 Lehrlingswesen

Letzten Sommer haben sieben von acht Lernenden ihre Lehrzeit erfolgreich abgeschlossen. Die Abschlussnoten der Kaufleute lagen zwischen 4,6 und 5,1. Claudia Reinhart erreichte mit 5,1 das beste Resultat ihres Jahrgangs. Urs Hauser, Lernender Fachmann Betriebsunterhalt (Fachrichtung Werkdienst) im Werkhof Wilen in Herisau, erreichte mit der Note 5,0 ebenfalls ein sehr gutes Resultat. Eine Person bereitet sich in der kantonalen Verwaltung auf die Nachprüfungen im Juni 2016 vor.

Im August starteten sieben neue Lernende Kaufleute sowie zwei Lernende Fachmann Betriebsunterhalt, einer mit Fachrichtung Werkdienst im Werkhof Wilen in Herisau, ein anderer mit Fachrichtung Hausdienst am BBZ Herisau.

Der Regierungsrat hat beschlossen, auch nach der Reorganisation weiterhin insgesamt 21 Lernende Kaufleute auszubilden. Somit kann das bewährte Ausbildungskonzept weiter angewendet werden.

Auf Ende Jahr hat Michael Brassler seine Tätigkeit als verantwortlicher Berufsbildner nach 8 ½ Jahren beendet und seine Aufgabe an Michael Binder übergeben.

3.5 Interne Fort- und Weiterbildung

Im vergangenen Jahr haben Mitarbeitende 30 verschiedene Fortbildungskurse in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit besucht. Aufgrund der Rückmeldungen werden gute Kurse durchgeführt.

13 Personen absolvierten den ersten und zweiten Teil des Führungstrainings der kantonalen Verwaltung.

Der Kurs «Mit 50 an die Zukunft denken!» wurde von 12 Mitarbeitenden und zwei Partner/innen besucht und war somit wiederum sehr gut besetzt. Auch hier waren die Rückmeldungen durchwegs positiv.

Der Vorbereitungskurs auf die Pensionierung, welcher von der Pro Senectute durchgeführt wird, wurde von 35 Personen (23 Mitarbeitende und 12 Partner/innen) besucht.

Der Einführungstag für neue Mitarbeitende fand viermal statt. Pro Veranstaltung nahmen zwischen 33 und 39 Personen teil, insgesamt 143 Teilnehmende. Der Anteil von Mitarbeitenden aus dem Spitalverbund AR betrug durchschnittlich $\frac{2}{3}$.

4. Informatik

4.1 Zusammenarbeit mit ARI

Die Zusammenarbeit mit der AR Informatik AG (ARI) ist kooperativ, zielorientiert und effizient. Der Einkauf der Leistungen für die kantonale Verwaltung erfolgt gemäss dem vereinbarten Leistungskatalog. Die finanziellen Aspekte ergeben sich aus der Staatsrechnung 2015.

4.2 Projekte Enterprise Content Management (ECM)

Das vielschichtige Projekt mit verschiedenen Teilbereichen konnte noch nicht wie vorgesehen auf Ende 2015 abgeschlossen werden. Einzelne offene Arbeiten werden noch im Rahmen der bewilligten Kredite erledigt.

4.3 Strategiekommission

Die Strategiekommission ist gemäss Gesetz über eGovernment und Informatik (eGovG) ein gemeinsames Organ von Kanton und den 20 Gemeinden, welches die eGovernment- und Informatik-Strategie erarbeitet sowie die darauf basierende Sach- und Terminplanung betreut. Auf dieser Grundlage erfolgt die Auftragserteilung an die ARI zur Umsetzung wichtiger gemeinsamer Projekte. Die Strategiekommission ist kein Organ der ARI, wie oft fälschlicherweise angenommen wird. Die Beantwortung des Postulats Brönnimann ermöglicht, die Absicht des Gesetzgebers im eGovG allgemein in Erinnerung zu rufen.

4.4 Informatikumstellung aufgrund ReKVAR

Die Reorganisation der kantonalen Verwaltung bedurfte sehr grosser Umstellungen bei der Informatik-Infrastruktur der ARI. Diese hat mit einer mustergültigen Projektorganisation, einem immensen Einsatz und Ausführungsarbeiten über den Jahreswechsel die Systeme zeitgerecht auf den Arbeitsbeginn der Verwaltung im neuen Jahr bereitgestellt.

5. Steuerverwaltung

5.1 Allgemeines

2015 war auch für die Steuerverwaltung (KSTV) ein Jahr des Übergangs und der Veränderungen. Nach dem positiven Entscheid des Obergerichts über die Beschaffung konnte das Projekt «Integrierte Steuerlösung Appenzell Ausserrhoden (ISAR)» endlich gestartet werden. Die Projektorganisation ist etabliert und wird von einem Lenkungsausschuss begleitet.

Nach 20-jähriger Leitung der KSTV hat Reto Müller sein Amt am Jahresende an Jacques Oberli übergeben. Dieser war von 2005 bis 2012 Steuerkommissär und Teamleiter in der KSTV, bevor er als Hauptabteilungsleiter während drei Jahren beim kantonalen Steueramt St. Gallen tätig wurde. Mit seiner Rückkehr in die KSTV im August 2015 wurde er Abteilungsleiter und hat sich zudem in das



Projekt ISAR eingearbeitet. Reto Müller übernimmt die Funktion als Stellvertreter des Departementsekretärs Finanzen mit besonderen Aufgaben und wird übergeordnete Projekte für die kantonale Verwaltung (Aufgaben- und Finanzplan, IKS, Finanzausgleich usw.) leiten.

5.2 Steuerertrag

Wie im Vorjahr sind die Abweichungen der Steuererträge 2015 zu den budgetierten Werten gering. Das Minus bei den natürlichen Personen konnte wie im Vorjahr zum Teil durch den Mehrertrag bei den juristischen Personen kompensiert werden. Bei den Spezialsteuern wurde der Voranschlag bei den Grundstückgewinnsteuern leicht über- sowie bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern geringfügig unterschritten.

Die Erträge der Einkommens- und Vermögenssteuern blieben um Fr. 2,1 Mio. bzw. 1,6 % unter dem Voranschlag. Der gesamte Steuerertrag der natürlichen Personen ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 5,4 Mio. angestiegen. Das erwartete Wachstum von 4,0 % gegenüber dem Vorjahr wurde beinahe erreicht.

Bei den juristischen Personen konnte der Steuerertrag wie in den Vorjahren nochmals gesteigert werden. Einerseits trug ein Wachstum der Steuerfaktoren von Gewinn und Kapital und andererseits eine Erhöhung der Gewinnsteuer von 6,0 % auf 6,5 % sowie die Erhöhung der Minimalsteuer von Fr. 300 auf Fr. 900 zum besseren Resultat bei. Der Voranschlag wurde um Fr. 1,0 Mio. oder 7,6 % übertroffen.

Die wichtigsten Eckwerte des Steuerertrags sind im Anhang aufgeführt (vgl. Statistiken S. 70ff).

5.3 Veranlagungsstand per 31. Dezember

Im Segment der unselbständigerwerbenden Personen, einschliesslich der Rentner und Aktionäre, sind für die Steuerperiode 2014 insgesamt 69 % (Vorjahr: 80 %) der Steuerpflichtigen veranlagt. Im Segment der selbständigerwerbenden Personen einschliesslich der Landwirte sind es 57 % (Vorjahr: 64 %) und bei den

juristischen Personen 39 % (Vorjahr: 45 %). Die Ursachen für den Veranlagungsrückstand liegen einerseits bei den Personalmutationen und andererseits bei den Vorbereitungen für die Einführung der neuen Steuer- softwarelösung ISAR. Damit der Veranlagungsrückstand trotz zunehmender Projektarbeit nicht grösser wird, wurden gezielt Massnahmen ergriffen, und die Situation wird fortlaufend analysiert.

5.4 Aufgaben und Projekte

Mit dem Anbieter von ISAR wurde das Detailkonzept, und mit anderen Beteiligten wurden weitere zugehörige Komponenten (Scanning, Datenmanagementsystem, Druck, Anbindung an Schnittstellen usw.) erarbeitet. Das neue System soll ab 1. Januar 2017 verfügbar sein. Der bestehende Vertrag mit dem VRSG wurde per Ende 2016 gekündigt.

Das gestartete Projekt «eSteuern», welches die Ablösung der heutigen Excel-Steuererklärung (ELSTER) durch eine zeitgemässe elektronische Steuererklärung vorsieht, wird das Einreichen der Steuererklärung wesentlich vereinfachen. «eSteuern» wird als Teilprojekt in ISAR integriert und wird ebenfalls ab 2017 für die Steuererklärungen 2016 zur Verfügung stehen.

Das Projekt office@work im Rahmen von ECM für die kantonale Verwaltung konnte auch in der KSTV erfolgreich eingeführt werden.

Im steuerrechtlichen Bereich konnten durch Teilrevisio- nen von verschiedenen Verordnungen zahlreiche An- passungen ans Bundesrecht vorgenommen werden (z.B. Umgestaltung des Aus- und Weiterbildungskostenabzugs, Änderungen in der Besteuerung von Lotteriegewinnen, Übernahme des Erlasswesens für die direkte Bundessteuer). Diese Änderungen sind beachtlich und beanspruchen für die Vorbereitung und die nachfolgende Information, Programmierung und Schulung sehr viel Zeit.

5.5 Personelles

Im Berichtsjahr waren 15 Eintritte und 12 Austritte, davon zwei Pensionierungen, zu verzeichnen. Die Mitarbeitenden haben vermehrt das Bedürfnis, Teilzeit zu arbeiten. Im Zuge der Aufgabenüberprüfung wurde der KSTV ab 2015 bzw. ab 2016 je ein zusätzlicher Steuerkommissär bewilligt, um mehr Einnahmen zu erzielen.

6. Finanzamt

6.1 Allgemeines

Nachdem das neue Finanzhaushaltsgesetz (FHG) zusammen mit der Rechnungslegung gemäss dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden im Rechnungsjahr 2014 vollständig eingeführt wurde, erfuhr die Buchführung im letzten Jahr keine Änderungen. Die beteiligten Stellen konnten bei der praktischen Umsetzung mehr Sicherheit in der Anwendung der neuen Vorschriften gewinnen und Unklarheiten grösstenteils bereinigen. Da in der Rechnung keine Sondereffekte aus dieser Umstellung mehr berücksichtigt werden müssen, sind die Zahlen wieder direkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar. Dies erhöht die Transparenz der Buchhaltung und ermöglicht eine straffere finanzielle Führung der Verwaltung.

In Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle wurden die Prozesse zur Prüfung der Staatsrechnung optimiert und auf die Bestimmungen des neuen FHG abgestimmt. Entsprechend ist die Prüfung der Jahresrechnung 2014 problemlos abgelaufen. Die Zusammenarbeit zwischen der Finanzkontrolle und dem Finanzamt war konstruktiv und effizient.

Das Finanzamt war von den Arbeiten für die ReKVAR sehr stark betroffen. Einerseits wurde die Organisation des Finanz- und Rechnungswesens an die neuen Gegebenheiten angepasst, und andererseits musste der gesamte Kontenplan für den Voranschlag 2016 an die neue institutionelle Gliederung angepasst werden. Dazu wurde in der Software des Finanz- und Rechnungswesens «newsystem®public (nsp)» ein neuer Mandant eingerichtet.

Um die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren weiterhin auch auf institutioneller Ebene sicherzustellen, wurden sämtliche Konten mit den Vorjahreszahlen von der bisherigen Organisationsstruktur in die neuen Organisationseinheiten überführt. Die Arbeiten am Voranschlag 2016 gestalteten sich entsprechend schwierig, und der Aufwand zur Anpassung an die neue Organisationsstruktur war bedeutend. Zudem musste auch der zweite Teil der Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfung (AÜP) in den Voranschlag 2016 eingearbeitet werden. Aufgrund der Reorganisation wurde der neue Finanzplan erst mit dem Voranschlag im Herbst 2015 – und nicht wie üblich – im Frühling erstellt.

Beim Finanzamt waren im letzten Jahr keine personellen Wechsel zu verzeichnen. Gerade in Phasen grosser Veränderungen ist es wichtig, dass erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirkungsvoll unterstützen können. Dank ihnen konnten die hohen Anforderungen erfüllt und die engen Terminvorgaben eingehalten werden.

6.2 Projekte

Im Teilprojekt «Finanzen» der ReKVAR galt es sicherzustellen, dass der Voranschlag 2016 nach neuer Verwaltungsstruktur fristgerecht erstellt werden konnte. Das Finanzamt prüfte ausserdem, ob die beschlossenen Massnahmen der AÜP 1. Teil und der Entlastungsmassnahmen 2015 in den Voranschlag 2016 aufgenommen wurden. In Zusammenarbeit mit der Projektleitung ReKVAR und den betroffenen Organisationseinheiten konnten zudem die Massnahmen der AÜP 2. Teil erarbeitet und in den Voranschlag 2016 aufgenommen werden.

Um die Projektbewirtschaftung in den Infrastrukturämtern «Amt für Immobilien» und «Tiefbauamt» in die Finanzbuchhaltung zu ermöglichen, wurde die Buchhaltungssoftware um das Modul Projektkostenmanagement erweitert. Die Vorbereitungsarbeiten dafür konnten so weit vorangetrieben werden, dass die Projektbewirtschaftung ab 2016 direkt im Buchhaltungssystem geführt werden kann. Damit werden Ressourcen eingespart, und es kann auf einen manuellen Abstimmungsaufwand verzichtet werden.

Um die Integration des bisherigen Rechnungswesens Bau und Umwelt in das Amt für Finanzen sicherzustellen, war es zudem notwendig, das ECM-Projekt «Kreditorenworkflow» vorzuziehen. Das Projekt «Kreditorenworkflow» ist im Rahmen der von Kanton und Gemeinden Ende 2014 genehmigten «eGovernment- und Informatikstrategie» entstanden. Mit einem Kreditorenworkflow wird der gesamte Belegfluss der an den Kanton gestellten Rechnungen neu organisiert und auf eine digitale Belegverarbeitung umgestellt. Die Belege werden zentral gescannt und digital weiterverarbeitet, elektronisch visiert, direkt verbucht und elektronisch archiviert. Dazu muss die heutige Visumsregelung des Kantons leicht angepasst werden. Ein direkter online-Zugriff auf die Rechnungsbelege ist dann jederzeit und ortsunabhängig möglich, was für den finanziellen Führungsprozess von wesentlicher Bedeutung ist und die Revisionsqualität des Finanz- und Rechnungswesens markant verbessert.

Es ist geplant, dass der Kreditorenworkflow als Pilot in den Departementen Bau und Volkswirtschaft sowie Finanzen im Herbst 2016 eingeführt werden kann. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase wird er etappenweise in den übrigen Departementen realisiert.

Im Rahmen der ReKVAR soll auch der Führungsprozess des Regierungsrates optimiert und die dafür vorgesehenen Grundlagen aufeinander abgestimmt werden. Ein zentrales Element zur Steuerung des kantonalen Haushaltes wird der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) sein. Deshalb arbeitet das Finanzamt aktiv in der Arbeitsgruppe «Regierungscontrolling» mit. 2015 konnten die Eckwerte des AFP definiert und die Rahmenbedingungen des Regierungscontrollings abgesteckt werden.

7. Grundstückschätzungsbehörde

7.1 Allgemeines

Die Behörde hat das Schätzungswesen um mehrere Bewertungsinstrumente erweitert, wertbildende Faktoren vereinheitlicht sowie die kantonalen Schätzer entsprechend geschult. Alle kantonalen Schätzer haben eine Weiterbildung über das kantonale Verwaltungsrecht besucht. Das zusätzliche Wissen wird erfolgreich angewendet.

Im Juli 2014 wurde eine neue Weisung eingeführt: Liegenschaften, bei denen der Kaufpreis 20 % und mehr über dem Verkehrswert liegt, werden als Büroschätzungen durchgeführt. Der Verkehrswert wird auf 90 % des Kaufpreises festgesetzt. Er ist gültig bis zur nächsten Schätzung im 10-Jahres-Turnus. Das Berichtsjahr hat gezeigt, dass diese Massnahme dazu beigetragen hat, Kosten zu sparen.

Der vom Bund festgelegte Referenzzinssatz ist auf 1,75 Punkte gesunken. Der schweizerische Baupreisindex für Hochbauten in der Ostschweiz ist 2015 erstmals seit Jahren rückläufig. Aufgrund dieser Situation hat die Staatssteuerkommission den Basiszinssatz nicht reduziert. Ab 1. Januar 2016 gilt weiterhin ein Wert von 2,75 %.

7.2 Grundstückschätzungen

2015 wurden 3'268 Grundstücke geschätzt. Der Anteil zurückgestellter Schätzungen konnte weiter reduziert werden und ging von 454 auf 274 zurück. Dieser Stand ist gut und entspricht durchschnittlich 13 Schätzungen pro Gemeinde.

Zu den Schätzungen sind 88 Einsprachen eingegangen (2,7 %, Vorjahr: 2,1 %). Davon musste das Departement acht Rekurse behandeln. Ein Rekurs wurde mit Beschwerde an das Obergericht weitergezogen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen (vgl. Statistiken S. 77).

7.3 Personelles

2015 war geprägt von einem Generationenwechsel. Zwei langjährige Mitarbeitende mit viel Erfahrung gingen in Pension und wurden durch je einen Schätzer für landwirtschaftliche und allgemeine Grundstücke ersetzt.

8. Finanzausgleich / Finanzaufsicht

8.1 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

Das Finanzamt hat mit dem Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs auch dessen Entwicklung aufgezeigt. Das wichtigste Element des Finanzausgleichs, die Mindestausstattung für die Gemeinden, wurde näher untersucht. Im Bericht wurden diesbezüglich mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft aufgezeigt. Eine allfällige Revision des Finanzausgleichsgesetz (FAG) steht jedoch in engem Zusammenhang mit dem Projekt zur Verbesserung der Gemeindestrukturen. Bis weitere diesbezügliche Entscheide getroffen werden, sind die Arbeiten an der Revision des FAG sistiert.

8.2 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Mit Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltsgesetzes ist auch die Finanzaufsicht über die Gemeinden neu geregelt worden. Bei der Beurteilung der Finanzlage der Gemeinden steht das frühzeitige Erkennen von finanziellen Risiken und längerfristigen finanziellen Fehlentwicklungen. Die Prüfung der Finanzlage erfolgt mittels definierter Finanzkennzahlen und der festgelegten Vorgaben bezüglich Haushaltsgleichgewicht und Schuldenbegrenzung. Neu erstattet der Regierungsrat dem Kantonsrat jährlich Bericht über die Finanzlage der Gemeinden; dem Bericht beigelegt wird die überarbeitete Gemeindefinanzstatistik. Im Rechnungsjahr 2014 (Bericht im 2015) haben alle Gemeinden die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt.



Departement Bildung

Direktor (bis 31. Mai): Regierungsrat Rolf Degen

Direktor (ab 1. Juni): Regierungsrat Alfred Stricker

Das Berichtsjahr war unter anderem geprägt durch die Übergabe des Departements von Alt Regierungsrat Rolf Degen an den neu gewählten Regierungsrat Alfred Stricker, der seit dem 1. Juni für die Departementsführung verantwortlich ist. Pensioniert wurden im Berichtsjahr mit Erich Brassel (Fachstelle Sport), Rolf Franke (Leiter Zentrum für Schulpsychologie und Pädagogisch-Therapeutische Dienste, ZEPT) und Stefan Gantenbein (Brücke AR) drei Führungspersonen. Ihre Stellen wurden durch Roman Hasler (Fachstelle Sport), Margot Vogelsanger und Corina Büchi (ZEPT) sowie Harald Stoller (Brücke AR) besetzt.

Ein departementaler Arbeitsschwerpunkt lag in der Beschaffung eines elektronischen Schuladministrationssystems. In Zusammenarbeit mit der AR Informatik AG wurden die Vorarbeiten für die Einsetzung von zwei Projekten geleistet. Das eine («EISA Volksschule») ist das erste gemeinsame Projekt von Kanton und Gemeinden gemäss eGovernmentgesetz. Nach erfolgter Zustimmung von Kanton und Gemeinden im Frühsommer startete das Projekt im August. Unter Mitwirkung von Mitarbeitenden des Amtes für Volksschule und Sport und der Gemeinden (Schulleitungen und Schulsekretariate) wurde die Konzeptionsphase bis Ende Jahr plangemäss abgeschlossen. Im Projekt «EISA kantonale Schulen» wird ein System für die beiden kantonalen Schulen eingeführt. Im Rahmen einer Gatt-WTO-Ausschreibung erteilte der Regierungsrat im Juli den Zuschlag. Das Detailkonzept fürs Projekt konnte im Berichtsjahr nicht plangemäss abgeschlossen werden, da es komplexer ist als ursprünglich angenommen.

Der Lehrplan 21 ist die Antwort der Deutschschweizer Kantone auf die Verpflichtung der Bundesverfassung zur Harmonisierung der Ziele in der Volksschule. Auf dieser Basis beschloss der Regierungsrat im Mai einen neuen Lehrplan für die Ausserrhoder Volksschule und die dazugehörige Studententafel. Die Inkraftsetzung erfolgt auf Beginn des Schuljahres 2017/18. Im Berichtsjahr wurde unter Federführung des Amtes für Volksschule und Sport mit der Einführung in den Gemeinden begonnen. Die Schulleitungen, die Lehrpersonen und bei Bedarf auch Schulbehördenmitglieder wurden mit dem neuen Lehrplan vertraut gemacht. Der mehrjährige Einführungsprozess wird umsichtig und sachlich umgesetzt. Vieles Bewährtes bleibt auch mit dem neuen Lehrplan bestehen, geschärft werden der Lernprozess und die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler.

Nachdem am 14. Juni die eidgenössische Stipendieninitiative von Volk und Ständen abgelehnt worden war, wurden unter Federführung des Departementssekretariats die Arbeiten an der Totalrevision des Ausserrhoder Stipendengesetzes wieder aufgenommen. Bis Ende Jahr wurde plangemäss die Vernehmlassungsvorlage erarbeitet.

1. Interkantonale Zusammenarbeit / Erziehungsdirektorenkonferenz

Mitarbeitende nahmen Einsitz in verschiedenen Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren sowie der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentum Liechtenstein und wirkten auch in interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Das Departement stellt zudem je eine ständige Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodensee-Konferenz, im Hochschulrat der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich sowie im Fachhochschulrat und in einem Beirat der Fachhochschule St. Gallen.

2. Departementssekretariat

Das Departementssekretariat leistete Beiträge für 47 von den beiden Bildungsdirektoren eingereichten Regierungsgeschäften (Vorjahr: 35). Zusammen mit den Ämtern wurden 17 Vernehmlassungen oder Mitberichte bearbeitet (Vorjahr: 11). Weiter wurden fünf Rechtsmittelverfahren abgeschlossen (Vorjahr: 9) und diverse Rechtsauskünfte erteilt.

Nebst den üblichen Arbeiten in den Querschnittsaufgaben war das Departementssekretariat mit der Umsetzung des departementalen Konzepts zum «Enterprise Content Management (ECM)» beauftragt. Dieses beinhaltet die Erstellung, Bearbeitung, Ablage und Archivierung von Ge-

schäftsinhalten in elektronischen Systemen. Noch nicht alle Ziele konnten erreicht werden, da andere übergeordnete Aufgaben priorisiert werden mussten (insbesondere Reorganisation und Aufgabenüberprüfung).

3. Amt für Volksschule und Sport

3.1 Allgemeines

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Ausserrhoder Volksschule ging auf 5'542 zurück (- 1 %, Vorjahr: 5'594 / - 1,7 %). Im Kindergarten nahm die Zahl der Lernenden um 35 Kinder zu (+ 3,5 %). Auf den beiden anderen Stufen ist die Schülerzahl rückläufig. Während der Effekt auf der Primarstufe nur noch gering ausfiel (- 21 Lernende oder - 0,7 %), war er auf der Sekundarstufe I hingegen noch immer deutlich spürbar (- 81 Lernende oder - 5,0 %). Vor dieser Ausgangslage bleibt die künftige Organisation der Sekundarstufe I eine wichtige bildungspolitische Herausforderung in Appenzell Ausserrhoden. Zu dieser Fragestellung beantwortete der Regierungsrat im September ein Postulat des Kantonsrats. Als Folge der rückläufigen Schülerzahlen haben rund $\frac{2}{3}$ der Ausserrhoder Sekundarschulen einen Modellwechsel geplant oder bereits umgesetzt. Die Pädagogischen Fachstellen unterstützten und begleiteten die Schulen in diesen Umstellungsprozessen.

3.2 Pädagogische Fachstellen

Im Berichtsjahr lag ein Schwerpunkt bei der Qualitätssicherung. Mit den Schulleiterinnen und -leitern der Volksschulen fand ein regelmässiger Austausch statt. In den individuellen Beratungen standen der Umgang mit schwierigen Situationen, personelle sowie organisatorische Fragen und pädagogische Themen im Zentrum. An den Zusammenkünften mit den Schulpräsidentinnen und -präsidenten ging es um Finanzen, um Aspekte der strategischen Führung und um die Schulinformatik. Mit den Vertretungen der Lehrerschaft wurden Fragen zur Einführung des neuen Lehrplans und gewerkschaftliche Anliegen erörtert. Auf die von dieser Seite gestellten Forderungen nach Altersentlastung und auf zwei Ferien-

wochen zwischen Weihnachten und Neujahr wurde mit Verweis auf die anstehende Revision der Schulgesetzgebung nicht eingetreten.

Acht Volksschulen wurden im Berichtsjahr extern evaluiert. Dabei standen die Qualitätsbereiche «Lehren und Lernen», «Schulmanagement» und «Zusammenarbeit» besonders im Fokus. An weiteren sieben Schulen erfolgten Audits, an denen der Umsetzungsstand und die Schwerpunkte aus den früher durchgeführten externen Evaluationen besprochen wurden.

Im Schuljahr 2013/14 besuchen 102 Lernende (Vorjahr: 104) eine Sonderschule. Weiter werden wie im Vorjahr 38 Lernende mit verstärkten Massnahmen integrativ in den Regelklassen der Volksschule unterrichtet. Die Anzahl Kinder, welche die Volksschule in Form des häuslichen Unterrichtes absolvieren, war mit 42 Lernenden im Rahmen des Vorjahres.

3.3 Fachstelle Sport

Ein wichtiger Teil der Breitensportförderung war auch im Berichtsjahr die nationale Bewegung «Jugend und Sport (J+S)». Die Fachstelle Sport organisierte 15 J+S-Ausbildungskurse in zehn verschiedenen Sportarten mit total 373 Teilnehmenden. Die Ausserrhoder Sportvereine konnten für 380 Kurse und Lager mit rund 5'000 teilnehmenden Kindern und Jugendlichen mit J+S-Beiträgen von rund Fr. 470'000 unterstützt werden.

Aus dem Sportfonds wurden im Sinne der Breitensportförderung kantonale und regionale Sportverbände mit Fr. 250'500, Sportanlagen mit Fr. 237'540, Sportmaterialanschaffungen mit Fr. 74'340 und Projekte der allgemeinen Sportförderung mit Fr. 120'600 unterstützt. Den Auszahlungen von Fr. 682'980 steht ein Ertrag an Swisslos-Gewinnen von Fr. 600'000 gegenüber. Dem Sportfonds wurden demnach im Berichtsjahr Fr. 82'980 entnommen. Ende Jahr war ein Fondsbestand von rund Fr. 1,38 Mio. zu verzeichnen.

An der diesjährigen Sportlerehrung wurden die erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler für ihre Leistungen der Saison 2014 geehrt. Ausgezeichnet wurden 30 Athletin-



nen und Athleten und 10 Teams für die erreichten 77 nationalen und internationalen Medaillen. Zum zweiten Mal fanden eine Ehrungen zum/zur Nachwuchssportler/-in, Nachwuchsteam und Sportförderer des Jahres statt.

46 Sportschülerinnen und -schüler aus 12 Sportarten konnten die schulische Ausbildung und den Leistungssport an der Sportschule Appenzellerland und ihren Partnerschulen miteinander verbinden. Davon hatten 21 Schülerinnen und Schüler ihren Wohnsitz in Appenzell Ausserrhoden, die anderen 25 kamen aus einem anderen Kanton. 10 Sporttalente mit Wohnsitz in Appenzell Ausserrhoden besuchten eine ausserkantonale Sportschule.

3.4 Zentrum für Schulpsychologie und Pädagogisch-Therapeutische Dienste (ZEPT)

Im Zusammenhang mit der Pensionierung des Leiters einerseits und der Reorganisation andererseits wurde die Führungsstruktur im ZEPT überprüft. Denn die Führungsspanne ist im Laufe der Zeit als Folge der Integration neuer Angebote (Heilpädagogische Früherziehung, Kinderschutzgruppe) zu gross geworden. Im Sommer wurde das Zentrum daher organisatorisch neu in zwei Bereiche (Schulpsychologie und Pädagogisch-Therapeutische Dienste) mit je einer Leitung gegliedert.

Die Pädagogisch-Therapeutischen Dienste führen Abklärungen, Beratungen und Therapien in den Bereichen «Heilpädagogische Früherziehung», «Logopädie» und «Psychomotoriktherapie» durch. Die heilpädagogischen Früherzieherinnen begleiteten im Berichtsjahr 48 Kinder im Vorschulalter mit Entwicklungsproblemen oder Behinderungen und berieten deren Eltern. Die Logopädinnen und Logopäden klärten 191 Kinder ab (Vorjahr: 202) und führten 455 Therapien (Vorjahr: 437) durch. Die Psychomotorik-Therapeutinnen klärten 51 Kinder ab (Vorjahr: 51) und führten 90 Therapien (Vorjahr: 97) durch.

Die Kernaufgabe des Schulpsychologischen Dienstes ist die Beratung von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Eltern und Lehrpersonen. Im Berichtsjahr wurden 526 Fälle (Vorjahr: 497) bearbeitet. Daneben gewinnt der Bereich der nicht fallbezogenen Schulunterstützung immer mehr an Bedeutung (z.B. Klassenintervention

bei Mobbing). Im Berichtsjahr führte der Schulpsychologische Dienst elf Kriseninterventionen und fünf Klasseninterventionen durch. In Notfällen konnten die Schulleitungen auch ausserhalb der Bürozeiten Unterstützung einholen.

Die Fachstelle Kinderschutz beriet Angehörige und Fachpersonen in Fällen mit Verdacht auf physische, psychische oder sexuelle Gewalt gegenüber einem Kind.

4. Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung

4.1 Allgemeines

Im November fand unter der Trägerschaft des Amtes, des Industrievereins, des Gewerbeverbands und der Organisation der Arbeitswelt für die Gesundheits- und Sozialberufe die dritte Plattform Berufsbildung statt. Es nahmen 110 Personen teil (Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, Lehrpersonen und Fachpersonen der Berufsbildung). Die Themenblöcke beinhalteten den Lehrvertrag, die Qualitätssicherung, die berufliche Grundbildung und die Laufbahnplanung gegen Ende der Lehre. Die Rückmeldungen fielen grösstenteils positiv aus.

4.2 Fachstelle Mittel- und Hochschulen

Für die Mittelschulabteilungen der Kantonsschule Trogen wurde eine Prognose für die Entwicklung der Lernendenzahlen erstellt. Der grösste Einflussfaktor ist die Demographie: Insbesondere im Gymnasium wird die Schülerzahl bis 2019 abnehmen. Der Rückgang wird gemäss Prognose aber nicht so stark ausfallen, dass die an der Kantonsschule Trogen geführten Mittelschulangebote gefährdet wären. Dementsprechend wurde im regionalen Schulabkommen weiterhin die Zahlungsbereitschaft für den Schulbesuch an der Pädagogischen Maturitätsschule in Kreuzlingen deklariert.

4.3 Fachstelle Berufsbildung

Die Änderung der Jugendarbeitsschutzverordnung des Bundes ist seit August 2014 in Kraft. Diese sieht vor, dass Jugendliche neu bereits ab dem 15. Altersjahr gefährliche Arbeiten in Berufen ausführen dürfen. Die Organisationen der Arbeitswelt der jeweiligen Berufe sind nun gehalten, entsprechende begleitende Massnahmen zu erarbeiten. Anschliessend haben die Kantone zwei Jahre Zeit, die Bildungsbewilligungen diesbezüglich zu überprüfen und zu ergänzen. Gemeinsam mit den zuständigen Stellen einigten sich die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und St. Gallen auf ein gemeinsames Konzept zur Überprüfung der Bildungsbewilligungen. Die Organisationen der Arbeitswelt, welche bereits über Massnahmen verfügen, wurden von der Fachstelle kontaktiert, damit Informationsveranstaltungen mit den betreffenden Lehrbetrieben organisiert werden können.

Die Anzahl der neuen Lehrverträge ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. 2015 wurden 531 neue Lehrverträge genehmigt (Vorjahr: 550). Der Gesamtbestand an Lehrverträgen betrug 1'400 (Vorjahr: 1'420). Davon entfallen 1'296 auf die berufliche Grundbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis (Vorjahr: 1'321) und 103 auf das eidg. Berufsattest (Vorjahr: 97). Letzteres hat sich mittlerweile etabliert.

Bei den Qualifikationsverfahren sind kaum Veränderungen zu verzeichnen. Insgesamt wurden 464 Qualifikationsverfahren durchgeführt (Vorjahr: 455). Davon bestanden 440 Lernende die Prüfung (Vorjahr: 435). Die Durchfallquote betrug somit 4,9 % (Vorjahr 4,4 %).

Die Anzahl der Lehrvertragsauflösungen ist um 13,2 % von 121 (2014) auf 105 zurückgegangen. Damit liegen die Lehrvertragsauflösungen wieder im mehrjährigen Durchschnitt.

Im Juni führte die Fachstelle Berufsbildung eine Umfrage bei den Lehrbetrieben durch. Ziel war, die Zufriedenheit der Dienstleistungen zu evaluieren. Von den 672 Lehrbetrieben haben 34 % an der Umfrage teilgenommen. Im Ergebnis wurde die Arbeit der Fachstelle Berufsbildung als gut bewertet. Der Umfrage konnten auch Hinweise für Verbesserungen entnommen werden; Massnahmen wie beispielsweise die Neugliederung des Internetauftritts (bessere Übersicht über die Zuständigkeit der Ausbil-

dungsberater/innen und über die Unterstützungsangebote der Fachstelle, Aktualisierung der Lehrberufe etc.) wurden umgesetzt.

Appenzell Ausserrhoden trat im Jahre 2014 mit Beschluss des Kantonsrats der Interkantonalen Vereinbarung über die Höheren Fachschulen bei. Diese Vereinbarung wurde im Berichtsjahr erstmals vollzogen. Es wurde eine deutliche Zunahme der Studierenden (276; + 7 %) gegenüber dem Vorjahr (258) verzeichnet. Der Zuwachs betraf vor allem die Fachrichtungen HF Gesundheit und HF Soziales (+ 24 %) und HF Hotellerie-Restaurations- und Tourismus (+ 50 %).

4.4 Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Die statistisch ausgewiesene Anzahl der ratsuchenden Personen nahm 2015 um knapp 10 % gegenüber dem Vorjahr ab. Insbesondere haben deutlich weniger Personen über 16 Jahre Rat gesucht (- 31 %). Grund für die rückläufige Entwicklung ist die Einführung einer Kostenpflicht für Erwachsene im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung. Bei den Schülerinnen und Schülern ist eine deutliche Zunahme (+ 24 %) zu verzeichnen. Die Anzahl der Beratungssitzungen pro ratsuchende Person hat zugenommen, weil die Ausgangssituation vieler zu beratender Personen komplex war (vgl. Statistiken S. 78f).

2015 wurden erstmals alle Klasseninformationen in den Schulhäusern und nicht mehr im BIZ durchgeführt. Die Anzahl Besucherinnen und Besucher im BIZ hat deshalb von 270 auf 200 nochmals deutlich abgenommen.

Die Anzahl Studienberatungen schwankt von Jahr zu Jahr zwischen 70 bis 90 Ratsuchenden. Gestützt auf eine Leistungsvereinbarung, erbringt die Fachstelle diese Dienstleistung auch für Mittelschülerinnen und -schüler aus Appenzell Innerrhoden. Die Zahl dieser Beratungen ist seit Einführung stetig gesunken (insgesamt um - 50 %).



4.5 Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge

Im Berichtsjahr wurden 231 Gesuche verfügt (Vorjahr: 258 / - 10,4 %), wovon in 202 Fällen Stipendien (Vorjahr: 223 / - 9,4 %) und in zehn Fällen rückzahlungspflichtige Ausbildungsdarlehen gewährt wurden (Vorjahr: 13 / - 2,3 %). Ein Leistungsanspruch war in 91,3 % der eingereichten formellen Gesuche ausgewiesen (Vorjahr: 91,5 %), 19 formelle Gesuche (8,2 %) wurden abgewiesen (Vorjahr: 8,5 %; 2010 waren es noch 28 %). Im Rahmen des so genannten Erst- bzw. Vorgesprächs konnten 308 informelle Anfragen vor der Einreichung eines formalen Beitragsgesuchs mit geringem Aufwand erledigt werden.

Ausbezahlt wurden Stipendien von insgesamt rund Fr. 1,42 Mio. (Vorjahr: Fr. 1,51 Mio. / - 6,1 %) und Ausbildungsdarlehen von Fr. 78'000 (Vorjahr: Fr. 128'000 / - 39 %). Der Stipendienaufwand befindet sich damit ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2008.

An die auf der tertiären Bildungsstufe ausgerichteten Ausbildungsbeiträge leistete der Bund einen Subventionsbeitrag von rund Fr. 168'000.

4.6 Schulgelder an ausserkantonale allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe II

Sehr nahe an den Vorjahreswerten wurden im Berichtsjahr für 215 Lernende Schulgelder von insgesamt Fr. 2,62 Mio. an ausserkantonale Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II entrichtet (Vorjahr: Fr. 2,72 Mio. / - 3,57 %; 217 Lernende / - 0,9 %). Die Statistik im Anhang informiert über weitere Zahlen (vgl. S. 81).

4.7 Studiengelder an Hochschulen

Die Zahlen stagnierten auf Vorjahresniveau (vgl. Statistik S. 81). Der Aufwand für 959 Studierende auf der tertiären Bildungsstufe (Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen, universitäre Hochschulen) belief sich auf Fr. 16,61 Mio. (Vorjahr: Fr. 16,62 Mio. / - 0,1 %; 960 Studierende / - 0,1 %). Dies bei gleichbleibenden Abgeltungstarifen.

5. Kantonsschule Trogen

Am Ende des Schuljahres 2014/15 haben 85 von 86 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. Aus der Berufsfachschule Wirtschaft waren 14 Lernende zur Prüfung angetreten; davon haben zwölf das Qualifikationsverfahren ganz oder teilweise bestanden. Zwei Kandidaten hatten keinen Erfolg. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte sechs Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. 30 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem drei Fachmaturitätsausweise Gesundheit, fünf Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und vier Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus.

Beim Start zum Schuljahr 2015/16 verzeichnete die Kantonsschule insgesamt 642 Lernende (Gymnasium: 357 / - 13; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität: 44 / + 4; Fachmittelschule und Fachmaturität: 107 / + 1; Sekundarschule: 134 / - 9). Im Vergleich zum Vorjahr werden insgesamt 17 Lernende weniger (- 9,8 %) unterrichtet. Die Entwicklung in den verschiedenen Angeboten präsentiert sich unterschiedlich. Während die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (- 9,4 %) und dem Gymnasium (- 9,6 %) rückläufig waren, nahmen sie in der Berufsfachschule Wirtschaft (+ 10 %) und der Fachmittelschule (+ 1 %) zu.

Im September nahm der Regierungsrat einen Zwischenbericht zum Schulentwicklungsprojekt «Strategische Optionen» zur Kenntnis. Er beauftragte die Kantonsschule, eine Profilschärfung vorzunehmen, insbesondere durch die Einführung einer zweisprachigen gymnasialen Matura (Englisch und Deutsch auf Beginn des Schuljahres 2016/17) und der Erarbeitung eines Talentförderungskonzepts in den Bereichen Musik und Sport.

Der Ausbau der Informationstechnologie auf dem Schulgelände wurde so vorabgetrieben, dass Lehrende und Lernende ihre eigenen Geräte für den Unterricht und das Lernen vor Ort einsetzen können. Der Zugang zur elektronischen Lernplattform ist mit sämtlichen IT-Mitteln sichergestellt.

Im Unterricht trat an Stelle des Schwerpunktfaches «Alte Sprachen» erstmals das Schwerpunktfach «Latein». Im Berichtsjahr wurde nur noch eine Themenwoche durchgeführt; zuvor waren es jeweils drei pro Schuljahr. Eingeführt wurde ein Lernendenaustausch mit dem frankophonen Wallis. Das Angebot stiess auf ein breites Echo. Fünf Schülerinnen und Schüler nahmen im Ganzjahresaustausch teil, acht im Kurzaustausch.

Seit Schuljahresbeginn 2015/16 gilt in der Berufsfachschule Wirtschaft der neue Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität. Gestützt auf den entsprechenden Bildungsplan wurde der Schullehrplan erstellt und umgesetzt.

Die Schülerzahlen an der Sekundarschule waren weiter rückläufig. Vor diesem Hintergrund hat die zuständige Kommission (Trägergemeinden und Kantonsschule) in Absprache mit den betreffenden Gemeinderäten entschieden, die Organisation innerhalb des kooperativen Schulmodells anzupassen und mit einem Lernraum zu ergänzen. Die Umsetzung der Änderungen ist seit dem Schuljahr 2014/15 schrittweise im Gang.

Die Statistik im Anhang informiert über weitere Zahlen (vgl. S. 80).

6. Berufsbildungszentrum Herisau

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum ging im Berichtsjahr zurück (Schuljahr 2015/16: 979; 2014/15: 1'051; Schuljahr 2013/14: 1'046; Schuljahr 2012/13: 1'045, Schuljahr 2011/12: 1'033). Die Statistik im Anhang informiert über weitere Zahlen (vgl. S. 80).

Das Qualitätsmanagementsystem wurde komplett überarbeitet und an die Anforderungen der neuen Norm ISO 9001:2015 angepasst. Ergänzt wurden die Prozesse «Risikomanagement» und «Wissenssicherung». Die Rezertifizierung wurde im November erfolgreich abgeschlossen. Dabei wurden die neuen Prozesse als gut und wirksam bewertet. Die Schulleitung führte vorgängig zusammen mit drei Lehrpersonen einige interne Qualitätsaudits durch. Die Erkenntnisse aus diesen Überprüfungen

bildete eine gute Grundlage zur weiteren Systemoptimierung und für die Rezertifizierung.

Bei der Lernenden- und Ausbildungsberatung übernahm Nicole Harzenmoser die Aufgaben von Anneliese Dick, die pensioniert wurde. Im Lehrkörper waren nur wenige Wechsel zu verzeichnen; betroffen waren vor allem Anstellungen mit kleinem Beschäftigungsgrad. Im Berichtsjahr etablierten die Lehrpersonen neue Methoden zur Einholung von Feedbacks bei den Lernenden. Diese werden sowohl von Lernpersonen als auch Lehrenden gut akzeptiert. Viele Lehrpersonen legten die Feedbacks dem Mitarbeitendengespräch zugrunde.

Die Landwirte werden seit Sommer 2015 nicht mehr in Herisau beschult. Die beiden Klassen wurden aus organisatorischen, administrativen, disziplinarischen und finanziellen Gründen nach Flawil verschoben.

In der Brücke AR wurden im August fünf Klassen gebildet; geplant waren vier. Herausfordernd war, genügend geeignete Praktikumsplätze zu finden. Das Ziel, wonach 80 % der Jugendlichen eine Anschlusslösung finden, wurde übertroffen. Die Zielerreichung ist aber mit Herausforderungen verbunden: Viele Jugendliche kommen aus schwierigen sozialen Verhältnissen und sind mit persönlichen Problemen konfrontiert. Die Zahl der disziplinarischen Massnahmen stieg im Berichtsjahr an.

Der Start ins Projekt «eLearning» verlief erfolgreich. Die Schülerinnen und Schüler aus vier Lehrberufen setzten im Unterricht entweder private Laptops oder von der Schule zur Verfügung gestellte Tablets ein. Die Geräte werden im Unterricht für Recherchen, für die Erstellung von Dokumenten, für das Lernen mit Apps oder für die Absolvierung von webbasierten Prüfungen eingesetzt. Neu können die Schülerinnen und Schüler im Unterricht Fachsoftware (beispielsweise Konstruktions- oder Mathematikapplikationen) auf den eigenen Geräten einsetzen, was die Flexibilität erhöht. Eine Herausforderung stellt der Einsatz von elektronischen Unterrichtsmaterialien dar. Die Verlage und Anbieter konkurrieren sich gegenseitig mit eigenen Systemen. Das erweist sich im Unterrichtsalltag als mühsam. Zudem funktionieren einzelne Programme nicht stabil. Lehrmittel auf Papier können zurzeit nicht vollumfänglich durch elektronische Lehrmittel ersetzt werden.



Der Regierungsrat beschloss im September auf Antrag des Departements Bildung und des Berufsbildungszentrums, die Weiterbildungskurse per Ende März 2016 im Sinne einer Sparmassnahme einzustellen. Das Defizit der Weiterbildung betrug in den vergangenen Jahren jährlich zwischen rund Fr. 70'000 und rund Fr. 100'000. Dieser Aufhebungsentscheid wurde kontrovers diskutiert. Mit interessierten privaten Trägern wurden Ende Jahr Gespräche über eine allfällige Weiterführung eines privat getragenen Angebots am Standort Herisau geführt.

Als Partnerschule von Schweizer Jugend forscht nahmen 2015 zwei Teams aus dem Berufsbildungszentrum erfolgreich am Wettbewerb teil. Zwei Absolventinnen der kaufmännischen Grundbildung erzielten mit ihrem Programm zur selbständigen Resozialisierung von Straftätern das Prädikat «hervorragend» und durften ihr Projekt an der Schlussfeier in Davos vorstellen. Zwei Schreiner erzielten mit ihrem selbst gebauten Rennski das Prädikat «sehr gut». Sie entwickelten daraus ein erfolgreiches Startup-Unternehmen und werden dabei von einer Stiftung unterstützt.

Departement Gesundheit

Direktor: Landammann Dr. Matthias Weishaupt

Die Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat im Departement Gesundheit besonders viel zeitliche und personelle Ressourcen gebunden. Projektleitung, Koordination und Umsetzung der Organisationsentwicklung sowie die Stellvertretung diverser Vakanzen haben zusätzlich zum Tagesgeschäft einen ausserordentlichen Einsatz verlangt. Verschiedene Gesetzgebungsverfahren, insbesondere die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes oder die Erarbeitung des Behindertenintegrationsgesetzes, mussten verschoben werden.

Die Gesamterneuerungswahlen für den Verwaltungsrat des Spitalverbunds (SVAR) erforderten aufgrund zahlreicher Rücktritte eine sorgfältige Vorbereitung mit entsprechendem Aufwand. Der intensive Dialog zwischen der Aufsichtsbehörde und dem neuen Verwaltungsrat hat in der zweiten Jahreshälfte zu einer merklichen Verbesserung im Verhältnis zwischen dem Kanton als Eigner und dem SVAR beigetragen.

Bei der Finanzierung der stationären Gesundheitsversorgung zeigen sich schweizweit anhaltend erhebliche Kostenverschiebungen zulasten der Kantone. Die gesetzliche Verpflichtung der Kantone zur Spitalplanung in den Versorgungsbereichen Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie, zum Erlass von Spitallisten und zur Tarifgenehmigung bzw. -festsetzung erweisen sich nach wie vor als ungenügende Instrumente für eine wirksame Kostensenkung.

Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung hat der Regierungsrat beschlossen, aus finanziellen Gründen auf die Herausgabe des Gesundheitsmagazins zu verzichten. Die letzte Ausgabe des seit 2007 herausgegebenen Magazins war den betreuenden und pflegenden Angehörigen gewidmet und hat die Ausserrhoder Bevölkerung zu den bestehenden Möglichkeiten für Entlastung und Unterstützung sowie für die eigene Vorsorge breit informiert.

Grosse Fortschritte punkto Qualitätssicherung und Kostentransparenz sind in der Heimlandschaft Appenzell Ausserrhoden erreicht worden. Unter Federführung des Amtes für Soziale Einrichtungen und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Akteuren wurde das Projekt «Basisqualität» zur Umsetzungsreife gebracht. Der Erlass der «Richtlinien zur Basisqualität» stellt einen grossen Schritt zur Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ guten Versorgung sowohl in den Alters- und Pflegeheimen wie auch in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung dar.

1. Departementssekretariat

Diverse Vakanzen und die umfangreichen Vorbereitungen für die Reorganisation hatten eine hohe Zusatzbelastung im ganzen Departement, insbesondere fürs Kader und das Departementssekretariat, zur Folge. Der Departementssekretär übernahm als Projektleiter-Stellvertreter des Teilprojekts Departement Gesundheit und Soziales Planungs- und Koordinationsarbeiten sowie die Berichterstattung. Dieses Teilprojekt war im Vergleich zu anderen Teilprojekten besonders stark von den Umstrukturierungen betroffen.

Ab dem 1. Juni 2015 war Landammann Dr. Matthias Weishaupt gleichzeitig Vorsteher des Departements Inneres und Kultur. Das führte zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen den beiden Departementen und den beiden Departementssekretären.

Im Bereich der Gesetzgebungsverfahren konnten zum Gesetz über die Pflegefinanzierung und zur Teilrevision des Einführungsgesetzes zum KVG (EG zum KVG) die Vernehmlassungen abgeschlossen und die Geschäfte vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden. In der zweiten Jahreshälfte fanden die Beratungen in den parlamentarischen Kommissionen statt. Für das EG zum KVG übernahm der Departementssekretär und für das Gesetz über die Pflegefinanzierung der Leiter des Amtes für Soziale Einrichtungen das Aktuariat der jeweiligen parlamentarischen Kommission. Beide Gesetze wurden durch den Rechtsdienst des Departementssekretariats aufbereitet und begleitet.



Bei den individuellen Prämienverbilligungen (IPV) zeichnete sich erneut eine bedeutende Überschreitung des Voranschlags ab. Da sich diese aufgrund der Simulationsrechnungen nicht erklären liess, wurde eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung einberufen. Die Arbeitsgruppe bestand aus Vertretern des Departements Gesundheit, der Steuerverwaltung, der Ausgleichskasse und der Verwaltungsrechenzentrum AG St. Gallen. Die Erkenntnisse führten zu einer Anpassung der Simulationen, welche für die jährliche Festlegung des Selbstbehalts bei der IPV für das Jahr 2016 bereits zur Anwendung kamen.

Die Lungenliga Appenzell Ausserrhoden meldete an, aus verschiedenen Gründen ihre Eigenständigkeit in der bestehenden Form nicht länger wahren zu können. Der Rechtsdienst des Departementssekretariats wirkte massgebend bei der Erarbeitung möglicher Lösungsvorschläge mit. Es zeichnet sich eine Übertragung der Aufgaben an die Lungenliga St. Gallen ab.

Das Departementssekretariat leistete viel Unterstützungsarbeiten für die Ämter. Diese reichten von der Abklärung von Rechtsfragen bis zur Betreuung aufwändiger Rechtsmittelverfahren, insbesondere im Bereich der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen und der Tarifverfahren. Auch wurden diverse Mitberichte und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kantonen beantwortet sowie teilweise komplexe departementale Rechtsmittelverfahren und Verfügungen bearbeitet.

2. Spitalamt

2.1 Personelles

Von September bis Dezember unterstützte die Amtsleiterin des Spitalamtes den Departementsvorsteher bei der Überbrückung der Vakanzen im Amt für Gesundheit, insbesondere bei der Amtsleitung.

2.2 Spitalplanung und Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2016 Psychiatrie

Die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2014 Psychiatrie war bis Ende 2015 befristet. Der Regierungsrat hat deshalb im Dezember die Spitalplanung und die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2016 Psychiatrie für die Jahre 2016 und 2017 genehmigt und per 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Alle bisherigen Listenspitäler sind weiterhin gelistet. Neu aufgenommen wurde die Klinik Gais AG, welche bereits einen Leistungsauftrag im Versorgungsbereich Rehabilitation hat.

2.3 Spitalfinanzierung

Die neue Spitalfinanzierung sieht vor, dass die Kosten der stationären Versorgung zwischen Kanton und Versicherern anteilmässig zu übernehmen sind. Der Kanton finanziert einen wesentlichen Anteil der Fall- oder Tagespauschalen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung; in Appenzell Ausserrhoden erhöht sich der kantonale Anteil von 47 % im 2012 auf 55 % ab 2017. Im Bereich der Invalidenversicherung finanziert der Kanton 20 %. Vor diesem Hintergrund ist die Rechnungskontrolle, welche 2015 in Zusammenarbeit zwischen dem Spitalamt und dem kantonsärztlichen Dienst sowie mit Unterstützung des Departementssekretariats wahrgenommen wurde, von wesentlicher Bedeutung. Neben der Kontrolle sind auch Kostenprognosen und -analysen wichtig, insbesondere im Rahmen des Voranschlags oder der Staatsrechnung.

Laut Gesetz hat die zuständige Kantonsregierung Tarifverträge zu genehmigen oder festzusetzen. Die Tarifverfahren sind aufwändig und wurden es zusätzlich aufgrund der steigenden Anforderungen des Bundesverwaltungsgerichts an die Kostenanalyse im Rahmen des kantonalen Verfahrens.

2.4 Spitalaufsicht

Die Aufsicht über die Spitäler in Appenzell Ausserrhoden obliegt dem Regierungsrat bzw. dem Departement Gesundheit. Das Gesetz gibt Leitplanken vor, wie diese Aufsicht auszugestalten ist. Aufgrund der knappen Ressourcen im Spitalamt konnten die begonnenen konzeptio-

nellen Arbeiten nur punktuell vorangetrieben werden. So wurde das Verfahren für die Gewährung von Betriebsbewilligungen für Spitäler auf Basis der gesetzlichen Grundlagen neu aufgegleist. Es wird 2016 für verschiedene Spitäler mit einem Standort im Kanton zur Anwendung kommen, welche neue Betriebsbewilligungen benötigen.

Umfassendere Vorgaben hat der Gesetzgeber für die Aufsicht des SVAR vorgesehen. Der SVAR hat die für 2015 in Aussicht gestellte mehrjährige Aufgaben- und Finanzplanung, welche er dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme unterbreiten muss, verschoben. Dies auch, nachdem in den Monaten November und Dezember 2014 verschiedene Rücktritte im Verwaltungsrat des SVAR bekannt gegeben worden waren und somit für die Amtsdauer 2015-2019 neue Mitglieder für den Verwaltungsrat zu suchen waren. Der Regierungsrat beauftragte das Departement Gesundheit, die Gesamterneuerungswahlen des SVAR-Verwaltungsrats vorzubereiten. Dabei wurde das Departement extern begleitet. Ende März wählte der Regierungsrat den neuen Verwaltungsrat für die Amtsdauer 2015-2019 mit Amtsantritt am 1. Juni 2015. Als Ausfluss der Aufsichtsaufgaben des Kantons über den SVAR wurden die bereits in den Vorjahren einzeln durchgeführten Eigentümergespräche zwischen dem Kanton und dem SVAR ausgebaut.

2.5 Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden

Im Juni 2013 hatte der Regierungsrat vom Grundlagenpapier Psychiatrieversorgung für Appenzell Ausserrhoden Kenntnis genommen. Das Papier sieht vor, dass die ambulante psychiatrische Versorgung für die Bevölkerung ausgebaut wird. Im Auftrag des Regierungsrates hat der SVAR die Kosten des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden (PZA) nach Verursacherprinzip aufgeschlüsselt. Mitte Jahr konnte dem Regierungsrat nach langen und intensiven Vorbereitungsarbeiten eine Deckungsbeitragsrechnung des SVAR unterbreitet werden. Auf dieser Basis gewährte der Regierungsrat für das Jahr 2014 auch im Bereich der ambulanten Psychiatrie Beiträge an ungedeckte Kosten.

Der Rahmenvertrag zwischen dem Kanton und dem SVAR vom 20. Dezember 2011 (bGS 812.112) äussert sich

in Abschnitt 4 zu den Mietverträgen des PZA und sieht darin eine rückwirkende Anpassung der Mieten nach dem Rechnungsabschluss 2012 vor (Art. 9 Abs. 6). Nachdem sich die Vertragsparteien nicht einigen konnten, wurde - wie vom Rahmenvertrag vorgesehen - ein gemeinsam bestimmter, unabhängiger Experte beigezogen. Schliesslich stimmte der Regierungsrat im September 2015 einer Reduktion der Mietzinse rückwirkend ab 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017 zu.

3. Amt für Gesundheit

3.1 Personelles

Nach sieben Jahren Amtsleitung verlässt Reto Fausch das Amt für Gesundheit und übernimmt die Leitung einer Psychiatrischen Klinik in der Zentralschweiz. Nach über sieben Jahren verlässt Kantonzahnarzt Markus Voneschen die kantonale Verwaltung per 31. Dezember 2015.

3.2 Allgemeines

Die wichtigste und häufigste Aufgabe der Amtsärzte ist die Legalinspektion bei aussergewöhnlichen Todesfällen. Die aufbietende Kantonspolizei bekundete vermehrt Mühe, im Bedarfsfall einen verfügbaren Amtsarzt zu finden. Das Amtsarztwesen wurde daher überprüft und angepasst, um eine bessere Verfügbarkeit der Amtsärzte sicherstellen zu können. Nebst angepassten Entschädigungen und organisatorischen Massnahmen konnten zwei zusätzliche Amtsärzte gewählt werden, womit sich die Zahl der Amtsärzte per 1. Januar 2016 von vier auf sechs erhöht.

Im Berichtsjahr erstellte das Departement Gesundheit letztmals ein Gesundheitsmagazin. Dieses widmete sich dem Thema «Angehörige betreuen und pflegen».

3.3 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im 2015 zu vier Sitzungen getroffen. Er befasste sich unter anderem mit den laufenden Gesetzgebungsverfahren im Departement Gesund-



heit sowie mit der Spitalplanung Appenzell Ausserrhoden 2016 Psychiatrie.

Mit Ablauf der Amtsperiode sind Prof. Dr. Iren Bischofberger und Dr. med. Karin Faisst berufsbedingt aus dem Gesundheitsrat ausgetreten. Für die Amtsdauer 2015-2019 konnten mit Dr. med. et phil. Denise Felber Dietrich und Martina Merz-Staerkle die vakanten Kompetenzbereiche erfolgreich wiederbesetzt werden. Zudem fand wegen des Austritts von Reto Fausch aus dem Gesundheitsrat ein Wechsel im Aktuarat statt.

3.4 Kantonsärztlicher Dienst

Die Gesuche um Kostengutsprache hielten sich 2015 im üblichen Rahmen. Auffallend viele Patienten und Patientinnen suchten im Notfall direkt die Notfallstation des Kantonsspitals St. Gallen auf. Auch die Rettungsdienste, jener in Appenzell Ausserrhoden inbegriffen, transportierten Patienten und Patientinnen sehr oft und nicht immer notwendigerweise direkt in das Zentrumsspital. Hier besteht nach wie vor Informations- und Handlungsbedarf.

Der kantonsärztliche Dienst unterstützte das Spitalamt bei der Erarbeitung der Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2016 Psychiatrie mit medizinischem Fachwissen.

Das System der schulärztlichen Untersuchung für die Ausserrhoder Kinder funktioniert grundsätzlich gut. Regelmässig werden medizinische Probleme entdeckt, die einer Behandlung bedürfen. Das Impfwesen konnte durch die Vereinfachung der administrativen Abläufe deutlich verbessert werden. Der schulärztliche Dienst hält an seiner Strategie der Impfkontrollen und Nachimpfungen durch die Schulärzte und Schulärztinnen fest. Nur so ist eine gute Kontrolle der Ergebnisse möglich. Die Unterlagen zu den schulärztlichen Untersuchungen wurden den Bedürfnissen der Schulgemeinden und des schulärztlichen Dienstes erneut angepasst und bewähren sich.

3.5 Kantonszahnärztlicher Dienst

Zu den wichtigsten Aufgaben des Kantonszahnarztes zählen die Information und Beratung von Behörden, Schulen sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen. Die Daten aus den schulzahnärztlichen Untersuchungen zeigen, dass weiterhin bei ca. 25 % der Schüler und Schülerinnen pro Jahr eine Zahnbehandlung notwendig ist. Dank der getroffenen Massnahmen ist jedoch eine Verbesserung der Zahngesundheit beobachtbar.

3.6 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Im November wurden die jährlichen Prüfungen für Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen durchgeführt. Von den fünf Kandidatinnen haben drei Teilnehmerinnen die Prüfung erfolgreich bestanden.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat im Berichtsjahr das Diplom in Naturheilpraktik in vier Fachrichtungen anerkannt: TEN (Traditionelle Europäische Naturheilkunde), TCM (Traditionelle Chinesische Medizin), Homöopathie und Ayurveda. In der Anerkennungsphase durch das SBFI steht noch das Diplom in Komplementärtherapie, welches verschiedene sektorielle Fachbereiche betrifft (bspw. Craniosacraltherapie).

Die Neuerungen bedeuten für Appenzell Ausserrhoden, dass zukünftig gestützt auf das anerkannte eidg. Diplom in Naturheilpraktik auch Bewilligungen auszustellen sind. Die grössere Vielfalt an Bewilligungen erhöht die Anforderungen an die Kantone und gestaltet den Bewilligungsprozess anspruchsvoller. Die bisher von Appenzell Ausserrhoden umgesetzte Politik, ein qualitativ hochstehendes Angebot im Bereich Komplementärmedizin zuzulassen, wird mit der eidgenössischen Anerkennung der Naturheilpraktik durch das SBFI gestärkt.

Der Prozess der schrittweisen Einführung eines nationalen Gesundheitsberuferegisters (NAREG) wird durch Appenzell Ausserrhoden aktiv begleitet. Im NAREG werden Gesundheitsfachpersonen erfasst, die nicht durch das eidgenössische Medizinalberufegesetz geregelt sind.

Die Fachstelle führte 81 Inspektionen durch (vgl. Statistik S. 85). Erfreulicherweise wurden mehrheitlich nur kleine Mängel festgestellt, die von den kontrollierten Gesundheitsfachpersonen und Institutionen rasch behoben werden konnten.

3.7 Beratungsstelle für Suchtfragen

Die Beratungsstelle für Suchtfragen führte insgesamt 138 Beratungen durch (Vorjahr: 135). Zusätzlich wurden 111 Kurzberatungen mit weniger als drei Stunden Arbeitsaufwand angeboten. 54 % kamen wegen Alkohol, 19 % wegen Cannabis, 19 % wegen harten Drogen und 8 % wegen anderen Suchtproblemen (Essstörungen, Spiel-, Gamesucht usw.) in die Beratung (vgl. Statistik S. 86). Neben den Beratungen bot die Beratungsstelle verschiedene Präventionsprojekte an. Für das Projekt «Rauchfreie Lehre 2015» haben sich über 120 Lernende angemeldet. Es wurde mit einem grossen Event abgeschlossen.

Erneut wurden Alkohol- und Tabaktestkäufe zu Monitoringzwecken zusammen mit dem Blauen Kreuz St. Gallen-Appenzell durchgeführt. Lediglich 58 % der Verkaufsstellen hielten sich an die gesetzlichen Vorschriften. In Bezug auf Jugendschutz arbeitet die Beratungsstelle für Suchtfragen eng mit den entsprechenden Stellen der Kantone St. Gallen, Thurgau und Graubünden zusammen.

Zusammen mit dem Kanton St. Gallen, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Land Vorarlberg beteiligte sich Appenzell Ausserrhoden am Jugendwettbewerb 2015. Aus Appenzell Ausserrhoden wurde der Kurzfilm «Offline» eingereicht. Er gehörte zu den Preisträgern.

Das Projekt «Brillant» der fünf Ausserrhoder Gemeinden Teufen, Speicher, Wald, Trogen und Rehetobel, das zusammen mit der Beratungsstelle erarbeitet wurde, ist mit einem der vier nationalen Preise «Gesunde Gemeinden» ausgezeichnet worden.

Im September wurde die Beratungsstelle erfolgreich mittels QuaTheDA (Qualität Therapie Drogen Alkohol) rezertifiziert.

3.8. Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission für Zahnärzte und Heilpraktiker

Das Berichtsjahr konnte ohne Pendenzen gestartet werden. Im Laufe des Jahres gingen vier Gesuche um Überprüfung von Rechnungen von Zahnärzten ein. Drei der Gesuche sind erledigt: Bei allen konnte eine Einigung erzielt werden, in einem Fall ohne die Intervention der Kommission.

4. Amt für Lebensmittelkontrolle (Interkantonales Labor AR, AI, GL, SH)

Die Betriebskontrollen und Probeuntersuchungen wurden nach einem risikobasierten System abgewickelt. Von den rund 800 kontrollpflichtigen Betrieben im Kanton wurde knapp die Hälfte inspiziert. Die Beanstandungsquote lag dabei leicht über dem Vorjahr.

Im Berichtsjahr erhob das Amt 409 Proben in den Bereichen Lebensmittel, Trink- und Badewasser sowie Gebrauchsgegenstände. Die Beanstandungsquote der untersuchten Proben liegt mit 17 % im Durchschnitt der letzten Jahre (vgl. Statistik S. 85).

Die hochsommerlichen Temperaturen im Juli und August verursachten einigen Mehraufwand: Bäckereien hatten mit Wespenplagen zu kämpfen, Kühlaggregate konnten die Kühlleistung nicht mehr erbringen oder stiegen gar aus, Quellwasser erwärmte sich stark und das Badewasser war durch übermässig viele Badegäste vermehrt verunreinigt.

Das Amt hatte einen Viertel mehr Baugesuche als noch im Vorjahr fachlich zu beurteilen.

Im Rahmen der Inspektionstätigkeit überprüfte das Amt auch die Einhaltung der Vorgaben zum Passivraucher-schutz. Es wurden 31 Fumoirs kontrolliert, von welchen über ein Drittel Abweichungen von den gesetzlichen Bestimmungen aufwiesen.

5. Amt für Soziale Einrichtungen

5.1 Bereich Alter und Spitex

Zur Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflegeplätzen wurde im Frühjahr das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) beauftragt, für Appenzell Ausserrhoden die statistischen Grundlagen zur Pflegeheimplanung zu erarbeiten und in einem Bericht zu beschreiben. Der Bericht ist Anfang November eingegangen. Er stellt die gegenwärtige Situation der Langzeitpflege im Hinterland, Mittelland und Vorderland dar. Darauf aufbauend wird die Entwicklung der Bevölkerung von 65-Jährigen und Älteren insgesamt, des Anteils an pflegebedürftigen Personen 65+ sowie der Bedarf an Pflegebetten für die Jahre 2015 bis 2035 im Kanton geschätzt. Gemäss Bericht wird sich die Zahl der 80-jährigen und älteren Menschen in Appenzell Ausserrhoden bis ins Jahr 2035 voraussichtlich fast verdoppeln (+ 94 %). Je nachdem, welche Annahmen getroffen werden, wird Appenzell Ausserrhoden für seine Bevölkerung bis 2035 voraussichtlich zwischen 836 und 1'288 Plätze in Pflegeheimen benötigen. Die Pflegeheimliste 2015 umfasst ein Platzangebot von 1'207 Plätzen. Diese Situation gilt es in der Pflegeheimplanung 2016 zu beleuchten.

Um das Wohl der betreuten Personen und eine angemessene und zeitgemässe Qualität in Alters- und Pflegeheimen zu gewährleisten, wurden die Qualitätsanforderungen unter Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis und vom Branchenverband Curaviva Appenzellerland angepasst. Die Qualitätsvorgaben und deren Überprüfung werden in den neuen «Richtlinien zur Basisqualität» beschrieben, welche per 1. Januar 2016 vollzogen werden. Zur Einführung dieser Richtlinien wurden Informations- und Schulungsveranstaltungen durchgeführt.

Die Alters- und Pflegeheime reichten im Frühjahr erstmals auf einem durch Richtlinien vorgegebenen Standard die Kostenrechnung und Leistungsstatistik ein, worauf das Amt die individuellen Kennzahlen je Alters- und Pflegeheim und die kantonalen Mittelwerte errechnete. Die Resultate wurden in einem Bericht zuhanden des Regierungsrats dargestellt. Darin wurde aufgezeigt, dass die zugelassenen Leistungserbringer in Appenzell Ausserrho-

den ihre Pflegekosten mit den aktuellen Höchstansätzen in einem beträchtlichen Umfang nicht decken können. Der Vergleich mit anderen Kantonen legte zudem offen, dass die Ansätze für Appenzell Ausserrhoden weit unter jenen in den Vergleichskantonen liegen. Gestützt auf die Datenerhebungen und Kostenvergleiche mit Ostschweizer Kantonen und nach Anhörung der Gemeinden und des Branchenverbandes hat der Regierungsrat am 7. Juli die Höchstansätze für die Pflege in Alters- und Pflegeheimen für das Jahr 2016 entsprechend angepasst.

Mittels Leistungsauftrag wurde der SVAR beauftragt, im Wohn- und Pflegezentrum (WPZ) Herisau die spezialisierte psychogeriatrische Pflege für Appenzell Ausserrhoden zu gewährleisten. Im WPZ werden Bewohnerinnen und Bewohner mit psychischen Erkrankungen und einem (Sozial-)Verhalten gepflegt und betreut, welche in der Regel in einem Alters- und Pflegeheim mit einem allgemeinen Leistungsauftrag nicht mehr betreut werden können.

Die Ausarbeitung einer neuen Verordnung mit Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Pflegefinanzierung (Finanzierung der Pflegerestkosten) und zum Gesundheitsgesetz (Finanzierung der Hilfe zu Hause und Finanzierung gemeinwirtschaftliche Leistungen) wurde in Angriff genommen. Ziel ist, ein angemessenes Modell für die Finanzierung der Hilfe zu Hause, der anrechenbaren Pflegekosten und der anrechenbaren gemeinwirtschaftlichen Leistungen sowie der anrechenbaren Erträge zu entwickeln. Das Finanzierungsmodell wird unter Einbezug der Gemeinden, des Branchenverbandes sowie der Spitexorganisationen Appenzellerland, Rotbachtal und Vorderland und eines externen Experten entwickelt.

5.2 Bereich Behinderung

Bei den anerkannten Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung erfolgte im Jahr 2014 die Einführung der Leistungsabteilung je Leistungseinheit gemäss der Pauschalmethode der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) und dem Finanzierungskonzept 2014 Appenzell Ausserrhoden. Das Finanzierungskonzept basiert auf dem Finanzierungsmodell der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren und des Kantons Zürich. Die Aus-

wertung des ersten Betriebsjahres zeigte insgesamt, dass mit den vereinbarten Pauschalen die angefallenen Kosten gedeckt werden konnten. Mit der pauschalen Leistungsabgeltung entstehen bei den Einrichtungen aufgrund von Schwankungen bei der Auslastung oder bei den Kosten und/oder den Erträgen Überschüsse und Defizite. Die anerkannten Einrichtungen sind deshalb zur Errichtung eines sogenannten Schwankungsfonds verpflichtet. Dieser konnte bei vielen Einrichtungen geüfnet werden. Mit allen dreizehn beitragsanerkannten Trägerschaften fanden in der zweiten Jahreshälfte erstmals Controllinggespräche zur gemeinsamen Beurteilung der Qualität und Wirtschaftlichkeit statt.

Die Anwenderkantone des Einstufungssystems «Individueller Betreuungsbedarf (IBB)» haben sich verpflichtet, die Einstufungen der einzelnen Einrichtungen mit Stichproben zu überprüfen. Diese Überprüfung wurde in Appenzell Ausserrhoden (wie in verschiedenen anderen Kantonen auch) einem Dritten übertragen. Anfang Jahr wurden in allen anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung anhand von Stichproben die IBB-Einstufungen überprüft. Insgesamt wurde festgestellt, dass in allen anerkannten Ausserrhoder Einrichtungen die IBB-Systematik erfasst wird sowie die Vorgaben mehrheitlich korrekt umgesetzt und angewendet werden. Alle Einrichtungen haben einen Prüfungsbericht mit Empfehlungen zur Optimierung erhalten.

Gemäss den per 1. Januar 2015 erlassenen «Richtlinien zur Basisqualität» sind alle Informationen, die auf negative Auswirkungen für Bewohnende in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung schliessen lassen, als aufsichtsrechtliche Hinweise zu werten. Jeder Hinweis wird dazu vorab auf Zuständigkeit, Gehalt und Dringlichkeit hin geprüft. Verschiedene aufsichtsrechtliche Hinweise sind eingegangen und wurden überprüft.

6. Ethikkommission

Die Ethikkommission tagte im Berichtsjahr viermal. Renata Baer, Pflegefachfrau, trat aus der Ethikkommission zurück. Damit wurde in der Kommission eine wichtige Position vakant, da viele ethische Fragen in der Medizin

Pflegende unmittelbar betreffen. Mit Margarita Süess konnte eine Pflegefachfrau mit grosser Erfahrung im Bereich der Palliativmedizin als Nachfolgerin gefunden werden. Sie wird dem Regierungsrat für die kommende Amtsperiode zur Wahl vorgeschlagen.

Die Staatswirtschaftliche Kommission hatte auf einen möglichen Rollenkonflikt des Präsidenten der Ethikkommission hingewiesen, da er zugleich Chefarzt des PZA war. Der Präsident der Ethikkommission übt die Aufgabe als Chefarzt inzwischen nicht mehr aus.

Die Ethikkommission beriet verschiedene Themen, in denen ethische Aspekte des Gesundheitswesens betroffen sind. Beispielhaft können die Themen «Brückensicherung», «Beschwerdeverfahren bei fürsorgerischen Unterbringung» oder «Eingriffe in das Arztgeheimnis» genannt werden. Zum Thema «Beschwerdeverfahren bei fürsorgerischen Unterbringung» wurde gegenüber dem Regierungsrat eine Stellungnahme abgegeben.



Departement Bau und Umwelt

Direktor (bis 31. Mai): Regierungsrat Jakob Brunnschweiler

Direktorin (ab 1. Juni): Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

Die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes beschäftigte das Departement stark. Sowohl der Richtplan als auch das Baugesetz müssen revidiert werden, um eine Siedlungsentwicklung nach innen zu bewirken und überdimensionierte Bauzonen zu reduzieren. Die Kantone wehrten sich unter der Federführung der BPUK Schweiz erfolgreich dagegen, dass parallel dazu die ebenso umfangreiche zweite Revisionsstufe des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) angegangen wird. Nach den Rückmeldungen aus der Vernehmlassung entschied der Bundesrat, RPG 2 auf zentrale Themen zu beschränken und die Kantone und Gemeinden in die Ausarbeitung der Vorlage einzubeziehen.

Der Auftrag des neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetzes und das Bewusstsein zur Eindämmung der Zersiedlung sind im Kanton und in den Gemeinden angekommen. Der Handlungsbedarf ist unbestritten und die Stossrichtung klar. Die Diskussionen um den kantonalen Richtplanentwurf haben aber gezeigt, dass Auszonungsmassnahmen erst akzeptiert werden, wenn Klarheit über die Entschädigungsfolgen herrscht.

Nach der Volksdiskussion, der Anhörung der Gemeinden zum Entwurf der Bauverordnung, Gesprächen mit dem Vorstand der Ausserrhoder Gemeindepräsidienkonferenz sowie der Informationsveranstaltung für die Gemeinden zur Nachführung des kantonalen Richtplans hat der Ausserrhoder Regierungsrat beschlossen, den Entwurf für die Teilrevision des Baugesetzes zurückzuziehen und neu aufzugleisen. Das Büro des Kantonsrates hat dem zugestimmt. Die Zusammenhänge zwischen der Baugesetzrevision, der Richtplannachführung sowie der Regelung zum Mehrwertausgleich bedingen dieses Vorgehen. Damit können die drei Themen besser koordiniert werden. Auch die Mitwirkung der Betroffenen wird erleichtert. Die Zeitpläne zur Teilrevision des Baugesetzes und zur Nachführung des kantonalen Richtplans werden aufeinander abgestimmt, um eine fundierte Diskussion der raumplanungs- wie auch der baurechtlichen Neuausrichtung zu ermöglichen.

Das Berichtsjahr war auch geprägt durch die Übergabe des Departements Bau und Umwelt von Alt Regierungsrat Jakob Brunnschweiler an Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl. Sie führte ab dem 1. Juni zusätzlich das Departement Bau und Umwelt.

1. Departementssekretariat

Der Rechtsdienst befasste sich hauptsächlich mit der Weiterbearbeitung der Teilrevision des Baugesetzes inkl. Bauverordnung sowie mit dem Beginn der Ausarbeitung des Gesetzes über die Mehrwertabgabe.

77 Rekurse zu Entscheiden von Gemeindebehörden, Planungsamt und Amt für Umwelt sowie neun Einsprachen sind eingegangen; erledigt wurden 75 Rekurse und acht Einsprachen, darunter auch solche aus den Vorjahren. Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von Gemeindereglementen forderten den Rechtsdienst stark.

Beim Baukoordinationsdienst gingen 946 Baugesuche ein (Vorjahr: 937, Durchschnitt der letzten zehn Jahre: 884). 73 % der Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt, wobei bis 22. Januar 2016

rund 94 % der im Jahre 2015 eingegangenen Baugesuche erledigt werden konnten. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug dabei 3,37 Wochen (Vorjahr: 3,59 Wochen; Stand am 22. Januar 2016). Rund 69 % der Verfahren konnten zudem dank dem Geschäftsverwaltungssystem AXIOMA (vormals KONSUL) rein elektronisch abgewickelt werden.

Anspruchsvoll und aufwändig gestalteten sich auch die Arbeiten im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung.

2. Planungsamt

2.1 Allgemeines

Mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung endete im 2015 die Ära des kantonalen Planungsamtes als eigenständiges, direkt der Departementsleitung unterstelltes Amt. Es wird überführt in die Abteilung Raumentwicklung im neu geschaffenen Amt für Raum und Wald.

2.2 Zusammenarbeit und übergeordnete Raumplanung

Das Agglomerationsprogramm ist Steuerungsinstrument und Massnahmenplan für die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung über die Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg. Hauptziele sind die Förderung der Siedlungsentwicklung nach Innen sowie eine darauf abgestimmte Weiterentwicklung des Verkehrssystems. Der Bund beteiligte sich im Rahmen der zweiten Generation des Agglomerationsprogramms St.Gallen-Bodensee mit rund Fr. 80 Mio. an geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten in der Region St.Gallen. Im Berichtsjahr wurde unter Mithilfe des Planungsamts die dritte Generation des Agglomerationsprogramms St.Gallen-Bodensee entworfen. Zentrales Element stellt dabei das Zukunftsbild «Siedlung und Verkehr» dar, das sich mit der Weiterentwicklung des ÖV-Systems und der damit verbundenen Siedlungsstrategie befasst.

2.3 Kantonalplanungen

Mit dem neuen Raumplanungsgesetz sind Massnahmen zur Verdichtung zu treffen. Die Siedlungsfläche ist in seiner Grösse und Verteilung festzulegen, und überdimensionierte Bauzonen sind zu reduzieren. Den mit diesem Auftrag überarbeitete Kantonale Richtplan gab der Regierungsrat im März zur Vernehmlassung über den Sommer frei. Es gingen insgesamt über 500 Anträge von Gemeinden, Parteien, Organisationen und Privaten ein. Aufgrund der Stellungnahmen überarbeitet das Planungsamt den Richtplanentwurf und stimmt ihn auf den Zeitplan der Baugesetzrevision ab.

2.4 Ortsplanungen

Das Schwergewicht lag im Bereich der Teilzonenpläne (18 Vorprüfungen, 18 Genehmigungen) sowie der Sondernutzungspläne (12 Vorprüfungen, 16 Genehmigungen), die sich im Rahmen der Umsetzung der Ortsplanungen als notwendig erwiesen.

Aufgrund der statistischen Auswertungen über den Stand der Erschliessung kam im Jahr 2015 über den ganzen Kanton gesehen eine Fläche von rund 5,2 ha neu in die Kategorie «überbaut bzw. weitgehend überbaut» (Vorjahr: rund 4,6 ha). Insgesamt sind 1'481 ha als Bauzone ausgedehnt (vgl. Statistik S. 88).

2.5 Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Anzahl der behandelten Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen lag mit 555 (Vorjahr: 561) leicht unter dem Mittel der letzten drei Jahre (562). Zu Baugesuchen gingen 12 Einsprachen ein (Vorjahr: 15). 93 schriftliche Stellungnahmen zu Strassenbauprojekten, Wasserbauprojekten und anderen raumplanerischen Voranfragen (exkl. Bodenrechtsverfügungen) wurden ausgefertigt. Zusätzlich wurden 73 raumplanerische Verfügungen und Stellungnahmen zu Bodenrechtsgesuchen erstellt.

2.6 Natur- und Landschaftsschutz

Die Fachstelle Natur- und Landschaftsschutz verhandelte mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) erfolgreich die neue Programmvereinbarung für die NFA-Periode 2016-2019. Die Bundesbeiträge für die Programmziele im Bereich Natur und Landschaft betragen für die vier Jahre Fr. 950'000. Die Beitragshöhe liegt im Rahmen der vergangenen NFA-Periode. Für das Berichtsjahr richtete das BAFU eine Zusatzfinanzierung NFA über Fr. 92'000 Bundesbeiträge aus. Die Fachstelle investierte diese Mittel zusätzlich und gezielt in Biotopaufwertungen.

Im Rahmen der Vorkonsultation äusserte sich der Regierungsrat zum Aktionsplan «Strategie Biodiversität Schweiz». Der Regierungsrat begrüsst die Absicht des



Bundes, die Biodiversität verstärkt zu fördern und sich finanziell stärker zu beteiligen. Die Kantonsbeiträge gemäss den dafür vorgesehenen Programmvereinbarungen NFA im Umweltbereich, Periode 2016-2019, werden hierfür verwendet. Mittelfristig wird zu prüfen sein, ob gewisse Mittel zusätzlich eingestellt werden können.

Mit der Revision der Biotopverordnungen wies der Bund den Saumweiher Herisau und den Dorfweiher Grub den Amphibienlaichgebieten von nationaler Bedeutung zu. Die betroffenen Gemeinden und der Regierungsrat erklärten sich im Rahmen der Vernehmlassung damit einverstanden.

Das Departement Bau und Umwelt entschied im Rahmen der Sparbemühungen, die Verhandlungen für neue Naturschutzleistungen im Sömmerungsgebiet abzubrechen. Die bereits im Jahr 2014 gekündigten Bewirtschaftungsvereinbarungen mit rund 40 Alpbewirtschaftern werden nicht erneuert. Die jährlichen Naturschutzbeiträge in der Grössenordnung von Fr. 100'000 entfallen damit. Landwirtschaftliche Direktzahlungen für Landschaftsqualität und Biodiversität im Sömmerungsgebiet werden neu vom Bund ausbezahlt und decken die bisherigen Naturschutzleistungen ab.

Die Fachstelle stellte den Gemeinden und interessierten Kreisen einen praktischen Ratgeber «Natur im Siedlungsraum» zur Verfügung. Nach öffentlichen Begehungen und Beratungen interessierter Grundeigentümer stehen konkrete Aufwertungsmassnahmen an.

2.7 Fuss- und Wanderwege, Radwander- und Bikerouten

An einem gemeinsamen Auftritt der Ostschweizer Kantone präsentierten sich die Wanderwegregionen attraktiv und publikumswirksam an der Olma. Planungsamt, Verein Appenzell Ausserrhoder Wanderwege und Gemeinden setzen sich für den Erhalt und die Verbesserung der 738 Kilometer Wanderwege in Appenzell Ausserrhoden ein. Die Fachstelle Fuss- und Wanderwege äusserte sich in 24 Stellungnahmen zu Eingriffen in Wanderwege. In 20 Teilzonenplan- und Quartierplanverfahren wahrte sie die Interessen der Fussgänger.

Die Herzroute ist eine neue Elektrobike-Route von Lausanne nach Rorschach. Als SchweizMobil-Route Nr. 99 wurde die Strecke im Kantonsgebiet Appenzell Ausserrhoden im Frühjahr markiert.

3. Hochbauamt

3.1 Kantonale Hochbauten

Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA), Herisau

Projektteil Haus VIII, Küchensanierung 1. und 2. Baustufe: Die Klinikküche erhielt einen neuen Aufzug und drei neue Kühlzellen. Auch wurden die Plonge und die Rüsterei sowie die betroffenen Räume im Unter- und Obergeschoss erneuert.

Haus I, Alterspsychiatrie: Im Haus I wurden die Spiegelschränke ersetzt. Die Gärtnerei erhielt eine neue Ölheizung.

Kantonsschule, Trogen

Für die 2. Etappe des Konviktgebäudes wurden die Planungsarbeiten des Bauprojekts, der Kostenvoranschlag und die Ausschreibung erstellt. Der Allwetterplatz bei der Sporthalle und die Decke der alten Turnhalle wurden erneuert. Der Pavillon erhielt einen neuen Windfang. Das Strassenstück vom Olymp bis zum Biotop wurde erneuert.

Strafanstalt Gmünden, Niederteufen

Für ein Provisorium der Abteilung Strafvollzug wurden Varianten erarbeitet. Die Nordwestfassade des Zellentraktes erhielt einen neuen Anstrich.

Berufsbildungszentrum (BBZ), Herisau

Die 2. Etappe der Erneuerung des Gebäudeleitsystems ist umgesetzt. In der Turnhalle wurde eine Garderobe mit Dusche eingebaut.

Werkhöfe Wilen in Herisau und Bissau in Heiden

Die 1. Etappe der Fassadensanierung am Werkstattgebäude Wilen in Herisau ist abgeschlossen.

3.2 Liegenschaften: Unterhalt und Verwaltung

Bauten Verwaltungsvermögen

Bei der Liegenschaft Schützenstrasse 1, Herisau, sind die Polizeigaragen mit der KABA-Zutrittskontrolle nachgerüstet worden. In den Liegenschaften Landsgemeindeplatz 5/5a und 7, Trogen, musste das veraltete Zutrittsystem ersetzt werden. Im Regierungsgebäude Obstmarkt 3/5, Herisau, wurde eine klimatisierte Raumhülle für die EDV-Racks des Kantonsratssaals erstellt. Aufgrund der Reorganisation der kantonalen Verwaltung wurde die Regierungsratsbank von sieben auf fünf Sitze angepasst.

Im Haus Oberdorfstrasse 1, Herisau, wurden im Restaurant die Leuchten sowie im 3. Obergeschoss teilweise die Läden und die innere Beschattung erneuert.

Bauten Finanzvermögen

In der Liegenschaft Hinterbissaustrasse 68, Heiden, wurde eine Wohnung umfassend saniert und drei Aussenparkplätze erstellt. Bei der Liegenschaft Huebstrasse 34, Herisau, wurden die Dächer des Wohnhauses, der Scheune und des Stalls saniert. Durch eine Kündigung wurde es möglich, bei einer Wohnung an der St. Gallerstrasse 11, Rehetobel, die Räume inkl. Küche und Bad/WC zu renovieren. Nach einem Mieterwechsel konnte die zweistöckige Wohnung im Haus Mooshalde 26, Waldstatt, umfassend renoviert werden. In den Liegenschaften Krombach 1 und Cilanderstrasse 24A, Herisau, mussten die Heizkessel ersetzt werden. Bei diversen Liegenschaften wurden kleinere Sanierungen und Reparaturen ausgeführt. Der Regierungsrat genehmigte für den Umbau der Arztpraxis in der Liegenschaft St. Gallerstrasse 11, Rehetobel, einen Kredit. Die Eröffnung der Arztpraxis erfolgte zeitgerecht Anfang November. Bei der Liegenschaft Kirchplatz 4, Heiden, wurden die Fassaden mit einer neuen Aussenwärmedämmung versehen und die übrigen Fassadenteile neu gestrichen.

Bauten Pensionskasse AR

In der vom Kanton gemieteten Liegenschaft Kasernenstrasse 17A, Herisau, wurden im Zuge der Reorganisation erste Büros saniert. Für die Liegenschaft Kasernenstrasse 17 wurden Planungen für den Einbau eines Lifts sowie zwei Büros im Dachgeschoss erarbeitet. Für die Zustellung der Steuererklärungen erhielt die Steuerverwaltung ein Metallaussenschrank. Ausserdem wurden an diversen Liegen-

schaften kleine Unterhaltsarbeiten gemacht. Im Weiteren wurde die Bauabnahme des MFH Hueber Rebgarten 5, Romanshorn, durchgeführt. Bei den Neubauten Hüttenwiesstrasse 9, St. Gallen, und St. Gallerstrasse 57, Rehetobel, sowie bei den sanierten MFH Rietwisstrasse 32 + 34, Herisau, wurden die zweijährigen Garantieabnahmen mit den Mängelbehebungen durchgeführt. An der Liegenschaft St. Gallerstrasse 57, Rehetobel, sind die Abdichtungen der Duschen saniert. Die Maisonette Wohnung Badstrasse 9b, Heiden, wurde nach dem Mieterwechsel renoviert und eine neue Küche eingebaut. An der Badstrasse 9h, Heiden, konnte eine Fenstertür zum Aussensitzplatz erstellt werden. In diversen Liegenschaften wurden kleinere Unterhaltsarbeiten und Sanierungen gemacht. Im Gebäude Krombach 15, Herisau, wurden für die Wohnungen neue Balkone erstellt und die Heizung erneuert.

Stiftung Pro Appenzell

Bei der Alp Obergerstenschwend erfolgten Reparaturarbeiten bei der Feuerung sowie Dachdeckerarbeiten. Bei der Alp Hölzli wurde eine neue Jauchegrube mit Mistplatte gebaut. Bei der Alp Glücksbergli wurde der Ofen repariert und eine neue Wasserleitung bis zur Alphütte erstellt.

Immobilienwesen (Kauf/Verkauf)

Für diverse Grundstücke und Liegenschaften wurden Ausschreibungen sowie Studien und Schätzungen für die Verkaufsbereitschaft erarbeitet. Speziell zu erwähnen sind dabei die Wohnhäuser Huebstrasse 40B sowie Huebstrasse 49, Herisau. Folgende Verkaufsgeschäfte wurden abgeschlossen: MFH Krombach 15, Parz. 4886 und im Baurecht 10 Garagen im Krombach, Parz. D 11730, Herisau, sowie das Wohn- und Geschäftshaus Dorfstrasse 66, Parz. 132, Bühler. Ab den Parz. 1830 und 1831, Krombach, Herisau, wurden zwei Teilgrundstücke veräussert und mit den Parzellen der Käuferschaft vereint. Eine vorsorglich erworbene Liegenschaft an der Alpsteinstrasse in Herisau wurde in die Liegenschaftenverwaltung integriert. Die Pensionskasse AR erwarb zwei Liegenschaften in Wittenbach SG sowie ein MFH in Romanshorn.

3.3 Beratungen, Subventionen an Bauten

Aufgrund von Handänderungen wurden verschiedene Gesuche bearbeitet und diverse Lösungen von

Anmerkungen vorgenommen. Für die Mietverbilligung durch den Bund mussten diverse Abklärungen der finanziellen Verhältnisse und verschiedene zweijährliche Kontrollen von bestehenden Zusatzverbilligungen durchgeführt werden.

Im Baubewilligungsverfahren wurden 123 Verfügungen betreffend Zivilschutzräume erlassen, davon acht Schutzraum-Bewilligungen mit total 579 Plätzen sowie 115 Dispensationen vom Schutzraumbau. Neun Bauermittlungen wurden erstellt. Sechs Schutzräume mit insgesamt 223 Plätzen wurden abgenommen. Vier Schutzräume mit 121 Plätzen wurden aufgehoben. Die periodische Anlagekontrolle wurde in zwei Anlagen durchgeführt. Die Erneuerung der Schutzanlage Feuerwehrdepot Hinterbissau, Heiden, ist abgeschlossen. In verschiedenen Schutzanlagen wurden kleinere Sanierungsprojekte durchgeführt.

Gemäss Gesundheitsgesetz (Art. 68) leistete der Kanton bis ins Jahr 2015 an Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Pflegeheimen einen Beitrag. Im Auftrag des Departementes Gesundheit wurde das Projekt «Alterszentrum Urnäsch» mit der Restzahlung des zugesicherten Beitrages abgeschlossen. Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit ist der Kantonsbaumeister Mitglied der Baukommission «Erneuerung Ostschweizerisches Kinderspital St. Gallen».

4. Tiefbauamt

4.1 Allgemeines

Der Kanton blieb von Unwettern verschont, das Jahr verlief ohne Unfälle und die Kredite konnten eingehalten werden. Dank des milden und trockenen Herbstes sind verschiedene Baustellen terminlich voraus, was innerhalb der Strassenrechnung zu Verschiebungen führt. Die geplanten Objekte konnten grösstenteils umgesetzt werden.

Am 18. Januar lehnte Teufens Bevölkerung den Objektkredit von Fr. 30 Mio. für einen Tunnel der Appenzeller Bahnen zwischen dem Bahnhof und der Haltestelle Stofel im Stimmenverhältnis 40 zu 60 Prozent ab. Jetzt wird die Doppelspurvariante weiter bearbeitet, welche eine tramähnliche, richtungsgetrennte Führung der Bahn

durchs Dorf umfasst. Der deutliche Entscheid ist auch eine Bestätigung für das Tiefbaumt, welches die Doppelspurvariante immer als realisierbar betrachtete. Wegen des Wechsels an der Departementsspitze, der Aufgabenlast bei der Bahn und politischen Diskussionen in Teufen wurden die Planungsarbeiten für die Doppelspur erst vor Jahresende wieder aufgenommen.

Für die Umweltthemen «Lärmschutz Kantonsstrassen», «Revitalisierung Gewässer» und «Schutzbauten Wasser» wurden mit dem Bund die Programmvereinbarungen 2016-2019 vorbereitet. Es gab keine Differenzen zwischen Bund und Kanton, sodass die Dokumente Ende Jahr zur Genehmigung vorlagen. Beim «Lärmschutz Kantonsstrassen» sind für alle 20 Gemeinden die 2. Generation Lärmbelastungskataster erstellt. Die daraus resultierenden Sanierungsprojekte sind beauftragt; für die Pilotgemeinde Waldstatt liegen die Unterlagen vor. Insgesamt ist das Projekt weiterhin zeit- und ressourcenkritisch. Ende 2018 laufen die Bundessubventionen aus.

4.2 Strassenbau und Strassenunterhalt

Am 10. Januar rutschten grosse Partien des Steilhanges zum Bruderbachtobel zwischen der unteren Bruderbachbrücke und der Bleiche in Trogen ab. Die Kantonsstrasse von Trogen nach Wald wurde verschüttet und musste während fünf Tagen gesperrt werden. Die Sanierungsarbeiten wurden im Herbst abgeschlossen. Rund Fr. 560'000 kostete die Schadensbewältigung und die Stabilisierung der Böschung.

Das Jahr stand im Zeichen der Werterhaltung des Strassenetzes; es wurden hier mehr Mittel eingesetzt als geplant, dafür in der Investitionsrechnung leicht weniger. Positiv hervorzuheben unter den realisierten Objekten sind die Belagssanierung des Kreuzweges in Herisau und die Gesamterneuerung der Ortsdurchfahrt Waldstatt. Dank guter Vorbereitung, speditiver Unternehmer und grosser Akzeptanz der Betroffenen konnten die Bauarbeiten schneller und mit deutlich weniger Verkehrsbehinderungen beendet werden. Anfang September ging die provisorische Umfahrung für den Neubau der Steblenbachbrücke in Waldstatt in Betrieb, und die aus dem Jahre 1925 stammende alte Betonbrücke wurde abgerissen. Die neuen Brückenpfeiler sind im Bau.

Bereits im vierten Jahr blockiert bleibt die Weiterarbeit im Dorfkern von Trogen mit der Neugestaltung des Landsgemeindeplatzes. Auch nach der zweiten Planaufgabe wurde im März eine Einsprache ans Obergericht weitergezogen. Als Ersatz wurde die Wäldlerstrasse in Trogen saniert.

Viel Arbeit erforderte das geplante Migros-Provisorium in der Walke Herisau. Da das Gebäude auf einen eingedolten Bach zu liegen kommt und das Areal keine ÖV- und keine Langsamverkehrserschliessung aufweist, musste ein Wasserbauprojekt wie auch ein Ausbau der Kantonsstrasse mit Trottoir und Bushaltestelle forciert werden. Vor Weihnachten lag das Strassenbauprojekt auf. Es gingen keine Einsprachen ein.

Per 1. Juni wurde die Schmiedgasse/Neue Steig aus dem Kantonsstrassennetz entlassen und der Gemeinde Herisau abgetreten. Für die Sanierung von Fussgängerübergängen in Waldstatt konnte mit dem Bund die erste strassenseitige Finanzierungsvereinbarung im Rahmen des Agglomerationsprogrammes St. Gallen-Bodensee abgeschlossen werden. Im Dezember wurden vom Bund Fr. 110'000 überwiesen. Die Sanierung der Bahnübergänge läuft wegen fehlender Plangenehmigungen weiterhin verzögert.

4.3 Wasserbau

Im Wasserbau war vorgesehen, eine grosse erste Etappe der Sanierung «Mischwasserkanal Brüelbach» in Herisau zu realisieren. Nach langen Verhandlungen zwischen dem Departement und dem Ressort Tiefbau/Umweltschutz der Gemeinde, lehnte der Gemeinderat Herisau im April den Kostenteiler ab. Das Projekt bleibt blockiert. Dem Tiefbauamt gelang es, beim Bund die Programmvereinbarung «Schutzbauten Wasser» um die Unwetterschäden 2011 und 2013 zu ergänzen. Dabei erhielt der Kanton Fr. 2,5 Mio. zusätzliche Bundesgelder. Diese Minderausgaben und Mehreinnahmen führen zu grossen Verwerfungen in der Investitionsrechnung Wasserbau.

4.4 Amtliche Vermessung und Geoinformation

In der amtlichen Vermessung wurden zwei Lose der periodischen Nachführung mit insgesamt sieben Gemeinden abgeschlossen. Im GIS (geografisches Informa-

tionssystem) wurde der Geobasisdatensatz «Seilbahnen und Skilifte» erstellt und aufgeschaltet. Hinsichtlich der Zukunft der IG GIS AG bleibt die Situation angespannt. Während der Kanton St. Gallen eine Auflösung der Firma ins Auge fasst, wollen die beiden Appenzeller Kantone die gemeinsame Geodatenplattform weiter betreiben.

Der Kantonsingenieur wurde bestimmt, die Projektleitung zum Aufbau des Katasters der öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB zu übernehmen. Die Umsetzungsplanung wurde im Dezember dem Bundesamt für Landestopografie abgegeben.

5. Amt für Umwelt

5.1 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Im Bereich Grundwasserschutz lag der Schwerpunkt auf diversen aufwändigen Einspracheverfahren. Der Wasserversorgungsatlas wurde überarbeitet und mit den umliegenden Kantonen harmonisiert. Erheblichen Aufwand bescherte die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes mit der Bearbeitung der minimalen Datenmodelle für die Bereiche Grundwasservorkommen, planerischer Grundwasserschutz/Grundwasseraustritte sowie Fassungen und Anreicherungsanlagen.

Im Frühjahr wurden die Arbeiten für die neue Anschlussleitung der Gemeinde Rehetobel an den Abwasserverband Altenrhein in Angriff genommen. Die technisch anspruchsvolle Leitung konnte mehrheitlich fertiggestellt werden. Nach Umbau der bisherigen Kläranlage ist mit einer Inbetriebnahme Mitte 2016 zu rechnen. Abgeschlossen werden konnte der Anschluss der ARA Au, List, an die ARA Bödeli, Appenzell. Die ehemalige Deponiekläranlage wurde in eine Pumpstation umgebaut und vom Kanton Appenzell Innerrhoden übernommen. Mit diesen Anschlüssen wird die Abwasserreinigung hinsichtlich Reinigungsleistung und Betriebssicherheit regional langfristig verbessert und ökonomisch optimiert.

Die neue Verfahrensstufe für die Beseitigung von Mikroverunreinigungen auf der ARA Bachwis, Herisau, konnte



im Juni in Betrieb genommen werden. Im Zuge der rund einjährigen Einfahr-/Optimierungsphase werden zusammen mit den Betreibern Messungen zur Erfolgskontrolle durchgeführt. Die Reinigungswirkung der eingesetzten Pulveraktivkohle erfüllt die Erwartungen bisher weitgehend.

Der landwirtschaftliche Inspektionsdienst kontrollierte im Auftrag des Amtes erstmalig die Lagerung wassergefährdender Stoffe und speziell die Dieselbetankungsanlagen. Eine erste Auswertung zeigte, dass über 90 % dieser Anlagen nicht gemeldet wurden. Bei einem Viertel der kontrollierten Anlagen sind Mängel zu beheben. Bis 2018 wird die Kontrolle flächendeckend abgeschlossen sein.

In über 50 Betrieben wurden die Jauchegruben überprüft. In mehreren Fällen wurde der Sanierungsbedarf von Gruben festgestellt (Betonqualität, mangelhafte Zuleitungen, Statik der Decke). Kontrolliert wurde auch die korrekte Entwässerung des Betriebsareals.

Einwandige erdverlegte Tankanlagen müssen saniert oder ausser Betrieb genommen werden. Bis auf fünf Anlagen (mit begründeten Fristverlängerungen) konnte die Umsetzung erreicht werden. Der Vollzug wird Mitte 2016 abgeschlossen sein.

Die Kugelfänge der 300-Meter-Schiessanlagen in Grub und Reute, beide in Grundwasserschutzzonen liegend, konnten erfolgreich saniert werden. Parallel dazu wurden die letzten Schiessanlagen-Untersuchungen zur Bleibelastung abgeschlossen. Die Untersuchungen dienen auch als Grundlage für eine Kosten- und Beitragsabschätzung der zu erwartenden Belastung des Abfallfonds.

Umweltpikett

Aufgrund der angespannten Personalsituation bei den Pikettdiensten der Kantone Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen wurde mit dem Amt für Umwelt des Kantons St. Gallen vorerst für ein Jahr eine Pikettdienst-Zusammenarbeit vereinbart. Abwechslungsweise übernimmt eines der beiden Umweltämter den Pikettdienst an Wochenenden und Feiertagen für beide Kantone.

Im Berichtsjahr ereigneten sich im Vergleich zum Vorjahr mehr Schadenfälle. Gemeldet wurden insgesamt 26 Fälle. Bei 16 Fällen war ein Eingreifen des Pikettdienstes erforder-

lich. In drei Fällen kam es zu einem Fischsterben. In einem Fall war das Fischsterben eine Folge des schönen Wetters, welches bei stark reduzierter Wasserführung erhöhte Wassertemperaturen und einen Sauerstoffmangel im Gewässer zur Folge hatte.

5.2 Luft

Vier Hitzeperioden prägten 2015 das Sommerwetter auf der Alpennordseite. Die starke Sonneneinstrahlung wirkte sich auch im Appenzellerland auf die Belastung der Luft mit dem Reizgas Ozon aus. So registrierte die für das Appenzellerland repräsentative Messstation St.Gallen-Stuelegg deutlich mehr Überschreitungen des maximal zulässigen Stundenmittelwertes als in den letzten Jahren. Die hohen Ozon-Konzentrationen lagen jedoch unter den Rekordwerten des Hitzesommers 2003, was für die Wirksamkeit der bisher getroffenen Massnahmen zur Luftreinhaltung spricht. Allerdings genügen diese Anstrengungen noch nicht.

5.3 Energie/Klima

Im Bundesparlament wurde die Energiestrategie 2050 behandelt. Die Differenzen sollten 2016 fertig behandelt sein. Aus diesem Grund wurde die 2014/2015 geplante Überarbeitung des kantonalen Energiekonzepts hinausgeschoben. Erste Vorarbeiten sind gestartet. Sowohl die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) wie auch das harmonisierte Fördermodell der Kantone wurden von der Energiedirektorenkonferenz im Berichtsjahr verabschiedet. Die MuKE 2014 bilden die Grundlage für eine weitgehend harmonisierte Revision der kantonalen Energiegesetzgebungen. Zusammen mit dem Energiekonzept soll die Revision des kantonalen Energiegesetzes bearbeitet werden.

Die ausbezahlten Förderbeiträge sind entsprechend dem aufgrund der Sparmassnahmen reduzierten Förderprogramm zurückgegangen. Besonders deutlich ist dies bei den Photovoltaikanlagen und Gebäudehüllensanierungen sichtbar (vgl. Statistiken S. 94). Im kleineren Masse sind die durch das nationale Gebäudesanierungsprogramm ausgerichteten Beiträge zurückgegangen.

Departement Volks- und Landwirtschaft

Direktorin: Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

Die Schweizer Konjunktur stagnierte im 2015. Dies ging massgeblich auf die Frankenaufwertung von Mitte Januar zurück. Die zögerliche Konjunktorentwicklung widerspiegelte sich in einer ansteigenden Arbeitslosenquote sowie höheren Arbeitslosenentschädigungen. Die Kurzarbeitsentschädigungen verharrten dennoch auf einem sehr tiefen Niveau. Zusätzlich verschlechterte Rahmenbedingungen in der Schweiz als Investitionsstandort, weltweite Unsicherheiten sowie der weiter stark zunehmende globale Standortwettbewerb führten zu deutlich weniger Ansiedlungen.

Um die Wahrnehmung der Ostschweiz und damit auch die von Appenzell Ausserrhoden zu stärken, hat sich das Departement im Berichtsjahr an verschiedenen interkantonalen Projekten beteiligt. Zusammen mit den Kantonen St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und dem Fürstentum Liechtenstein wurde beim Bund im Rahmen des nationalen Innovationsparkes (NIP) eine Bewerbung als Netzwerkstandort Ost eingereicht. Es sollte ein Campus entstehen, wo zusammen mit den Forschungseinrichtungen der Region «Intelligente Produktionssysteme» auf hohem wissenschaftlichem Niveau erforscht, erprobt und umgesetzt werden. Der Bundesrat hat der Ostschweizer Kandidatur leider keinen Zuschlag als Standort des NIP erteilt. Weiter wurden Bestrebungen aufgenommen, die Wahrnehmung der Ostschweiz auf nationaler Ebene als zukunftsorientierter metropolitaner Wirtschaftsraum zu stärken.

Im November haben die Appenzeller Bahnen (AB) vom Bundesamt für Verkehr die Plangenehmigung der Durchmesserlinie Appenzell-St.Gallen-Trogen erhalten. Damit ist ein wichtiger Meilenstein in der Modernisierung und Weiterentwicklung der AB erreicht. Mit der Erteilung der Baubewilligung können die Bauarbeiten im AB-Bahnhof, am Ruckhaldetunnel und bei der neuen Haltestelle Riethüsli gestartet werden.

Gemeinsam mit den Kantonen Thurgau und St.Gallen wurden zwei weitere Meilensteine auf dem Weg zu einer Expo2027 im Raum Bodensee-Ostschweiz erreicht: Im September wurde der Sieger des Konzeptwettbewerbs erkoren. In einem nächsten Schritt geht es nun darum, das Siegerkonzept zu vertiefen, auf seine Machbarkeit zu prüfen und ein Bewerbungsdossier an den Bundesrat vorzubereiten. Dafür beantragen die Trägerkantone ihren Parlamenten gesamthaft 8,8 Mio. Franken. Im November stimmte der Kantonsrat einem Verpflichtungskredit über Fr. 800'000 für die Jahre 2016-2019 für den Ausserrhoder Anteil zu. In den Kantonen Thurgau und St. Gallen werden die Stimmberechtigten im Juni 2016 über ihre Anteile befinden. Das Projekt Expo2027 ist für die Ostschweiz eine grosse Chance, das wichtige Impulse für die Gesellschaft, Wirtschaft, den Tourismus und die Kultur verleihen.

1. Departementssekretariat

Das Departement hat im Berichtsjahr verschiedene Gesetzgebungsprojekte vorangetrieben oder abgeschlossen: Am 3. Mai hat der Kantonsrat in zweiter Lesung dem totalrevidierten Hundegesetz zugestimmt. Der Regierungsrat hat die Vorlage auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Am 23. Oktober hat der Kantonsrat in erster Lesung das totalrevidierte Tourismusgesetz beraten. Die anschliessende Volksdiskussion veranlasste eine Person zu einer Stellungnahme. Die zweite Lesung des Tourismusgesetzes ist auf Mai 2016 traktandiert. Aufgenommen wurden die Arbeiten für eine Teilrevision der kantonalen Verordnung über die Einführung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht. Weiter befasste sich das

Sekretariat mit der Hundeverordnung, der Verordnung über die Gebühren im Veterinärwesen sowie der Öko-Qualitätsverordnung.

Im Berichtsjahr gingen 11 Rekurse ein (Vorjahr: 12). Mangels Kapazitäten im Sekretariat wurden zwei Rekursverfahren durch den Rechtsdienst der Kantonskanzlei instruiert. Die Vernehmlassungs- und Anhörungsverfahren des Bundes gingen im Vergleich zum Vorjahr etwas zurück (22 als federführendes Departement, 13 im Rahmen von Mitberichten, Vorjahr: 34/20).

Weiter begleitete das Sekretariat das Projekt «Expo2027 Bodensee-Ostschweiz». Die Reorganisation der kantonalen Verwaltung beschäftigte das Sekretariat stark.



1.1 Tourismusförderung

Im 2015 standen als Folge des Entlastungsprogramms erstmals keine Fördermittel mehr für bauliche Massnahmen an Gastgewerbebetrieben zur Verfügung. Der kantonalen Tourismusmarketing-Organisation Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) wurde ein Förderbeitrag von Fr. 940'000 gewährt (Vorjahr: Fr. 990'000). Im November hat der Kantonsrat einstimmig einem zweijährigen Verpflichtungskredit über Fr. 1'880'000 für die Förderbeiträge 2016 und 2017 an die ATAG zugestimmt. Zusammen mit den kommunalen Förderbeiträgen, Marketingbeiträgen der touristischen Leistungsträger sowie Mandaten und selbst erwirtschafteten Mitteln ist es der ATAG damit möglich, die umfangreichen Marketingaufgaben, insbesondere in der Gestaltung und der Vermarktung von touristischen Angeboten auf Grundlage von strategischen Geschäftsfeldern, mit der notwendigen Schlagkraft zu erfüllen.

1.2 Öffentlicher Verkehr

Die Inbetriebnahme der Durchmesserlinie Appenzell-St.Gallen-Trogen (DML) ist auf Dezember 2018 geplant. Grundlage für den Beginn der Bauarbeiten ist die Plangenehmigungsverfügung, die das Bundesamt für Verkehr im November erteilt hat. Der Spatenstich für den Ruckhaldetunnel ist im Frühling 2016 vorgesehen. Aufgrund der späten Erteilung der Plangenehmigung beinhaltet der Zeitplan keine Reserven mehr. Die Finanzierung ist im Rahmen der kantonalen Beschlüsse sichergestellt, bleibt aber insbesondere wegen dem Tunnelprojekt und dem Güterbahnhof eine Herausforderung.

Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 mit 62 % Ja-Stimmen der Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) zugestimmt. Sowohl die Finanzierung wie auch der Ausbau der Bahninfrastruktur werden damit neu geregelt. Die Anhörung der Kantone zu den Verordnungsänderungen fand im ersten Quartal 2015 statt. Herausforderung ist dabei die Finanzierung, weil sich ab 2016 Mehrausgaben für Appenzell Ausserrhoden von rund 1,0 Mio. Franken (brutto) resp. je 0,5 Mio. Franken für Kanton und Gemeinden ergeben. Hauptgrund für diese Mehrkosten ist die Erhöhung des KAV von 39 % auf

48 % im Jahr 2016. KAV ist der Anteil, den die Kantone an das gemeinsam mit dem Bund bestellte Angebot im regionalen Personenverkehr leisten müssen.

Im Gegenzug trugen intensive Verhandlungen mit den Transportunternehmen (TU) in den Monaten Mai bis September zur finanziellen Entlastung bei. Diese Verhandlungen fanden im Rahmen des zweijährigen Bestellverfahrens statt und hatten zum Ziel, die Höhe der Abgeltung (ungedeckte Kosten der TU) für die Jahre 2016 und 2017 festzulegen.

Der Fahrplanwechsel im Dezember brachte für Appenzell Ausserrhoden einige punktuelle Verbesserungen und Optimierungen auf dem ganzen Kantonsgebiet. Beispiele sind die konsequente Umsetzung des Taktfahrplans auf der Linie 80.180 Herisau-Stein-St.Gallen mit guten Anschlüssen auf den Fernverkehr in St.Gallen oder neue Anschlüsse im Raum Heiden dank Anpassungen im Minutenbereich.

Wichtig für die Ostschweiz und das Appenzellerland ist die Durchmesserlinie Zürich, die seit Dezember auf der West-Ost-Achse in Betrieb ist. Zwischen Zürich HB und St.Gallen verkehren neu pro Stunde drei Züge des Fernverkehrs. Davon wird der IC als sogenannter Sprinter ab Winterthur ohne Halt bis St.Gallen weitergeführt. Die Reisezeit nach St.Gallen mit Abfahrt westlich von Zürich verkürzt sich damit um 18 Minuten. Für Reisende Richtung Appenzellerland hat sich die Anschlusssituation in Gossau und St.Gallen verbessert. Weitere Verbesserungen werden sich ab Dezember 2018 ergeben, wenn zwischen Zürich und St.Gallen ein vierter Fernverkehrszug eingeführt wird.

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten für das Konzept öffentlicher Regionalverkehr 2018-2022 (öV-Konzept) aufgenommen. Es löst das öV-Konzept 2011-2016 ab, das zusammen mit dem Leitbild am 21. Februar 2011 vom Kantonrat beschlossen wurde. Das öV-Konzept 2018-2022 baut auf dem Konzept 2011-2016 auf. Zentraler Teil bleibt die systematische Prüfung und Weiterentwicklung des Angebots im Regionalverkehr. Basis für die Weiterentwicklung des Angebotes sind die Einführung der DML AB im Dezember 2018 und die Änderungen im Fernverkehr in den Jahren 2019-2021. Es ist vorgesehen, das Konzept im Mai 2017 dem Kantonsrat vorzulegen.

2. Amt für Wirtschaft

2.1 Wirtschaftsförderung

Der globale Standortwettbewerb hat sich auch im 2015 weiter verschärft, und die Rahmenbedingungen der Schweiz als Investitionsstandort sind stark unter Druck geraten. Daraus resultierten - genauso wie bei den nationalen Mitbewerbern - deutlich weniger Ansiedlungen. Damit Appenzell Ausserrhoden als Unternehmensstandort interessant bleibt, sind neben der Standortentwicklung auch die Bestandespflege sowie eine lösungsorientierte Grundhaltung gegenüber neuen Projekten von entscheidender Bedeutung.

Bestandespflege / Standortentwicklung

Der Fachkräftemangel war erneut ein wichtiges Thema. Zusammen mit dem Kanton St.Gallen organisiert die Wirtschaftsförderung deshalb jährlich einen Sprungbrett-Event und gemeinsam mit den Nachbarkantonen bereits zum zweiten Mal die Veranstaltung «ProOst». Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Verein STARTFELD, der für die Förderung von Innovationen und Jungunternehmertum in der Ostschweiz zuständig ist, konnte für die Jahre 2016-2019 verlängert werden. Da das Wachstum der Studierenden in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird, wurde im Rahmen eines Praxisprojektes der Fachhochschule St. Gallen abgeklärt, ob Interesse an einem Studierendenwohnheim auf dem Areal des Bahnhofs Herisau besteht und ein realistischer Businessplan möglich ist.

Zur Netzwerkpflege organisierte die Wirtschaftsförderung verschiedene Veranstaltungen wie den stets gut besuchten Anlass «Beste Köpfe» oder, zusammen mit der Steuerverwaltung, verschiedene Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern.

Standortpromotion / Ansiedlung

Das vierte Jahr der St. GallenBodenseeArea wurde vom Entscheid der Schweizerischen Nationalbank, die Euro-Untergrenze zum Schweizer Franken aufzugeben, spürbar beeinflusst. Trotzdem wurde auch im Berichtsjahr die

Zusammenarbeit mit diversen Partnern ausgebaut und verstärkt. Zusammen mit Appenzell Innerrhoden war die Wirtschaftsförderung für die gelungene Organisation des SGBA-Netzwerkpartner-Anlasses 2015 in Teufen verantwortlich. Die Zusammenarbeit in der internationalen Standortpromotion hat sich für Appenzell Ausserrhoden bewährt. Sie trägt zur Wahrnehmung von Appenzell Ausserrhoden vorteilhaft bei und eröffnet Möglichkeiten, die allein nicht zu realisieren wären.

Weiter konnte die Leistungsvereinbarung des SECO und der Kantone mit Switzerland Global Enterprise (S-GE) für die Jahre 2016-2019 verlängert werden.

Standortmarketing

An der Immo Messe präsentierte sich der Kanton und die Gemeinden zum letzten Mal mit einem gemeinsamen Stand als moderner und ländlicher Wohnkanton mit Traditionen.

Neue Regionalpolitik (NRP)

Auch im Berichtsjahr konnten wieder einige kantonale und interkantonale Projekte begleitet werden (z.B. Enjoy Appenzellerland, Herzroute Schweiz, Gesundheitsregion Appenzellerland). Zudem wurde im Juni ein neues Umsetzungsprogramm für die Periode 2016-2019 beim Bund eingereicht. Da der Regierungsrat im Rahmen des Entlastungsprogramms entschieden hat, ab 2016 auf die Unterstützung von kantonalen Projekten durch NRP-Mittel zu verzichten, wurden lediglich Bundesmittel für NRP-Darlehen für die Unterstützung von (touristischen) Infrastrukturen beantragt. Die Beteiligung an interkantonalen NRP-Projekten - ohne Lead-Funktion durch Appenzell Ausserrhoden - soll weiter möglich bleiben.

2.2 Arbeitsinspektorat

Die Anzahl der gewerblichen Baugesuche nahm wieder zu und erreichte den zweithöchsten Stand der letzten fünf Jahre. Nur 2012 lag diese Zahl höher. Die Anzahl der Beratungsgespräche lag auf dem Niveau der Vorjahre. Die Anzahl der Meldungen im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze (flankierende Massnahmen) ist 2015 sprunghaft um rund 30 % angestiegen und lag damit auf einem noch nie erreichten Niveau. Ein Grund dafür dürfte der deutlich billigere Euro sein, der ausländische Dienstleistungsanbieter preislich noch attraktiver machte. Die

Kontrollzahlen im Bereich Schwarzarbeit beinhalten auch die Kontrollen von Selbständigen/Scheinselbständigen. Die Anzahl der Kontrollen und die Anzahl der kontrollierten Personen lagen auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Weiter angestiegen ist die Anzahl abgeschlossener Fälle im Bereich Schwarzarbeit.

Über die detaillierten Zahlen geben die Statistiken im Anhang Auskunft (vgl. S. 98).

2.3 Handelsregisteramt

Die Zunahme der eingetragenen Rechtssubjekte ist weiter rückläufig. Damit setzte sich der Trend der letzten Jahre fort, wobei das verlangsamte Wachstum weiterhin hauptsächlich auf die starke Zunahme der Löschungen aber auch auf einen Rückgang der Neueintragungen inkl. Zuzüge zurückzuführen ist. So wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 18 % mehr Rechtssubjekte gelöscht, die Neueintragungen inkl. Zuzüge verringerten sich um rund 4,5 %. Die grosse Anzahl von Löschungen, v.a. bei Einzelunternehmen, ist teilweise auf die Registerbereinigung aufgrund von Meldungen des Bundesamtes für Statistik (BfS) im Zusammenhang mit der Einführung der einheitlichen Unternehmens-Identifikationsnummer zurückzuführen. Das BfS schrieb alle Einzelunternehmen an und meldete nicht mehr funktionierende Adressen dem Handelsregisteramt. Dies löste Aufforderungsverfahren aus, welche oft mit Lösungsverfügungen endeten. Über die detaillierten Zahlen geben die Statistiken im Anhang Auskunft (vgl. S. 97).

3. Landwirtschaftsamt

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Appenzell Ausserrhoden haben sich an den im Rahmen der Agrarpolitik 2014-2017 vorgeschlagenen Direktzahlungsprogrammen rege beteiligt. Trotzdem mussten sie infolge der Umlagerung der tierbezogenen Beiträge in flächenbezogene Beiträge starke Einbussen in Kauf nehmen. Im Einführungsjahr 2014 fielen die Einbussen für die Ausserrhoder Landwirte noch moderat aus. Ein einschneidender Rückgang war im Berichtsjahr zu verzeichnen: Gegenüber dem Vorjahr sanken die Zahlungen um rund Fr. 1,7 Mio.

3.1 Weiterbildung und Beratung

Die Beratungs- und Weiterbildungsaktivitäten waren im Berichtsjahr geprägt von der neuen Agrarpolitik. Rund 1'000 Teilnehmende (TN) besuchten die Kurse des Weiterbildungsprogramms für Appenzeller Bäuerinnen und Bauern. Zusätzlich haben folgende Informationsanlässe stattgefunden: Informationsveranstaltungen für die Bauern (212 TN), Beratungsabende für Bäuerinnen (63 TN) und Älplerzusammenkunft (91 TN).

Einzelberatungen erfolgten zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen, von Betriebsvoranschlägen und von neuen Direktzahlungsbeiträgen, zur Umsetzung der Landschaftsqualitätsbeiträge, bei Hofübergaben, Neuorientierungen (Strategieberatungen), überbetrieblicher Zusammenarbeit oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen. Aufgrund des verlangten Nachweises verschiedener Label-Produktionen erhöhte sich die Nachfrage einzelbetrieblicher Beratungen im Biodiversitätsbereich.

Im Berichtsjahr wurde die Grundlagenetappe im Projekt regionale Entwicklung (PRE) «Appenzeller Erlebnisbauernhöfe» abgeschlossen und im Spätsommer mit der Umsetzung begonnen.

3.2 Direktzahlungen

Insgesamt wurden Beiträge von Fr. 34'784'535.20 (Vorjahr: Fr. 36'469'448) an 619 (Vorjahr: 627) Betriebe ausbezahlt. Der Grund der Kürzung liegt bei der Reduktion des Übergangsbetrages. Der Übergangsbeitrag reduzierte sich von 47,24 % (2014) auf 27,96 % im Berichtsjahr. Infolge Kofinanzierung der Beiträge Landschaftsqualität, Ressourcenprogramm und Vernetzung leistete der Kanton Beiträge von Fr. 323'559.45 an die Direktzahlungen. Die übrigen Beiträge finanzierte der Bund. Die Zahl der Biobetriebe blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 106 Betrieben. Am Programm «graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion» beteiligten sich 93 % (Vorjahr: 95 %) der Betriebe. Landschaftsqualitätsbeiträge erhielten 430 (Vorjahr: 399) Ganzjahresbetriebe und 67 Alpbetriebe. Als Biodiversitätsförderflächen mit Qualitätsstufe 1 erfüllten 1'105 ha (Vorjahr: 1'092 ha) und 19'662 (Vorjahr: 19'520) Hochstammfeldobstbäume. In der Qualitätsstufe 2 standen 384 ha (Vorjahr: 379 ha)

und 4'561 (Vorjahr: 4'520) Hochstammfeldobstbäume unter Vertrag, in der Vernetzung 430 ha (Vorjahr: 400 ha) und 3'083 (Vorjahr: 3'018) Hochstammfeldobstbäume. Das Landwirtschaftsamt verfügte wegen Nichteinhalten der Vorschriften Kürzungen im Betrag von Fr. 61'797 (Vorjahr: Fr. 40'548).

3.3 Investitionshilfen

Kanton und Bund zahlten im Berichtsjahr Fr. 2,13 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft. Über zwei Drittel der Beiträge gingen an Projekte zur Erneuerung landwirtschaftlicher Ökonomiegebäude. 15 % der Mittel flossen an Projekte zur Sanierung von Hofzufahrten und zu Gunsten einer öffentlichen Wasserversorgung, weitere rund 15 % an die Umsetzung des PRE Appenzeller Erlebnisbauerhof.

Die Landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte 50 neue Darlehen im Umfang von Fr. 5,64 Mio. Gegenüber dem Vorjahr haben die Gesuche für Ökonomiegebäude zugenommen, während weniger Starthilfe- und Wohnbaukredite gefragt waren.

3.4 Boden- und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission behandelte an zehn Sitzungen 104 (Vorjahr: 90) Bewilligungen (Erwerb 35, Realteilung 22, Zerstückelung 41, Feststellung 6). Bei 103 (Vorjahr: 137) Gesuchen wurde eine Bewilligung in Aussicht gestellt (Zerstückelung 51, Erwerb 29, Realteilung 23). Die Pachtkommission hat neun Gesuche behandelt und 19 Pachtzinsschätzungen vor Ort vorgenommen.

3.5 Pflanzenschutz

Kirschessigfliege

Nach dem Schadenjahr 2014 wurde die Kirschessigfliege mittels Fallen überwacht. Es waren weder Fänge noch Schäden zu verzeichnen.

Feuerbrand

Die Witterung in unserer Höhenlage liess keine Neuinfektionen mit Feuerbrand zu. Es mussten keine Pflanzen gerodet werden.

Invasive Neophyten

Das Drüsige Springkraut, der Japanknöterich, der Riesensäureklee und die Goldrute wurde nach den erfolgreichen Methoden der Vorjahre weiterbekämpft. Neu wurde der Essigbaum und das sich rasant verbreitende Schmalblättrige Greiskraut in die Liste der zu bekämpfenden Neophyten aufgenommen.

4. Veterinäramt

4.1 Ruhige Tierseuchenlage

2015 war in Sachen Tierseuchen ein ruhiges Jahr. Im Gegensatz zu den Vorjahren gab es keine nennenswerten Ausbrüche im Kanton. Bei der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) nahmen die Geburten von sogenannten PI-Tieren zu. Diese fanden jedoch ausschliesslich auf Betrieben statt, welche aufgrund ihrer BVD-Vorgeschichte mit einem solchen Ereignis rechnen mussten. Neuinfektionen auf BVD-freien Betrieben wurden nicht festgestellt. Nach dem Rindertuberkulose-Fall von 2013 in Appenzell Ausserrhoden fanden Anfang Jahr die Abschlussuntersuchungen in drei Rindviehbetrieben statt. Dabei konnten keine neuen verseuchten Tiere festgestellt werden, womit der Seuchenausbruch für den Kanton abgeschlossen ist. Die Situation der Tuberkulose beim Rotwild wird in der Ostschweiz weiterhin aktiv überwacht.

4.2 Wiederholungskurs Tierseuchengruppe

Der diesjährige Wiederholungskurs der Tierseuchengruppe der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden und des Fürstentums Liechtenstein fand unter fachlicher Leitung des Veterinäramts statt. Anlässlich einer zweitägigen Übung wurden die Mitglieder des Zivilschutzes und amtliche Tierärztinnen anhand eines Szenarios der Geflügelpest geübt. Dabei kam erstmals eine spezielle mobile Geflügeltötungsanlage zum Einsatz, welche dieses Jahr durch Appenzell



Ausserrhoden über die Tierseuchenkasse zusammen mit anderen Kantonen finanziert wurde. Mit ihr können im Seuchenfall Hühner schnell und tierschutzkonform betäubt und getötet werden.

4.3 Hundedatenbank

Nachdem der Regierungsrat per Ende 2014 den Vertrag mit der ANIS gekündigt hat, fanden durch die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte Vertragsverhandlungen mit der Identitas AG statt. Im November hat die Departementsleitung im Auftrag des Regierungsrates den neuen Vertrag über den Aufbau und Betrieb der zentralen Hundedatenbank der Kantone unterzeichnet.

Parallel dazu wurde die neue Datenbank AMICUS entwickelt. Das Veterinäramt war dabei in einer Arbeitsgruppe aktiv mitbeteiligt. AMICUS ermöglicht es den Vollzugsbehörden, die minimal notwendigen Daten über Hunde basierend auf der eidgenössischen Gesetzgebung zu erfassen und zu verwalten. Sie bietet aber keine Möglichkeiten, um die Hundesteuer darüber abzuwickeln.

4.4 Landwirtschaftlicher Inspektionsdienst (LIA)

Aufgrund der Reorganisation der kantonalen Verwaltung hat der Regierungsrat schon früh entschieden, das Veterinäramt ab 2016 im neuen Departement Gesundheit und Soziales einzubinden. Mit dem Wegzug des Amtes aus dem Themenbereich Landwirtschaft wurde auch die Zugehörigkeit des LIA überdacht. Gespräche zwischen dem Veterinäramt und den Landwirtschaftsämtern von Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden kamen zum Schluss, dass die Einordnung des LIA im neuen Amt für Landwirtschaft am meisten Sinn ergibt. Dies, weil die Kontrollaufträge und der Kontrollumfang sich in den letzten Jahren stark in Richtung der Landwirtschaftsämter verlagert haben. Der organisatorische Wechsel erfolgt per 1. Januar 2016.

Wer die Einhaltung der Tierschutzgesetzgebung kontrollieren will, muss mindestens einen Fähigkeitsausweis zur/zum amtlichen Fachassistentin/Fachassistenten vorweisen können. Daher haben alle LIA-Kontrolleure diese

spezifische Weiterbildung durchlaufen und grösstenteils erfolgreich abgeschlossen.

5. Oberforstamt

5.1 Holznutzung und Holzmarkt

Die Holznutzung war im Berichtsjahr wiederum rückläufig. Im Privatwald wurden 25'000 Festmeter Holz zur Nutzung angezeichnet (Vorjahr: 33'000 Festmeter). Die tatsächlich geschlagene Holzmenge ist möglicherweise wegen der ungünstigen Preisentwicklung (Aufgabe Franken-Mindestkurs zum Euro / Einbruch Holzpreis) noch weiter gesunken.

5.2 Walderhaltung / Naturgefahren

Das Departement bewilligte auf Antrag des Oberforstamtes im vergangenen Jahr 16 Rodungen (Vorjahr: vier) mit einer Rodungsfläche von 227 Aren (Vorjahr: 44). Es hat zu 129 Baugesuchen am oder im Wald (Vorjahr: 127) sowie zu 121 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich (Vorjahr: 132) Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden 24 Mitberichte zuhanden des Planungsamtes (Vorjahr: 23) verfasst.

Die zur Bewältigung der Folgen der Unwetter im Jahr 2013 eingeleiteten Wiederherstellungsarbeiten konnten zu einem grossen Teil abgeschlossen werden. Ebenfalls beendet wurden zwei grosse Projekte für Objektschutzmassnahmen zu Gunsten von Liegenschaften im Baugebiet von Schwellbrunn und Teufen. Im Rahmen des laufenden BAFU-Sammelprojektes wurden bisher Bundesbeiträge in der Höhe von rund Fr. 2,4 Mio. abgerechnet. Diese Projekte können 2016 abgeschlossen und abgerechnet werden.

5.3 Programmvereinbarungen

Per 31. Dezember endete die NFA-Programmperiode 2012-2015. Die mit dem BAFU vereinbarten Leistungen in den Programmvereinbarungen «Schutzwald», «Biodiversi-

tät im Wald», «Waldbewirtschaftung» und «Schutzbauten» konnten erbracht werden. Im Berichtsjahr wurden zudem die Vorbereitungen für die neue Programmperiode 2016-2019 getroffen. Die Massnahmen in den Programmvereinbarungen «Biodiversität im Wald», «Waldbewirtschaftung» und «Schutzbauten» werden im üblichen Ausmass fortgesetzt. Das Programm «Schutzwald» wird leicht ausgebaut, um vorhandene Pflegerückstände abzubauen und wichtige Erschliessungslücken zu schliessen.

5.4 Forstliche Planung

Die Jahresziele zur Umsetzung des kantonalen Waldplanes wurden erreicht. Im Bereich «Forstbetriebe» wurde die Revision der Betriebspläne erfolgreich fortgesetzt. Der Betriebsplan Teufen konnte genehmigt und in Kraft gesetzt werden. Weit fortgeschritten ist die Bearbeitung der Betriebspläne Urnäsch-Hundwil-Stein und Trogen-Bühler-Rehetobel-Wald. Zusätzlich wurde das Konzept «Gerinnenae Wälder», das die Bewirtschaftung der kritischen Bachtobel zur Minimierung der Schwemmh Holzproblematik regelt, zusammen mit den beteiligten Amtsstellen (Wasserbau sowie Militär und Bevölkerungsschutz) erarbeitet und genehmigt.

5.5 Reorganisation des Oberforstamtes

Für das Oberforstamt endete am 31. Dezember die 138 Jahre lange Periode als selbständiges Amt. Dieses wurde im Zuge der Reorganisation mit dem Planungsamt zum neuen Amt für Raum und Wald zusammengelegt. Dabei wurden die Jagdverwaltung und die Fachstelle Natur und Landschaft in die neue Abteilung «Wald und Natur» integriert. Damit ist ein eigentliches Kompetenzzentrum für die Belange von Wald, Natur- und Lebensräume, Biodiversität, Arterhaltung und Schutz vor Naturgefahren geschaffen worden.

6. RAV / Arbeitsvermittlung / Arbeitslosenversicherung

Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar 2015 verunsicherte auch den regionalen Arbeitsmarkt. Zu einer Häufung von Kündigungen in einzelnen Unternehmen oder bestimmten Branchen kam es nicht. Das Total der Stellensuchenden stieg aber stetig an. Im Monatsdurchschnitt waren 928 Personen zur Arbeitsvermittlung eingeschrieben, 7 % mehr als im Vorjahr. Auch die durchschnittliche Arbeitslosenquote, die nur Stellensuchende ohne Zwischenverdienst oder Teilnahme an einer arbeitsmarktlichen Massnahme berücksichtigt, stieg von 1,9 auf 2,0 %.

In einer raschen Reaktion auf den Nationalbankentscheid hatte der Bundesrat im Frühjahr entschieden, dass auch unter dem Titel «Frankenstärke» Kurzarbeitsentschädigung gewährt werden kann. Es musste deshalb in den Vollzugsstellen mit einem starken Anstieg der Gesuche gerechnet werden. Nach sehr tiefem Niveau im Vorjahr stieg die durchschnittliche Zahl der Bezüger im Berichtsjahr aber lediglich von 57 auf 74. Da die Zunahme hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte erfolgte, muss von einem weiteren Anstieg in den nächsten Monaten ausgegangen werden.

Trotz der Zunahme der Arbeitslosigkeit wurde der Personalbestand in der RAV-Beratung nicht erhöht. Hingegen musste eine zusätzliche 60 %-Stelle im Rechtsdienst geschaffen werden. Dies war Voraussetzung, um ab Januar 2016 alle Einsprachen auf RAV- oder ALK-Erstentscheide selbst abwickeln zu können. Keine der beiden Vollzugsstellen verfügte bis anhin über eigene juristische Ressourcen. Die Einsprachen wurden deshalb vom Handelsregisterführer erledigt. Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung wurde diese zusätzliche Schnittstelle nun beseitigt. Die eigene Rechtsdienststelle erhöht ausserdem die Rechtssicherheit in den kantonalen Vollzugsorganen der Arbeitslosenversicherung (ALV). Die Kosten gehen vollumfänglich zu Lasten des Bundes.

Das RAV ist in erster Linie für die Unterstützung und Vermittlung der ALV-Leistungsbezüger zuständig. Es nimmt in allen Kantonen aber auch die Aufgaben der öffentlichen Arbeitsvermittlung wahr, die nach dem



Bundesgesetz über den Personalverleih und die öffentliche Arbeitsvermittlung (AVG) aller Arbeitnehmenden mit Wohnsitz und Arbeitsberechtigung in der Schweiz offen stehen muss. Der Anteil der AVG-Kunden am Total der eingeschriebenen Stellensuchenden hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Er beträgt mittlerweile 10 %, Tendenz steigend. Wesentlich dazu beigetragen haben andere Behörden und Sozialversicherungen, die unter hohem Kostendruck stehen und ihre Leistungsbezüger zu einer Anmeldung drängen. In vielen Fällen ist die gewünschte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt jedoch unrealistisch. Um aussichtslose Pflichtanmeldungen und den damit verbundenen Aufwand eindämmen zu können, arbeitet das RAV seit Jahren an klaren Vereinbarungen mit anderen involvierten Stellen. Im Berichtsjahr konnte mit der Beratungsstelle für Flüchtlinge eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden, die zusätzlich eine Doppelbetreuung von Flüchtlingen und «Drehtüreneffekte» verhindern hilft.

Auf Ebene Bundespolitik hat der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats der Kommission für Wirtschaft und Abgaben die Wirksamkeit und Effizienz der öffentlichen Arbeitsvermittlung untersucht. Der Studienbericht zeigt unter anderem, dass nur zwei Kantone tiefere Vollzugskosten pro Stellensuchende und Jahr ausweisen können. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Mitteleinsatz für die arbeitsmarktlichen Massnahmen, wobei Appenzell Ausserrhoden aufgrund der engen Zusammenarbeit mit St. Gallen vorteilhafte Bedingungen hat.

Departement Sicherheit und Justiz

Direktor: Regierungsrat Paul Signer

Auch wenn das Departement Sicherheit und Justiz auf den ersten Blick von der Reorganisation der Verwaltung wenig betroffen schien, verursachte die Umsetzung erheblichen Aufwand; dies verbunden mit der Erarbeitung und Realisierung von weiteren Sparmassnahmen im Rahmen von AÜP 2016. Daher konnten nicht alle Arbeiten wie geplant umgesetzt werden. Mit dem neu aufgestellten, verstärkten Departementssekretariat soll dieser Rückstand so rasch wie möglich aufgeholt werden.

Nebst der Arbeit am Polizeigesetz, das 2016 dem Kantonsrat vorgelegt werden soll, beschäftigte sich das Departement bereits intensiv mit einer möglichen Revision des Gesetzes über die Politischen Rechte sowie mit Fragen der Gemeindestrukturen. Dies ist ein Aufgabenbereich, der dem früheren Departement Inneres und Kultur zugeordnet war, aber aufgrund der neuen Organisation ab Mitte Jahr vom Departement Sicherheit und Justiz bearbeitet wurde. Es zeigte sich, dass die aktuelle Verfassung grosse Hindernisse für die Lösung von Problemen in beiden genannten Bereichen enthält, die nur mit einer Totalrevision zielführend angegangen werden können.

Ein weiteres Projekt, das Ressourcen absorbierte, war die Erarbeitung eines Registergesetzes, das die Grundlage für die Erhebung, Verwendung, Weitergabe und Verarbeitung von Daten durch Kanton und Gemeinden bilden soll. Dieses Vorhaben übernahm das Departement ebenfalls vom Departement Inneres und Kultur.

Dank der Einführung des Systems von Globalkredit und Leistungsauftrag für die Gefängnisse Gmünden kann ab 2016 eine zweite kantonale Institution (nebst der Kantonsschule Trogen) noch unternehmerischer handeln. Kantonale Gesetzgebung und Vorschriften des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats verhindern, dass betriebswirtschaftliche Aspekte jene der menschlichen Betreuung dominieren.

Von den im Rahmen der Reorganisation der Verwaltung angeordneten Umzügen nach Trogen ist auch die ab dem 1. Januar 2016 zum Departement gehörende Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand betroffen. Sie bildet zusammen mit der Abteilung Migration das neue Amt für Inneres, das im Parterre des Rathauses Trogen untergebracht wird. Damit befinden sich nach wie vor zwei der fünf Ämter des Departements in Trogen.

1. Departementssekretariat

Im Berichtsjahr gingen 36 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 37), wovon 30 erledigt wurden. Die Zahl der zu beantwortenden Vernehmlassungen und Anhörungen seitens des Bundes verharrte einmal mehr auf sehr hohem Niveau. Das Sekretariat befasste sich mit Vorarbeiten zu einem neuen Registergesetz und zur Totalrevision des Polizeigesetzes, einer neuen vorläufigen Verordnung zum Mietrecht, einer Teilrevision der Verordnung über die kantonale Militärverwaltung, einer Teilrevision der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Strassenverkehrsgesetz und einer neuen Verordnung für die Versteigerung von Kontrollschildern im Internet.

2. Strafverfolgung

Die Zahl der Neueingänge ist bei den Strafverfahren insgesamt um rund 8 % auf 4'100 Verfahren spürbar angestiegen (Vorjahr: 3'800). Die Zunahme betrifft alle Bereiche des Strafrechts. Zwar ist die Zahl der Haftfälle konstant geblieben, doch mussten mehr medizinische oder psychiatrische Gutachten in Auftrag gegeben werden. Ausserdem waren mehr schwere Gewaltdelikte zu verzeichnen, wobei diese Zahl im landesweiten Vergleich immer noch relativ tief ist. Zugleich konnten aber auch rund 400 Verfahren mehr als im Vorjahr erledigt werden (insgesamt 3'480, davon 2'626 mit Strafbefehl). Damit ist die Pendenzenzahl nicht dramatisch angestiegen. Im vergangenen Jahr waren keine spektakulären Strafverfahren zu verzeichnen. Auch kann bezüglich der Straftaten keine Tendenz festgestellt werden. Allerdings fällt auf, dass etli-



che Gewaltdelikte verübt worden sind, so auch ein vollendetes und zwei versuchte Tötungsdelikte. Entsprechend gross war in diesen Verfahren der Ermittlungsaufwand. Ebenso gross ist aber auch der Aufwand bei jenen Straftaten im Bereich der Wirtschaftskriminalität. In diesen Fällen wird regelmässig deutlich, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft in personeller wie fachlicher Hinsicht auf die Zusammenarbeit mit Spezialisten aus anderen Kantonen oder aus der Privatwirtschaft angewiesen sind. Schliesslich waren etliche Drogendelikte und relativ viele Vermögensdelikte zu verzeichnen (Diebstähle, Betrüge, Sachbeschädigungen). Nach wie vor sind es aber die Bagatelldelikte, insbesondere die Ungehorsamstatbestände im Betreibungsverfahren und das «Schwarzfahren», welche die Staatsanwaltschaft in administrativer Hinsicht über Gebühr belasten. Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge auf 186 Verfahren leicht zurückgegangen, wobei der Ermittlungs- und Betreuungsaufwand gleichgeblieben ist. Die Pendenzanzahl ist nach wie vor tief, die Verfahrensdauer kurz. Eine Tendenz bei der Jugendkriminalität zeichnet sich nicht ab. Nach wie vor handelt es sich bei den meisten von Jugendlichen verübten Delikten um Bagatelldelikte. Doch nimmt die Zahl jener Delinquenten, welche einer zusätzlichen Abklärung und Betreuung bedürfen, stetig zu. Zurzeit werden zwei jugendliche Täter stationär und rund 10 ambulant betreut. Bei zahlreichen weiteren Jugendlichen sind ausserdem Abklärungsgespräche geführt worden. Dank des Einsatzes der Sozialarbeiterin kann diesen Jugendlichen nicht nur rasch ein niederschwelliges Betreuungsangebot zur Verfügung gestellt, sondern auch rechtzeitig - zusammen mit dem Jugendanwalt oder den Jugendanwältinnen - eine geeignete Betreuung, Schutzmassnahme oder Sanktion angeordnet werden. Die Jugendanwaltschaft beteiligt sich zudem an einem interkantonalen Projekt, mit welchem nicht nur die Möglichkeiten und der Nutzen von derartigen Massnahmen und Sanktionen überprüft werden, sondern auch ein Wissensaustausch stattfindet, was für unsere Jugendanwaltschaft mit ihren kleinen Strukturen wichtig ist. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und wird weiter ausgebaut.

3. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Anzahl neuer Fälle von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen erreichte mit 582 (Vorjahr: 355) ein Rekordniveau. In 78 Fällen musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 86'737 führte. In den restlichen Fällen ging die Busse oder Geldstrafe ein. Das Justizsekretariat hat nach Androhung von Ersatzfreiheitsstrafen Fr. 134'175 eingetrieben (Geldstrafen Fr. 22'350; Bussen Fr. 111'825). Darin enthalten sind auch Gelder von Personen, bei welchen das Betreibungsverfahren nicht erfolgreich war. Es wurden 299 Aufgebote zum Strafantritt erlassen. Diese führten zu 111 Haftbefehlen sowie 83 polizeilichen Ausschreibungen (Vorjahr: 29). In 125 Fällen mussten die Aufgebote polizeilich zugestellt werden. Für die Jugendanwaltschaft vollzog das Justizsekretariat 69 Arbeitsleistungen und zwei Freiheitsentzüge. Beim Strafregister des Bundesamtes für Justiz wurden für die kantonalen Behörden 1'154 Strafregisterauszüge eingeholt (Vorjahr: 1'131) und für die Gerichtsstellen insgesamt 393 Urteile erfasst (Vorjahr: 326).

4. Gefängnisse

Im Berichtsjahr belief sich die Auslastung im offenen Vollzug mit 96,4 % wiederum auf einem hohen Stand. Die Kostgeldeinnahmen sind auf einem Rekordstand, da die Tarife im Ostschweizer Konkordat um ca. 10 % erhöht wurden. Im kantonalen Gefängnis war die Auslastung überdurchschnittlich hoch, vor allem in der Untersuchungs- und Ausschaffungshaft. Weiterhin musste in einigen Fällen vorzeitig-geschlossener Vollzug durchgeführt werden, da die geschlossenen Justizvollzugsanstalten grössere Wartelisten aufweisen. Die Nachfrage nach einer geschlossenen Spezialvollzugsabteilung, als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard, war sehr gross. Seit Januar 2015 ist ein neuer Anstaltsarzt zuständig für die ärztliche Versorgung der Gefangenen, und eine Pflegefachfrau hat am 1. Juni die neu geschaffene Stelle im Gesundheitsdienst angetreten. Der Bereich «Gesundheitswesen» der Gefängnisse Gmünd hat durch die Einführung des Gesundheitsdienstes, durch die Reorganisation des Medikamenten-Managements und

durch die Optimierung der Prozessabläufe an Qualität und Professionalität gewonnen. Verstösse gegen die Hausordnung haben vor allem hinsichtlich renitenten und ungebührlichen Verhaltens gegenüber dem Anstaltspersonal massiv zugenommen. In der Folge waren überdurchschnittlich viele Polizeieinsätze durch die Kantonspolizei nötig. Auch die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur haben weiter zugenommen. Die Auftragslage in den Werkstätten nahm besorgniserregend ab. Der Erlös reduzierte sich wegen der schlechten Wirtschaftslage, der Frankenstärke, der Auslagerungen von Produktionen in Billigländer gegenüber dem Vorjahr um 22 %. Auch können überdurchschnittlich viele Insassen aus gesundheitlichen Gründen nur zu 50 % beschäftigt werden. Im Frühjahr wurde das Qualitäts-Managementsystem nach ISO-Norm 9001:2008 in sämtlichen Bereichen der Gefängnisse Gmündens auditiert. Die Rezertifizierung war erfolgreich. Ein weiterer Meilenstein ist die vom Kantonsrat genehmigte Einführung des Globalkredites mit Leistungsauftrag.

5. Verwaltungspolizei

5.1 Reorganisation

Die Verwaltungspolizei wurde per Ende Jahr 2015 aufgelöst. Die Arbeitsbereiche Gastgewerbe, Kleinhandel mit Alkohol, Reisenden-Gewerbe, Preisüberwachung, Konsumkreditwesen, Eich- und Messwesen wurden ins Departement Bau und Volkswirtschaft / Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie das Fischereiwesen ins Departement Bau und Volkswirtschaft / Amt für Umwelt überführt. Die Wirtschaftliche Landesversorgung wurde im Departement Inneres und Sicherheit / Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, das Spiel- und Lotteriewesen im Departementssekretariat Inneres und Sicherheit und das Hundewesen im Departement Gesundheit und Soziales / Veterinäramt angesiedelt.

5.2 Gastgewerbe

Im Berichtsjahr wechselten 57 Gastgewerbebetriebe den/die Bewilligungsinhaber/-in. Insgesamt musste gegen

fünf Bewilligungsinhaber/-innen ein administratives Verfahren eingeleitet werden. Vier Betriebe haben die gastgewerblichen Tätigkeiten eingestellt. Die per Ende Jahr registrierten Gastgewerbebetriebe (424) verteilen sich wie folgt auf die Gemeinden: Urnäsch 26, Herisau 119, Schwellbrunn 18, Hundwil 15, Stein 12, Schönengrund 7, Waldstatt 11, Teufen 33, Bühler 15, Gais 25, Speicher 22, Trogen 14, Rehetobel 17, Wald 7, Grub 8, Heiden 34, Wolfhalden 15, Lutzenberg 3, Walzenhausen 15, Reute 8.

6. Migrationsamt

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung belief sich Ende Dezember auf 8'375 Personen (Vorjahr: 8'103). Davon waren 3'982 Personen (47,5 %) im Bezirk Hinterland, 2'153 Personen (25,7 %) im Bezirk Mittelland und 2'240 Personen (26,8 %) im Bezirk Vorderland wohnhaft. 2'289 Ausländerinnen und Ausländer (27,3 %) besaßen eine Aufenthaltsbewilligung und 6'086 Personen (72,7 %) eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den 28 EU- und 3 EFTA-Staaten umfasste insgesamt 5'972 Personen. Dies entspricht 71,3 % des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen mit 30,9 % aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 11,2 % sowie den österreichischen und portugiesischen Staatsangehörigen mit je 7,1 %. Von den 8'375 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'666 Personen (91,5 %) aus Europa und 709 Personen (8,5 %) aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen von 107 Staaten zusammen. Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Der Bestand der Angehörigen aus den EU/EFTA-Staaten hat allerdings mit + 2,8 % etwas weniger zugenommen als im Vorjahr (+ 4,1 %). Hingegen erfolgte bei den Drittstaatsangehörigen eine leichte Zunahme (+ 4,7 %; Vorjahr: + 2,7 %). Gesamthaft hat der Ausländerbestand um 272 Personen (+ 3,4 %) zugenommen. Mit 15,5 % liegt der Ausländeranteil in Appenzell Ausserrhoden weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im Weiteren waren



per Ende Dezember 444 Personen mit einer Grenzgängerbewilligung registriert (Vorjahr: 452). Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger stammten hauptsächlich aus Österreich (213 Personen) und Deutschland (174 Personen). Im Berichtsjahr wurden insgesamt 22 Personen (Vorjahr: 14) in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft. Bei zwei Personen erfolgte eine polizeilich begleitete Ausschaffung, und eine Person musste mittels Sonderflug ausgeschafft werden. Insgesamt wurden 25 Ausschaffungshafteten (Vorjahr: 16), drei kurzfristige Festhaltungen (Vorjahr: 0) sowie sieben Eingrenzungen (Vorjahr: 2) angeordnet. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen betrafen ausnahmslos Personen aus dem Asylbereich, die im Rahmen des Dublin-Abkommens in Drittstaaten zurückgeführt werden konnten oder aufgrund der Verletzung ihrer Ausreise- und Mitwirkungspflicht in ihre Heimatländer ausgeschafft werden mussten. Nebst dem vielfach unkooperativen Verhalten der auszuscaffenden Personen werden an die zuständigen Migrationsbehörden zunehmend höhere Anforderungen für den Vollzug von Rückführungen gestellt. Der zwangsweise Wegweisungsvollzug ist arbeits- und zeitintensiv.

7. Strassenverkehrsamt

7.1 Strassenfahrzeugbestand

Per 30. September waren im Kanton insgesamt 45'685 (- 0,6 %, Vorjahr: 45'957) Strassenfahrzeuge immatrikuliert. Den grössten Anteil des Gesamtbestandes weisen die 30'998 (Vorjahr: 31'036) Personenwagen auf (vgl. Statistik S. 106).

7.2 Teilweise Aufhebung der Steuerbefreiung für emissionsarme Fahrzeuge

Im Rahmen des Aufgabenüberprüfung setzte der Regierungsrat nebst weiteren Massnahmen die Verordnung über die teilweise Steuerbefreiung emissionsarmer Personenwagen per Anfang Jahr 2015 ausser Kraft. Nicht betroffen von der Aufhebung der Verordnung sind Halterinnen und Halter von Elektro- und Hybridautos. Sie geniessen seit über 14 Jahren eine Steuervergünstigung.

7.3 Administrativmassnahmen

Im Berichtsjahr wurden 1'049 Administrativmassnahmen eingeleitet (Vorjahr: 873 / + 20 %). Unter den verschiedenen Massnahmenarten sind vor allem die Verwarnungen (405, Vorjahr: 344) und die Führerausweisentzüge (520, Vorjahr: 304) stark gestiegen. Die Gründe für Führerausweisentzüge waren überwiegend massive Geschwindigkeitsüberschreitungen und das Fahren in angetrunkenem Zustand.

7.4 Neue Prüfstellen für Schwerfahrzeuge

Seit über 20 Jahren durfte Appenzell Ausserrhoden die beiden St. Galler Prüfzentren in Buriel SG und Oberbüren SG für technische Prüfungen von schweren Fahrzeugen benützen. Nachdem der Kanton St. Gallen mit den technischen Fahrzeugprüfungen in Rückstand geraten und gleichzeitig der Fahrzeugbestand angestiegen war, wurde die Vereinbarung über die Benützung der beiden Prüfhallen gekündigt. Nach sorgfältiger Evaluation von verschiedenen Angeboten konnten mit den beiden Eigentümerinnen der Prüfbahnen LARAG AG Wil und Appenzeller Bahnen in Heiden Ersatzlösungen gefunden und Vereinbarungen abgeschlossen werden.

7.5 Vereinbarung mit dem Touring Club Schweiz

In Anwendung von Artikel 33 Absatz 1 (Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeugen) wurde mit dem Touring Club Schweiz, Sektion Appenzell Ausserrhoden, die Vereinbarung auf unbestimmte Zeit verlängert, wonach der TCS Nachprüfungen an Personenwagen, Lieferwagen, Kleinbussen und Motorrädern vornehmen kann. Ausgenommen sind Fahrzeuge, die weitere beziehungsweise andere technische Änderungen aufweisen, besonderen technischen Auflagen unterliegen oder für besondere Verwendungen vorgesehen sind.

8. Kantonspolizei

8.1 Kommando

Die Kantonspolizei hat im Berichtsjahr die vier Themenschwerpunkte «Unterstützung durch Technik», «miteinander sind wir erfolgreich», «Polizeigesetz» und «Optimierung Einvernahmen, Rapportierung und Fristen» erfolgreich bearbeitet. Zusammen mit der ARI AG wurden die Pager durch iPhones mit spezifischen Polizeiapplikationen ersetzt. Erfolgreich war auch die Einführung des Online-Schalters «ePolice». Organisatorisch sind in der Kriminalpolizei die Gruppenstruktur und in der Regional- und Verkehrspolizei eine Koordinationsstelle erfolgreich installiert worden. Die Koordinationsstelle nimmt eine wichtige Schnittstellenaufgabe zwischen den Dienststellen, Abteilungen wie auch externen Partnern ein. Mit der Einstellung eines zweiten IT-Forensikers wurde die korps-eigene und bis anhin überlastete IT-Forensik zukunftsgerichtet aufgestellt. Mitte Jahr wechselte die Führung der Kriminalpolizei: Graziosa Gairing hat als erste Frau und Kripochefin im Kommandostab der Kantonspolizei Einsitz genommen. Eine breite Palette von polizeilichen Ereignissen ist im vergangenen Jahr bewältigt worden. Die innere Sicherheit können die Schweizer Polizeikorps nur im gegenseitigen Verbund und zusammen mit den Bundesbehörden sicherstellen. Die Terrorereignisse in Europa, der Dschihad und die Migration haben diesen Verbund im Berichtsjahr speziell gefordert. Migration und Terrorgefahr werden auch in den nächsten Monaten Auswirkungen auf Organisation, Taktik, Ausbildung und Ausrüstung der schweizerischen Polizeikorps haben.

8.2 Support und Personelles

Im Kaderbereich organisierte der Kommandostab eine Weiterbildung für die Dienst- bzw. Regionenchefs, bei welcher es um das Thema «Einsatzführung und Organisation ab besonderen Lagen» ging. Die Kadermitglieder wurden an die heute in den Führungslehrgängen I bis III und ostpol-Kursen vermittelten Führungsstrukturen herangeführt. Auch für ein kleineres Korps ist es wichtig, sich in der interkantonalen Zusammenarbeit gemäss dem gemeinsamen Standard einbringen zu können (Interoperabilität).

8.3 Kriminalpolizei

Bei der Kriminalpolizei wurde die neue Gruppenstruktur mit den Bereichen «Leib und Leben», «Vermögensdelikte», «Jugend» und «Kripo-Support» erfolgreich eingeführt. Unverändert blieb der kriminaltechnische Dienst.

Die Kriminalpolizei hatte sich erneut mit vielschichtigen Straftatbeständen zu befassen. Die Bekämpfung der Delikte im Bereich der Cyberkriminalität gewinnt an Bedeutung und ist raschen technologischen Entwicklungen unterworfen. Im Bereich Kapitalverbrechen wurde ein Tötungsdelikt bearbeitet, dessen Täterschaft ermittelt werden konnte. Die Anzahl der Einbruchdiebstähle ging gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Im Bereich Betäubungsmittel wurden mehrere aufwändige Verfahren durchgeführt, die teilweise noch nicht abgeschlossen sind. Der Fachdienst Jugend beschäftigte sich nebst Ermittlungen im Jugendgewaltbereich und der Präventionsarbeit auch mit Serien von Sachbeschädigungen, die alle aufgeklärt werden konnten.

8.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte 77 Personenüberprüfungen (Vorjahr: 91) für den Bund. Auch der Themenbereich «Dschihadismus» erforderte - zum Teil mit Unterstützung des Nachrichtendienstes des Bundes - Aktivitäten.

8.5 Regional- und Verkehrspolizei

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 727 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr: 685). Insgesamt 31'840 Lenkerinnen und Lenker haben die Höchstgeschwindigkeit überschritten, was einer markanten Abnahme gegenüber dem Vorjahr (35'445) entspricht. Von diesen Übertretungen befanden sich 630 im Verzeigungsbereich (Vorjahr: 706), wobei drei Fälle als Raserdelikte galten (Vorjahr: 2).



8.6 Kommandodienste

Die Aufschaltung des optimierten Einsatzleitsystems der kantonalen Notrufzentrale wurde Anfang Dezember erfolgreich durchgeführt. Somit sind alle wichtigen Funktionen für die Notrufentgegennahme sowie die Alarmierung und die Fallführung auf dem neusten Stand der Technik. Für das abzulösende Polizeiinformationssystem IPS wurde ein Projektauftrag formuliert. Das ganze Ostschweizerische Polizeikonkordat beteiligt sich dabei an diesem neuen Projekt «my ABI» und hat als Ergänzung dazu das Projekt «Prozessharmonisierung» gestartet.

8.7 Sicherheitspolizei

Im Berichtsjahr waren wie im Vorjahr 15 Grenadier-, Personenschutz- und Ordnungsdiensteinsätze zu verzeichnen. Es wurden 204 Gesuche für das Waffenerwerben und Waffentragen (Vorjahr: 163), 18 europäische Feuerwaffenpässe (Vorjahr: 41) und eine Waffenhandelsbewilligung bearbeitet und ausgestellt. 17 dieser Gesuche gingen über den neuen elektronischen Polizeischalter «ePolice» ein. Im Sprengbereich wurden 12 Abbrandbewilligungen (Vorjahr: 5) ausgestellt. Beim Feuerwerkverkauf der Kategorien 1 bis 3 wurden zwei Gesuche (Vorjahr: 8) bewilligt. Es wurden 80 (Vorjahr: 84) Gesuche für Mitarbeitende privater Sicherheitsfirmen sowie 20 Firmenbewilligungen (Vorjahr: 20) bearbeitet.

9. Jagdverwaltung

Ende Februar wurde der langjährige Jagdverwalter Willi Moesch pensioniert und die Jagdverwaltung ins Oberforstamt integriert. Als Nachfolger wurde Heinz Nigg gewählt.

Die Reh- und Gämbsbestände sind stabil, die Rotwildbestände eher ansteigend. Die Abschussvorgaben für 2015 konnten gut erfüllt werden. Leider mussten auch im Berichtsjahr im ganzen Kantonsgebiet wieder viele rüdische Füchse erlegt werden. Im März riss ein Wolf in Urnäsch ein Reh. Zwei Frauen und 16 Männer haben nach der einjährigen Ausbildung die Jagdprüfung bestanden. Zwei Jäger, die bereits einen ausserkantonalen Fähigkeitsaus-

weis besaßen, haben die Teilprüfung Jagdgesetzgebung erfolgreich absolviert.

10. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

10.1 Zivilschutz

Die drei Einsatzkompanien und die Stabskompanie leisteten ihre Dienstpflicht an 125 Anlässen mit 2'700 Diensttagen. Im vergangenen Jahr mussten keine Katastrophen- oder Notlageeinsätze geleistet werden. Rechtzeitig eingegangene Anträge für Zivilschutz-einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft (EzGG) konnten mehrheitlich erledigt werden. Auch der Marché-Concours national de Chevaux in Saignelégier konnte unterstützt werden. Seit Januar 2015 gilt eine neue Bewilligungspraxis für EzGG. In Heiden konnte der erneuerte Führungsstandort für die Kp III anlässlich eines «Tages der offenen Tür» vorgestellt werden. Im November wurde der Kanton mit dem Flüchtlingswesen konfrontiert, welches zu einem Regierungsratsbeschluss mit Vereinbarung zur Unterstützung des Bundes bei der Erstunterbringung von Asylsuchenden führte. Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz wurde beauftragt, die Nutzung der beiden Infrastrukturen «Sanitätshilfsstelle und Zivilschutzanlage Heiden» für 150 Asylsuchende und maximal 6 Monate sowie die «Geschützte Operationsstelle und Sanitätshilfsstelle Spital Herisau» für 100 Asylsuchende und acht Monate zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration und dem Empfangs- und Verfahrenszentrum Altstätten vorzubereiten.

10.2 Bevölkerungsschutz

Für die Lagerdarstellung sind die bestehenden Systeme ausgebaut und aufeinander abgestimmt worden. Das verlangte eine grundlegende Anpassung der Einsatzunterlagen, die noch nicht abgeschlossen ist. Dieses moderne elektronische System der Lagerdarstellung wird auch von der Führungsunterstützung der Ausserrhoder Zivilschutz-Kompanien eingesetzt. Im Ausbildungszentrum für Bevölkerungsschutz Ebnet, Herisau, sind neun Stabsübungen durchgeführt worden. Das seit Jahren

angewandte Konzept zur systematischen Aus- und Weiterbildung der Gemeindeführungsstäbe bewährt sich. Früchte tragen auch die regelmässigen Volltruppen-Übungen mit den Partnern Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst, Zivilschutz, Care-Team und Führungsstäben. 2015 wurde die Evakuierung eines Alterszentrums in Bühler geübt. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ist eine Dienstvorschrift für die Führung bei Grossereignissen geschaffen worden. Sie findet auch in der Aus- und Weiterbildung der Stäbe Anwendung und ermöglicht ein einheitliches, schnelles und effizientes Zusammenarbeiten aller Einsatzkräfte. Eine Projektgruppe befasste sich aufgrund der Erkenntnisse aus der nationalen Sicherheitsverbandsübung SVU 14 mit dem Aufspüren von Schwachstellen und Defiziten im Falle einer längerdauernden Strommangellage. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Sirenenersatzes und der Sirenenfernsteuerung ist der entsprechende Wartungsvertrag abgeschlossen worden. Zudem konnte Appenzell Ausserrhoden an einem vom Bund finanzierten Pilotprojekt zur Schallausbreitungssimulation der stationären Sirenen teilnehmen.

10.3 Militär

Per 31. Dezember 2015 wurden die 19 Sektionschefs aufgehoben. Deren Aufgaben werden neu durch die Mitarbeitenden des Kreiskommandos ohne Aufstockung des Personalbestandes erfüllt. Die neue Form der Entlassung der Wehrpflichtigen hat sich bewährt. Die Abrüstung ist vorbildlich organisiert und erfolgt speditiv. Die Entlassungen finden jedes Jahr in einer anderen Gemeinde statt. Aufgrund der guten Kontakte zum Ausserrhoder Götti-Bataillon «Panzersappeur Bat 11» konnte ein Waldweg in Schachen bei Herisau (Moos) instand gestellt werden. Ein «Bau Tech Zug» brachte 600 Meter Weg auf Vordermann.

10.4 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Für das Umsetzen der Aufgaben ist ein Sicherheitsbeauftragter auf die Mitarbeit und Unterstützung aller Führungspersönlichkeiten in einem definierten Verantwortungsbereich angewiesen. Auch finanzielle Kompetenzen müssen geregelt sein. Im vergangenen Jahr wurde das Budget aus Spargründen gestrichen. Die Arbeit

beschränkte sich dabei auf wenige Augenscheine und Beratungen bei Notfallkonzepten und die Beantwortung von einzelnen Anfragen. Bei den Einführungstagen für neue Mitarbeitende darf jeweils die Information «Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit bei der kantonalen Verwaltung» präsentiert werden. Für das betriebliche Gesundheitsmanagement wurde an mehreren Sitzungen mit dem Personalamt der Handlungsbedarf in verschiedenen Themenfeldern erkannt.

10.5 Care Team

Anfang Jahr wurde das neue elektronische Informations- und Einsatzsystem eingeführt, auf welchem die Einsätze verwaltet werden können. Anlässlich von vier Teamrapporten wurden die Einsätze nachbesprochen und die wichtigsten Erkenntnisse daraus in die Weiterbildung miteinbezogen. An zwei Fachtagungen wurde das Wissen mit Praxisbeispielen ergänzt. Die Landammänner beider Appenzell folgten einer Einladung zu einer Nachbesprechung und konnten sich von der Qualität der Einsätze überzeugen. Alleine aus einem äusserst komplexen Fall resultierten 96 Einsatzstunden von 10 Mitgliedern und der Einsatzleiterin.



Departement Inneres und Kultur

Direktor (bis 31. Mai): Regierungsrat Jürg Wernli

Direktor (ab 1. Juni): Landammann Dr. Matthias Weishaupt

Die ordentliche Aufgabenerfüllung war während des ganzen Jahres geprägt durch die parallel laufende Reorganisation der kantonalen Verwaltung. Mit der Neuzuteilung von allen Ämtern, Abteilungen oder Fachbereichen auf drei andere Departemente haben das Departement Inneres und Kultur und seine Mitarbeitenden in besonderer Weise zur Organisationsentwicklung beigetragen.

Die Zahl der Menschen, die Asyl suchten, hat in der zweiten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen; dem Kanton wurden vom Bund mehr Asylsuchende zugewiesen. Auch wenn der Anteil asylsuchender Menschen an der Ausserrhoder Bevölkerung nach wie vor unter einem Prozent liegt, wird deutlich, dass neue Herausforderungen zu bewältigen sind. Kanton, Gemeinden und Zivilbevölkerung sind daher gefordert, die Aufgaben gemeinsam, tatkräftig, menschlich und sachlich anzugehen. Es wurden Vorbereitungen getroffen, um vermehrt Asylsuchende und Flüchtlinge aufnehmen zu können.

Im Berichtsjahr waren mehr Personen auf Sozialhilfe angewiesen. Während die Sozialhilfequote in der Schweiz und in Appenzell Ausserrhoden im Vorjahr angestiegen war, stagnierte sie im Berichtsjahr gesamtschweizerisch, während sie im Kanton leicht zunahm. Strukturwandel am Arbeitsmarkt, Sanierungsprogramme der Sozialversicherungen, hohe Scheidungsraten und die Zunahme chronischer Erkrankungen zeigten somit auch in Appenzell Ausserrhoden ihre Auswirkungen. Wie im Asylwesen gilt auch mit Blick auf die Sozialhilfe: Je früher Probleme erkannt und angegangen werden, desto höher die Chancen für wirtschaftliche Selbständigkeit und eigene Vorsorge. Der Kanton unterstützt die Gemeinden im anspruchsvollen Vollzug und schätzt die gute Zusammenarbeit.

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) besteht seit 2013; seit Mitte 2014 ist das gemeinsame Sorgerecht in Kraft. Auf Ende 2015 mussten alle altrechtlichen Fälle ins neue Recht überführt werden. Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung sind für die KESB deshalb wichtige Themen, denen im Berichtsjahr aufgrund zahlreicher Kündigungen in der Behörde und im Fachdienst eine hohe Bedeutung zukam.

Einer besonderen Erwähnung bedarf die Lancierung der Stiftung «Erbprozent Kultur» anlässlich der Kulturlandsgemeinde. Nach vierjähriger Aufbauarbeit fand diese Stiftungsgründung nationale Beachtung.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Mit Ablauf des Amtsjahres trat Regierungsrat Jürg Wernli als bisheriger Direktor des Departements Inneres und Kultur nach 12 Jahren zurück. Für die Übergangsphase im Rahmen der Neuorganisation der kantonalen Verwaltung wurde die Leitung des Departements bis Ende Jahr von Landammann Dr. Matthias Weishaupt übernommen. Das Departement Inneres und Kultur bestand noch bis 31. Dezember 2015. Per 1. Januar 2016 wurden die Bereiche in die neuen Departemente Gesundheit und Soziales, Inneres und Sicherheit sowie Bildung und Kultur integriert.

Über die Situation bei der Behandlung von Beschwerden und Rekursen orientiert die Übersicht im statistischen Anhang (vgl. S. 111).

1.2 Gesetzgebung

Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten für ein neues Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung abgeschlossen werden. Das Gesetz wurde vom Kantonsrat am 21. September verabschiedet.

Der Regierungsrat hat sich für eine Totalrevision der Kantonsverfassung ausgesprochen. Auf der Basis der totalrevidierten Verfassung können dann anschliessend Gesetzgebungsarbeiten wie die Optimierung Gemeindestrukturen oder die Revision des Gesetzes über die politischen Rechte, die zur Zeit hängig sind, weiterbearbeitet werden. Die beiden genannten Gesetzesvorhaben sind daher vorderhand sistiert.

1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Im Berichtsjahr besuchte der kantonale Grundbuch- und Beurkundungsinspektor neun Grundbuchämter und zehn Gemeindekanzleien. Im Weiteren beantwortete er zahlreiche Anfragen von Gemeindestellen (Grundbuchämter, Gemeindekanzleien, Erbschaftsämter) und von Privaten. Bei der Beurkundung von Rechtsgeschäften ausserhalb des Grundstückwesens zeigt es sich, dass in einfachen Fällen die Urkunden kaum zu Bemerkungen Anlass geben. Sobald die Verhältnisse komplexer sind (u.a. im Ehegüter- und Erbrecht) oder seltene Geschäfte (u.a. gesellschaftsrechtliche Vorgänge) zu beurkunden sind, wird aber deutlich, dass es für die Gemeinden schwierig ist, die Urkunden jeweils richtig zu formulieren. Den Gemeinden wird empfohlen, solche Beurkundungen nur in Ausnahmefällen selber vorzunehmen und die Gesuchstellenden ansonsten an erfahrene Urkundspersonen zu verweisen.

In Schönengrund konnte das eidgenössische Grundbuch eingeführt werden. Dieses ist damit lediglich in der Gemeinde Hundwil noch nicht eingeführt.

1.4 Stiftungsaufsicht

Im Berichtsjahr hatte die Stiftungsaufsicht rückwirkend für das Geschäftsjahr 2014 die Berichterstattungsunterlagen von 70 (Vorjahr: 68) klassischen Stiftungen zu beurteilen. Der Wandel im gesellschaftlichen Umfeld führt vermehrt dazu, dass der Stiftungszweck nicht mehr zeitgemäss oder gar gegenstandslos geworden ist. Der Stiftungsaufsicht wurden daher verschiedene Begehren zur Änderung des Stiftungszweckes und der Stiftungsurkunde unterbreitet, oder sie wurde um Beratung bei

Neugründungen und Löschungen angegangen. Ein besonderes Augenmerk hat die Aufsicht auf die Anlage und die Verwendung des Stiftungsvermögens unter Einbezug von Organisationsfragen gelegt. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen belief sich am 1. Januar 2015 auf Fr. 305,9 Mio. (Vorjahr: Fr. 298,7 Mio.).

2. Amt für Gesellschaft

Asyl

Im Berichtsjahr wies der Bund dem Kanton 304 Asylsuchende (inkl. Geburten) zur Unterbringung und Betreuung zu. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen war die Zahl der Flüchtlings-Anerkennungen mit 94 Personen leicht rückläufig (Vorjahr: 105). Ende 2015 lebten 307 Asylsuchende und 116 vorläufig Aufgenommene aus 23 Herkunftsländern in Appenzell Ausserrhoden. 23 abgewiesene Asylsuchende bezogen im Berichtsjahr Nothilfe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Asylzentrum Landegg musste aufgrund der stark steigenden Zuweisungen nochmals deutlich reduziert werden. Dies führte dazu, dass die Personen noch rascher in die Gemeinden verteilt werden mussten. Die Gemeinden konnten aber weitgehend innert nützlicher Frist zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung stellen (vgl. Statistiken S. 112ff). Aufgrund der allgemeinen Situation im Asylbereich ist vor allem in der zweiten Jahreshälfte die Zahl der neu zugewiesenen Asylsuchenden (ohne Geburten) sehr stark von durchschnittlich 13 Personen monatlich (Januar bis Juni) auf 36 Personen (Juli bis Dezember) gestiegen.

Bürgerrecht

Im Berichtsjahr erhielten 134 Personen das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden und damit gleichzeitig das Schweizer Bürgerrecht im Verfahren der ordentlichen Einbürgerung. Davon stammen 46 % aus den Nachbarländern Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, knapp 40 % aus den Balkanstaaten. 179 Personen erhielten durch die erleichterte Einbürgerung das Bürgerrecht einer Ausserrhoder Gemeinde und damit auch das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden. 14 Personen wurden im Berichtsjahr aus dem Ausserrhoder Landrecht entlassen.



Zivilstand

Das Amt verfügte 414 Auslandereignisse zur Eintragung in das Schweizerische Personenstandsregister betreffend den Personenstand von Bürgerinnen und Bürgern von Appenzell Ausserrhoden. Die nächste Inspektion der Zivilstandsämter findet 2016 statt.

Förderung von Familien, Chancengleichheit von Frau und Mann sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten

Handlungsfeld 1 - Vielfalt leben und erleben

Das Netzwerk gegen Zwangsheirat Appenzell Ausserrhoden (ZARTwerk) hat sich gut etabliert. Rund 15 Fachorganisationen tauschen sich regelmässig aus und können Betroffene und Personen aus deren persönlichem Umfeld zielgerichtet unterstützen oder nötigenfalls weitervermitteln. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und als Unterstützung Betroffener wurden zwei Informationsbroschüren (für junge Erwachsene als Pocket-flyer) in acht Sprachen mit den wichtigsten Anlauf- und Beratungsstellen sowie mit Tipps für die Unterstützung Betroffener erarbeitet.

Im Rahmen der Plattform07 in Herisau mit dem Titel «Fremde Heimat» beleuchtete das Amt zusammen mit den Teilnehmenden das Thema Partizipation und die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft aufgrund kultureller oder ethnischer Unterschiede. Angeregt wurde der Gedankenaustausch durch die Lesung der Schriftstellerin Irena Brežna aus ihrem Buch «Die undankbare Fremde».

Handlungsfeld 2 - Arbeits- und Lebenswelt in Balance bringen

Familiäre Strukturen und gesellschaftliche Gepflogenheiten prägen uns. Die Sozialisation von Mädchen und Jungen wird immer noch durch Geschlechterstereotypen geprägt, welche die Berufswahl und Lebensplanung beeinflussen. Das Amt hat zu diesem Thema Arbeitsmaterialien für die Arbeit in Schulen und der Jugendarbeit mit Mädchen und Jungs zusammengestellt.

In der mehrjährigen Kampagne «Dann ist ein Mann ein Mann - Der Mann im Spannungsfeld von Arbeit, Familie und Mannsein» wurde im Berichtsjahr auf Paare Bezug genommen. Einerseits sorgte ein Workshop für eine aktive Auseinandersetzung mit den Geschlechterrollen

im Alltag, andererseits wurde der Kontakt zu Paaren im Projekt «Rollentausch» gesucht.

2015 wurde zum vierten Mal die Auszeichnung «PlusPlusAR» verliehen. Der Preis geht jeweils an ein Unternehmen, das sich besonders für familienfreundliche Arbeitsbedingungen einsetzt. Die Jury sprach sich für die Elbau Küchen AG in Bühler aus. Die Preisverleihung bildete den Abschluss einer Vielzahl kantonaler Aktivitäten zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Wirtschaft. «PlusPlusAR» wird auch weiterhin für die Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben stehen.

Das Thema Lohn stand im Berichtsjahr mehrfach im Zentrum: Einmal mit der Überprüfung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung, wo mittels «Logib» die Löhne der Mitarbeitenden analysiert wurden. Dann aber auch mit dem Lohnmobil, das im Herbst in Trogen und Heiden im öffentlichen Raum auf sich aufmerksam machte. Das Amt hat beide Engagements mit Know-How begleitet, letzteres zusammen mit der Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden auch organisiert.

Handlungsfeld 3 - Starke Familien

Das Amt widmete die Plattform08 in Teufen dem Thema «Frühe Förderung - ein guter Start ins Kinderleben». Frühe Förderung verbessert die Chancengerechtigkeit unter anderem im Bildungswesen und unterstützt Kinder darin, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und ihr Potenzial auszuschöpfen. Im Inputreferat wurde der Fokus auf die neuesten Erkenntnisse und ökonomische Zusammenhänge der frühen Förderung gelegt und anschliessend in Diskussionsgruppen zu unterschiedlichen Aspekten vertieft. Die mittlerweile sehr bekannte Koordinationsstelle «Netzwerk Elternbildung» legte den Schwerpunkt 2015 auf die Zusammenarbeit mit Schulen sowie die Vernetzung. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Elternbildung des Kantons St. Gallen und weiteren Organisationen wurde ein Weiterbildungstag durchgeführt, wo Kursanbietende, Betreuungspersonen, Eltern und Grosseltern der Frage nachgingen, was in Familien «abgeht».

Handlungsfeld 4 - Gesellschaft mit Wirkung

Zusammen mit dem Verein Weiterbildung Mittelland wurde im Berichtsjahr ein niederschwelliges Sprachförderangebot für Erwachsene geschaffen. Die subventionierten

Deutschkurse wollen insbesondere schulungsgewohnte Migrantinnen und Migranten erreichen. Die Semesterkurse starten im Februar 2016 an den Standorten Heiden, Teufen und Herisau.

Handlungsfeld 5 - Netzwerk schafft Mehrwert

Der bewährte Anlass für Verantwortliche der Kinder- und Jugendpolitik in Gemeinden, Kirchen und Jugendverbänden, welcher jeweils zusammen mit der Gemeindepräsidentenkonferenz organisiert wird, fand in Speicher statt. Die Teilnehmenden tauschten sich aus über die laufenden Projekte und Angebote in den einzelnen Gemeinden, ihre Erfolgsfaktoren und allfällige Handlungsfelder.

Schliesslich haben im Berichtsjahr die 20 Ausserrhoder Gemeinden und der Kanton eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach sie künftig gemeinsam die Integration von Migrantinnen und Migranten fördern werden. Die Gemeinden beteiligen sich nicht nur finanziell am kantonalen Integrationsprogramm 2014-2017, sondern wirken auch strategisch und operativ bei der Umsetzung mit.

3. Amt für Kultur

3.1 Kultur

Museumsstrategie

Fünf kulturhistorische Museen in Appenzell Ausserrhoden und das Textilmuseum St. Gallen erarbeiten für das Jahr 2017 erstmals ein grosses gemeinsames Ausstellungsprojekt zum Thema «Textil». Die Museumskoordination übernimmt dabei die Projektleitung. Am internationalen Museumstag beteiligten sich 15 der 17 Häuser. Zwei Weiterbildungsausflüge führten die Museumsverantwortlichen in Institutionen des textilen Bereichs. Die Marketing-Partnerschaft mit Appenzellerland Tourismus AR wurde erneuert. Im Frühjahr und im Herbst verschickte die Museumskoordination neu jeweils einen Newsletter.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt hat drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben und darin die geförderten Projekte aufgeführt. Nr. 21 widmete sich dem Textil, Nr. 22 dem Vorderland und Nr. 23 den Lesegesellschaften.

Veranstaltungen

Die Kulturlandsgemeinde 2015 fand am 2./3. Mai in Heiden statt. Sie widmete sich während zwei Tagen Fragen rund ums «Erben und Vererben» und lancierte die neue Stiftung «Erbprozent Kultur». Ein externes Büro hat die Kulturlandsgemeinden der letzten vier Jahre einer Evaluation unterzogen, und diese ist zu einem positiven Ergebnis gekommen. Anlässlich der jährlichen Kulturbegegnung Ende November in Speicher wurden die neue Webseite www.literaturland.ch eröffnet, der Schreibwettbewerb lanciert und Ausschnitte aus der Appenzeller Anthologie vorgetragen.

Kooperationen

Die alle drei Jahre stattfindende länderübergreifende jurierte Ausstellung «Heimspiel» wurde im Dezember eröffnet. Sie findet erstmals neben St. Gallen auch in Vaduz statt. Das Amt organisierte im Frühling das Kulturforum der Internationalen Bodenseekonferenz IBK zum Thema «Preise auf dem Alpenhof». Im Herbst widmete sich die IBK-Künstlerbegegnung in Bregenz während drei Tagen der Mundart. Einer der sieben Förderpreise 2015 der IBK im Bereich Jazz ging an Fabian M. Mueller. Bei der Jurierung der Eingaben für die Expo2027 hat die Amtsleiterin als Expertin mitgewirkt.

3.2 Fachstelle Kulturförderung

Am 12. März wurde Paul Giger in der Kirche Rehetobel mit dem vierten kantonalen Kulturpreis ausgezeichnet. Entsprechend den gesetzlichen Grundlagen wurde nach Ablauf der vierjährigen Amtsperiode auf Juni 2015 ein neuer Kulturrat eingesetzt. Insgesamt sind im Berichtsjahr 183 Gesuche (Vorjahr: 177) eingereicht worden, 152 (83 %) davon wurden unterstützt (Vorjahr: 86 %). Bei insgesamt Fr. 637'565.75 Förderbeiträgen ergibt das eine durchschnittliche Beitragssumme von Fr. 4'195 pro Gesuch (Vorjahr: Fr. 4'104). Daneben wurden 23 Institutionen mit jährlichen Betriebsbeiträgen von insgesamt Fr. 1'029'000 unterstützt.



3.3 Kantonsbibliothek

2015 war ein Jahr der Kontinuitäten. Besondere Ereignisse waren die Übernahme der Büchersammlung E. & E. Geldmacher mit Werken des 16. bis 19. Jahrhunderts zur Ergänzung der *Collectio Magica et Occulta* CMO und der *Helvetica* sowie der Ankauf der Sammlung E. Rutz-Walker mit 353 Bleistift- und Federzeichnungen von J.U. Fitzi. Mit «Textilhandel und Religion» wurden die vierte Hörspur und ein Ausstellungsraum (Textilfoyer) im Rahmen von «Jahrhundert der Zellweger» eröffnet.

Vermittlung

Artikel in Zeitungen und Zeitschriften sowie Vorträge und Reden, darunter zwei Referate zum Themenfeld «Gemeinden in Appenzell Ausserrhodens», waren Bestandteile der Öffentlichkeitspräsenz. Im Limmat Verlag erschien das Buch «Herbert Hoffmann. Tätowiert muss er sein». Das 142. Heft der Appenzellischen Jahrbücher war dem Schwerpunktthema «Landwirtschaft» gewidmet. Als weitere Aktivitäten sind zu nennen: Veröffentlichung einer digitalen Schnitzeljagd im Dorfkern von Trogen und die Durchführung von 57 (Vorjahr: 55) kulturhistorischen Führungen mit 1'008 (Vorjahr: 984) Personen und drei (Vorjahr: vier) buch- und bibliotheksspezifischen Führungen.

Erschliessung

CMO-Archiv: Erschliessung von 88 Bildern und 343 Objekten; Pa Gerhard Falkner: Abschluss Verpackung und Verzeichnis; Pa Hans-Ruedi Fricker: Übergabe weiterer Vorlassteile, Verpackung und Erschliessung; Pa Anna Martens: Inventarisierung von 760 Fotos; Pa Gertrud Schwyzer: Erschliessung Skizzenhefte; Fa Steiger: Unterzeichnung Schenkungsvertrag; Fa Zellweger: Verpackung Dokumente Zellweger-Wohnung und Neuerfassung von knapp 1'600 Datensätzen (Stand: 11'096) sowie Inventarisierung und Digitalisierung von 280 Bildern und 170 Objekten. Va Niggli: Übergabe und Erschliessung Verlagsarchiv. Ferner Digitalisierung «Mitteilungsheft KVT», «Jahresberichte KST», «Verhandlungen der AGG 1833-1853», Werknachlass Albin Grau sowie von Filmen u.a. der Kantonsschule Trogen. Vergabe von 17 Transkriptionsaufträgen (Vorjahr: 25). Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 109'073 Einheiten verzeichnet (Stand Vorjahr: 101'815). Darin enthalten sind die CMO-Bi-

bliothek mit 7'725 (Vorjahr: 6'707) und die Bibliothek Andreas Züst mit 10'466 (Vorjahr: 8'331) selbständigen Publikationen.

Bestandeszuwachs

Die historischen Sammlungen wurden um wertvolle Inhalte ergänzt (teilweise oben erwähnt). 38 (Vorjahr: 28) Personen und Institutionen haben der Kantonsbibliothek (KBAR) Dokumente vermacht. Die Appenzeller Bibliographie zählt 351 (Vorjahr: 430) neue Einheiten (Zwischenstand). Auf den Servern werden 8,5 (Vorjahr: 6,5) Terabyte Daten verwaltet.

Dienstleistungen

Die KBAR erteilte durchschnittlich 10 (Vorjahr: 11) Auskünfte pro Arbeitstag. Hinzu kamen monatlich 8 bis 10 externe Termine in den Bereichen Beratung, Auskunft sowie Kooperationen. 743 (Vorjahr: 1'003) Personen kamen zu Besuch (ohne Führungen). Im Lesesaal wurden 490 (Vorjahr: 430) Medien benutzt. 435 (Vorjahr: 309) Medien wurden ausgeliehen. Die Zahl der Downloads via dibios.ch betrug 14'566 (Vorjahr: 11'523). Die Appenzeller Bestände unter retro.seals.ch verzeichneten 56'947 (Vorjahr: 30'490) Pageviews und 451 (Vorjahr: 669) Downloads. Über das Presseportal Ostschweiz wurden 1'758 Texte heruntergeladen.

Besonderes

Zur Erarbeitung einer Appenzeller Anthologie wurde ein Handapparat mit Werken von gegen 130 Autorinnen und Autoren ab 1900 eingerichtet. Die KBAR unterstützt die Texterfassungsarbeiten für das Buch und die Online-Version der Anthologie (www.literaturland.ch). Zur Verwaltung des Nachlasses der Aeschbach-Stiftung (CMO) wurde im März ein vierköpfiges Kuratorium unter dem Vorsitz der Leiterin des Amts installiert.

3.4 Denkmalpflege

Beitragsgesuche, Bauberatung, Restaurierungen, Ersatzbauten

Im Berichtsjahr wurden 66 Beitragsgesuche bearbeitet. Die Summe der bewilligten Kantonsbeiträge an Restaurierungs- und Renovationsprojekte beläuft sich auf Fr. 664'690 (vgl. Statistik S. 116). Die Denkmalpflege führt

te rund 400 Besprechungen mit Behörden, Planerinnen, Planern und Bauherrschaften. Zeitintensive Bauvorhaben waren die Restaurationsarbeiten an der Kirche Hundwil, die Renovations-, Umbau- und Neubauarbeiten am Wohnhaus Zung in Gais, die Renovationen des Gasthaus Krone in Speicher und der alten Drogerie in Trogen.

Quartier- und Zentrumsentwicklung Herisau

Nach der Entwicklungsplanung für das Quartier Rosengarten und hinter dem Rathaus werden in Herisau weitere Studien für das Gebiet Sandbühl und die untere Eggstrasse angegangen. Die Stiftung Dorfbild hat in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der Denkmalpflege drei Planungsteams beauftragt, Visionen zur Ortskerngestaltung zu entwickeln. Die eingegangenen Projekte wurden der Öffentlichkeit vorgestellt.

Stellungnahmen / Berichte

184 Stellungnahmen wurden zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben, 30 davon schriftlich. Bei umfangreicheren Projekten, wie dem Gestaltungskonzept für Parkierung und Ortsdurchfahrt in Schwellbrunn oder der Zentrumsüberbauung Wald, wurden die denkmalpflegerischen Anliegen durch die temporäre Mitarbeit in Arbeitsgruppen sichergestellt. Im Zusammenhang der Teilrevision des Baugesetzes hat die Denkmalpflege an Podiumsdiskussionen teilgenommen und in Form von 20 Fragen und Antworten die wichtigsten Aspekte des kommunalen Ortsschutz auf ihrer Webseite publiziert.

Haus-Analysen

Die Haus-Analyse findet nach Beendigung des Regierungsprogramms 2012-2015 unter der Leitung des Departements Bau und Volkswirtschaft eine Fortsetzung. Die entsprechenden Kredite für 2016 wurden genehmigt. Der Denkmalpfleger gewährt bei den geschützten Objekten die fachliche Betreuung.

Öffentlichkeitsarbeit, Führungen und Vorträge

Das Forum Appenzellerhaus hat zwei Veranstaltungen zum Thema Holzschutz durchgeführt. Ein Dorfrundgang in Heiden thematisierte die Alterung von Holzfassaden, und eine Fachtagung im Zeughaus Teufen widmete sich dem Holzschutz. Der Denkmalpfleger hat rund ein halbes Dutzend Vorträge gehalten. So referierte er auf Einla-

dung der Zeitschrift Hochparterre am Bodensymposium in Luzern zum Thema «Umgang mit historischen Böden», erörterte vor Mitgliedern der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission die Merkmale der Fassaden des Dorfplatzes in Gais, hielt die Festrede an der Abschlussfeier der Zimmerleute am Berufsbildungszentrum in Herisau und führte Studierende der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften in die Geschichte der Appenzellerhäuser ein.

4. Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2014 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 3,2 %. In Appenzell Ausserrhoden stieg sie indessen leicht von 2,0 % (2013) auf 2,1 % (2014). Die Anzahl geführter Fälle erhöhte sich um 21 auf 732 (2014), was einer Zunahme von 2,9 % entspricht. Diese Fälle umfassen insgesamt 1'120 Personen, was einer Zunahme von 5,2 % bzw. 56 unterstützten Personen gegenüber dem Vorjahr entspricht (2013: 1'064 Personen). Die Differenz der Zunahme zeigt, dass die Anzahl der unterstützten Personen pro Fall wieder leicht zugenommen hat, nämlich von 1,5 (2013) auf 1,53 Personen (2014).

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war im Berichtsjahr eine der Kernaufgaben: Insgesamt wurde die Fachstelle 431 Mal (Vorjahr: 424) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert. Die Auswertung der im Verlaufe der letzten Jahre steigenden Zahl der Beratungen zeigt, dass der Druck auf die Sozialhilfe vor dem Hintergrund zunehmender Fallzahlen sowohl finanziell als auch aufgabenbezogen gestiegen ist. Der Vollzug der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung stellt deshalb für die Gemeinden eine anhaltend anspruchsvolle Aufgabe dar.

Gestützt auf das Sozialhilfegesetz und auf der Basis von Leistungsvereinbarungen wurden wiederum verschiedene Beiträge für Arbeitsintegrationsmassnahmen sowie

Beratungs- und Hilfsangebote ausgerichtet. In einigen Bereichen handelt es sich um Mischfinanzierungen, bei welchen sich die Gemeinden finanziell mitbeteiligen.

5. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Im dritten Jahr des Bestehens der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) war die Arbeitsbelastung unverändert gross. Die bundesrechtlich vorgeschriebene Interdisziplinarität der KESB bewährte sich: In der Behörde können unterschiedliche Standpunkte diskutiert werden, und mit den Beteiligten können individuelle und fallgerechte Lösungen erarbeitet werden.

Eine wesentliche neue Aufgabe war die praktische Anwendung der am 1. Juli 2014 in Kraft getretenen Bestimmungen der gemeinsamen elterlichen Sorge. Wegen zahlreicher Fragen aus der Bevölkerung musste in diesem Gebiet viel Beratungs- und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Ende Jahr lief die dreijährige Frist für die Überführung der altrechtlichen Massnahmen ins neue Recht ab. Mit ausserordentlichem Einsatz ist es gelungen, dieses Ziel zu erreichen.

Eine Herausforderung ist nach wie vor die Aufklärungsarbeit. Es ist regelmässig erforderlich, Einzelpersonen und Institutionen die Rolle und Aufgabe der KESB zu erläutern. Die KESB trifft dann behördliche Massnahmen zum Wohl und Schutz von hilfsbedürftigen Menschen, wenn dies nicht anderweitig sichergestellt ist. Nur dann, wenn die Unterstützung durch die Familie, andere nahestehende Personen sowie private oder öffentliche Dienste nicht ausreicht oder von vornherein als ungenügend erscheint und die hilfsbedürftige Person keine ausreichende eigene Vorsorge getroffen hat, kann und darf die KESB eingreifen.

Die neuen Möglichkeiten der eigenen Vorsorge (Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung) waren im Berichtsjahr noch kaum festzustellen. Auch die neuen gesetzlichen Vertretungsrechte sowohl für Ehegatten als auch bei medizinischen Massnahmen scheinen noch weitgehend unbekannt zu sein. Oft musste auf die Pflicht zum Abschluss eines schriftlichen Betreuungsvertrages für urteilsunfähige Personen in Pflegeeinrichtungen hingewiesen werden.

Nach wie vor Fragen wirft die Umsetzung von Kinderschutzmassnahmen auf, welche meist erhebliche finanzielle Folgen haben. Dabei kann es sich um sozialpädagogische Familienbegleitungen, Weisungen an Eltern zum Besuch einer Therapie oder - falls nötig - Fremdplatzierungen handeln. Soweit solche im Interesse des Kindes angeordnete Massnahmen nicht von den Eltern finanziert werden können, ist die Finanzierung im Rahmen der Sozialhilfe von den Gemeinden sicherzustellen. Die KESB achtet darauf, die Kosten für Fremdplatzierungen möglichst gering zu halten, indem zuerst mildere Massnahmen geprüft werden. Zum Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen muss die KESB aber rasch handeln und die erforderlichen Massnahmen anordnen.

6. Ausgleichskasse und IV-Stelle

Die Ausgleichskasse und IV-Stelle Appenzell Ausserrhoden haben ihre Strukturen weiter verbessert und ausgebaut. Die Einführung eines formalisierten internen Kontrollsystems, die erfolgreiche Durchführung des Aufrechterhaltungsaudits für die ISO-Zertifizierung 9001 sowie die Durchführung einer Zufriedenheitsumfrage bei allen Mitarbeitenden trugen massgeblich dazu bei. Die Umfrage hat gegenüber der letzten Umfrage vor vier Jahren markant höhere Zufriedenheitswerte ergeben. Der Personalbestand blieb stabil. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton bei den Ergänzungsleistungen und bei der individuellen Prämienverbilligung verlief konstruktiv.

Im Bereich der Ausgleichskasse wurde im vergangenen Jahr die interne Organisation überprüft und teilweise angepasst. Die Fallzahlen und die Kundenkontakte bewegten sich im gleichen Umfang wie im Vorjahr. Zum Thema Ergänzungsleistungen führte die Ausgleichskasse für private Mandatsträger verschiedene Schulungen durch, die zur Qualitätsverbesserung beitragen.

Im Bereich der Invalidenversicherung blieb die Arbeitslast auf hohem Niveau stabil. Im Berichtsjahr erging ein Grundsatzurteil des Bundesgerichts zum Umgang mit Personen mit diffusen Schmerzsyndromen. Als Folge davon wurden in allen IV-Stellen der Schweiz die Abklärungen für diese Versicherten stark ausgedehnt und

aufwändiger. Intern wurden die Abläufe weiter optimiert und die Prozesse gestrafft. Aufgrund des regen Kontakts der IV-Stelle mit den hiesigen Arbeitgebenden ist das Instrument der Früherfassung mittlerweile gut bekannt, und die möglichen IV-Fälle werden der IV-Stelle frühzeitig gemeldet. Die Massnahmen zeigen zunehmend Wirkung, indem sowohl die Zahl der Neurenten als auch der Rentenbestand abnehmen. Im jährlichen Audit des Bundesamtes für Sozialversicherungen erhielt die IV-Stelle Appenzell Ausserrhoden gute Bewertungen.



Statistischer Anhang

Regierungsrat

Öffentliche Tätigkeiten gemäss Staatskalender und Bezüge 2015 (in Fr.)

Unternehmen / Institution	Vertretung	Mandat	Honorare	Sitzungsgeld	Spesen	zur privaten Verfügung	Einlage in Staatskasse
Appenzeller Bahnen AG	Köbi Frei	Verwaltungsrat	4 425	2 579	425	3 004	4 425
Appenzellerischer Hilfsverein für Psychischkranke (bis Mai)	Matthias Weishaupt	Mitglied des Vorstandes	-	-	-	-	-
AR Informatik AG	Marianne Koller-Bohl	Verwaltungsrätin	4 500	2 113	1 137	3 250	4 500
AR Informatik AG (bis Ende Mai)	Rolf Degen	Verwaltungsrat	1 750	-	-	-	1 750
Assekuranz AR	Paul Signer	Präsident Verwaltungsrat	9 000	750	-	750	9 000
Ausserthodische Kulturstiftung (bis Mai)	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Ausserthodische Kulturstiftung (ab Juni)	Alfred Stricker	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Axpo Holding AG	Jakob Brunnschweiler	Vizepräsident Verwaltungsrat	70 000	15 984	-	15 984	70 000
Dr. Oertli-Loppacher-Stiftung (bis Mai)	Marianne Koller-Bohl	Präsidentin Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Dr. Oertli-Loppacher-Stiftung (ab Juni)	Matthias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Fachhochschule Ostschweiz FHO (bis Mai)	Rolf Degen	Fachhochschulrat	-	-	-	-	-
Fachhochschule Ostschweiz FHO (ab Juni)	Alfred Stricker	Fachhochschulrat	-	-	-	-	-
Genossenschaft Appenzeller Schaukäserei (bis Mai)	Marianne Koller-Bohl	Verwaltungsrätin	-	632	-	632	-
Genossenschaft Appenzeller Schaukäserei (ab Juni)	Marianne Koller-Bohl	Verwaltungsrätin	-	211	-	-	211
Genossenschaft Olma Messen St.Gallen (bis Mai)	Marianne Koller-Bohl	Beirätin	-	-	-	-	-
Genossenschaft Swisslos Interkantonale Landeslotterie	Paul Signer	Mitglied Genossenschafterversammlung	-	600	70	670	-
Int. Bodenseekonferenz, Regierungschefkonferenz (bis Mai)	Marianne Koller-Bohl	Vertreterin von Appenzell/Ausserthoden	-	-	-	-	-
Int. Bodenseekonferenz, Regierungschefkonferenz (ab Juni)	Alfred Stricker	Vertreter von Appenzell/Ausserthoden	-	-	-	-	-
Johannes und Hanna Baumann-Stiftung (bis Mai)	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	1 000	500	1 290	210
Konferenz der Kantonsregierungen (bis Mai)	Jürg Wernli	Mitglied der Plenarversammlung	-	-	-	-	-
Konferenz der Kantonsregierungen (ab Juni)	Marianne Koller-Bohl	Mitglied der Plenarversammlung	-	-	-	-	-
Lungenliga Appenzell/Ausserthoden (bis Mai)	Matthias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Metrohm Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Stiftungsrätin	11 000	-	2 000	2 000	11 000
Miteigentümergeinschaft Gutenberg	Köbi Frei	Mitglied des Ausschusses	500	750	-	750	500

Unternehmen / Institution	Vertretung	Mandat	Honorare	Sitzungsgeld	Spesen	zur privaten Verfügung	Einlage in Staatskasse
Ostschweizer BYG- und Stiftungsaufsicht (bis Mai)	Jürg Wernli	Mitglied der Verwaltungskommission	-	-	-	-	-
Ostschweizer BYG- und Stiftungsaufsicht (ab Juni)	Paul Signer	Mitglied der Verwaltungskommission	-	-	-	-	-
Pensionskasse AR (bis Mai)	Köbi Frei	Präsident Verwaltungskommission	-	2 828	-	2 828	-
Pensionskasse AR (ab Juni)	Köbi Frei	Präsident Verwaltungskommission	1 050	-	-	-	1 050
Pensionskasse AR (bis Mai)	Jakob Brunnschweiler	Mitglied Verwaltungskommission	-	3 944	-	3 944	-
Rehabilitationszentrum Lutzenberg	Matthias Weishaupt	Vizepräsident Aufsichtskommission	-	-	-	-	-
Rehabilitationszentrum Lutzenberg	Matthias Weishaupt	Vizepräsident Betriebskommission	-	-	-	-	-
Schweizer Salinen AG	Köbi Frei	Präsident Verwaltungsrat	10 200	6 562	2 062	8 624	10 200
Selfin Invest AG	Köbi Frei	Vizepräsident Verwaltungsrat	1 000	937	243	1 179	1 000
Spitalverbund Appenzel Ausserrhoden	Köbi Frei	Verwaltungsrat	21 000	4 219	-	4 219	21 000
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG	Jakob Brunnschweiler	Vizepräsident Verwaltungsrat	17 000	15 000	-	15 000	17 000
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG	Köbi Frei	Verwaltungsrat	11 000	3 750	-	3 750	11 000
Steinegg Stiftung (bis Mai)	Jakob Brunnschweiler	Stiftungsrat	833	2 500	-	2 500	833
Stiftung für appenzellische Volkskunde (bis Mai)	Rolf Degen	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Stiftung für eigenössische Zusammenarbeit (bis Mai)	Rolf Degen	Stiftungsrat und Mitglied leit. Ausschuss	-	-	-	-	-
Stiftung für eigenössische Zusammenarbeit (ab Juni)	Alfred Stricker	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Stiftung Ostschweizer Kinderspital	Matthias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung (bis Mai)	Marianne Koller-Bohl	Präsidentin Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung (bis Mai)	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung (bis Mai)	Köbi Frei	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung (ab Juni)	Matthias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung (ab Juni)	Alfred Stricker	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Total			163 258	64 358	6 437	70 374	163 679

Kantonskanzlei

Passbüro

Ausweisstatistik

	2012	2013	2014	2015
Pass Kinder	722	569	543	716
Pass Erwachsene	1 886	2 818	3 230	3 517
ID Kinder	2 002	1 674	1 531	1 798
ID Erwachsene	3 590	4 112	4 449	5 024

Rechtsdienst

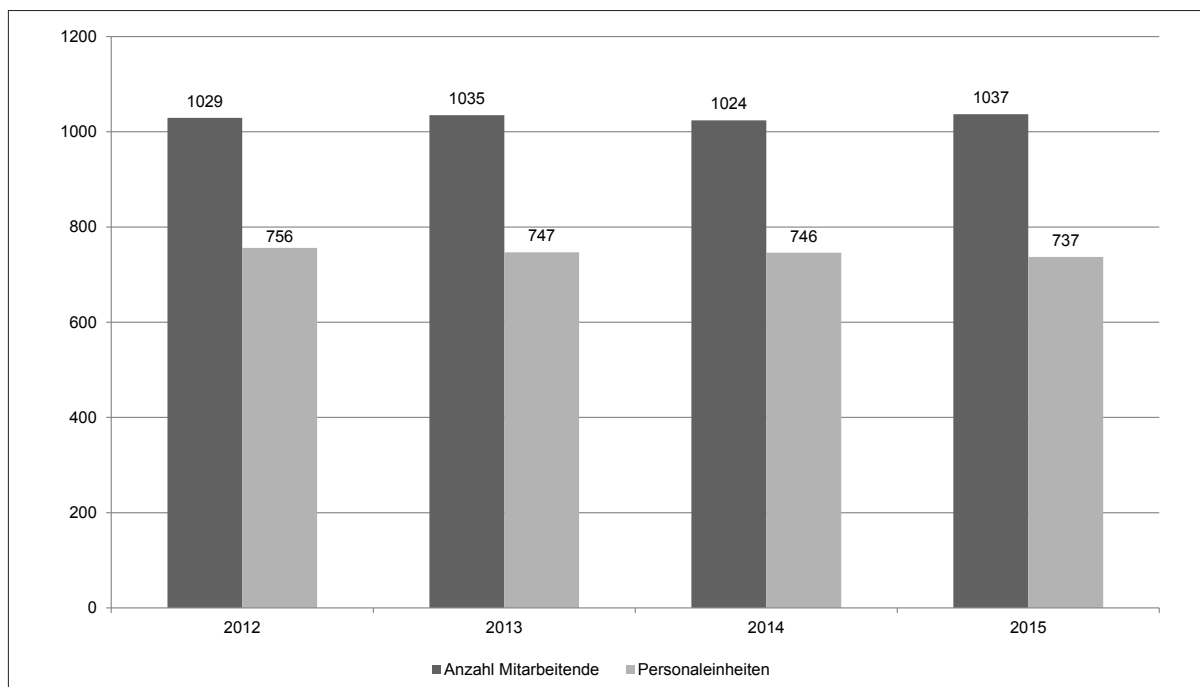
Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	4	3	7
Eingänge	5	21	26
Erledigungen	5	17	22
Pendent Ende Jahr	4	7	11

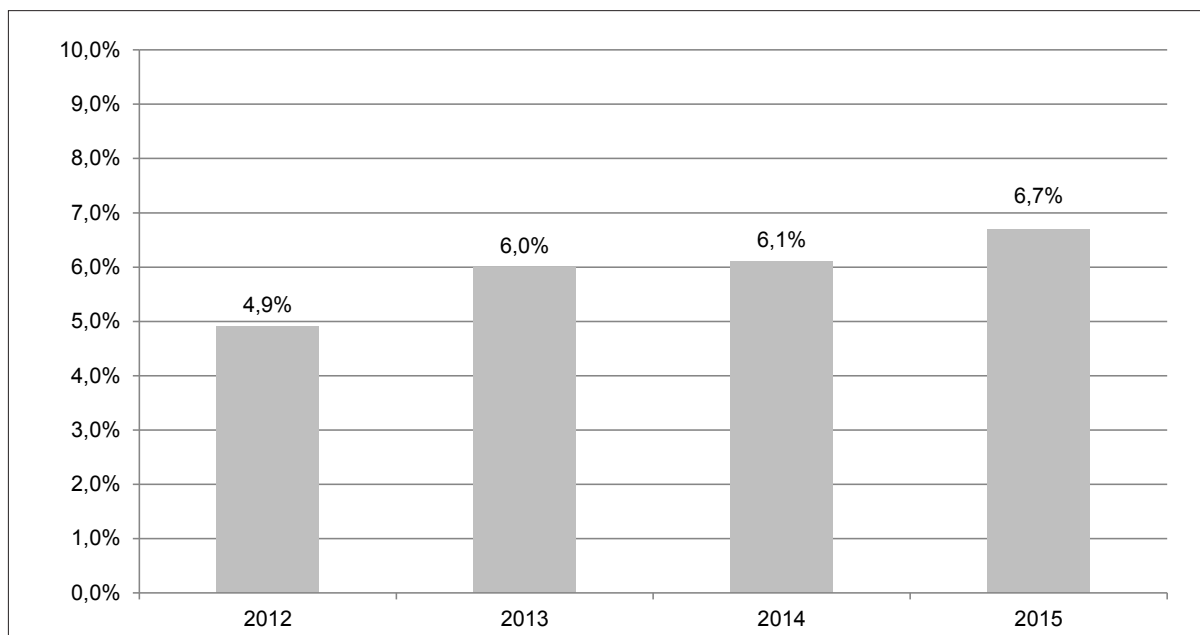
Departement Finanzen

Personalamt

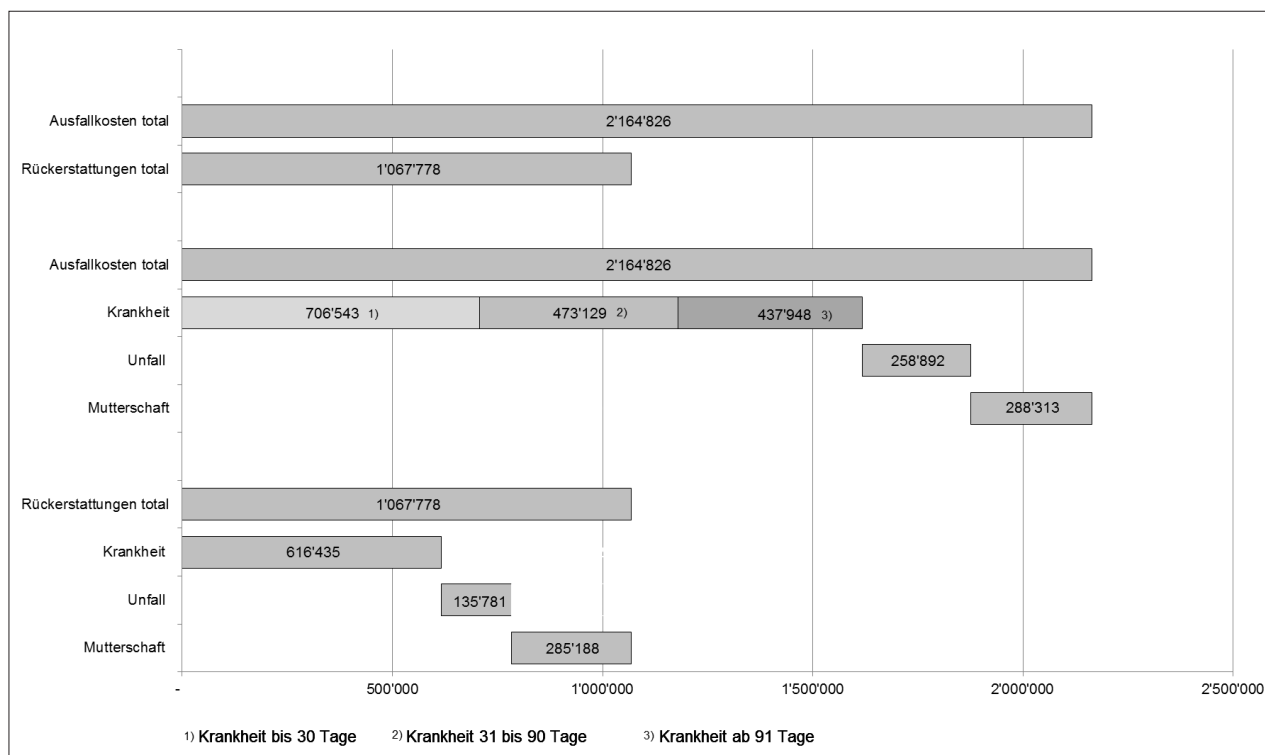
Anzahl Mitarbeitende und Personaleinheiten kantonale Verwaltung



Fluktuation in %



Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft (in Fr.)



Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2015	Rechnung 2015	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2014	Veränderung Rechnung 2015 : 2014
Total direkte Steuern	148,5	147,4	- 0,7 %	139,0	+ 6,0 %
Total Spezialsteuern	7,0	7,0	+ 0,0 %	7,0	+ 0,0 %
Total Bundessteuern	17,1	19,1	+ 11,7 %	18,5	+ 3,2 %
Gesamttotal	172,6	173,5	+ 0,5 %	164,5	+ 5,5 %

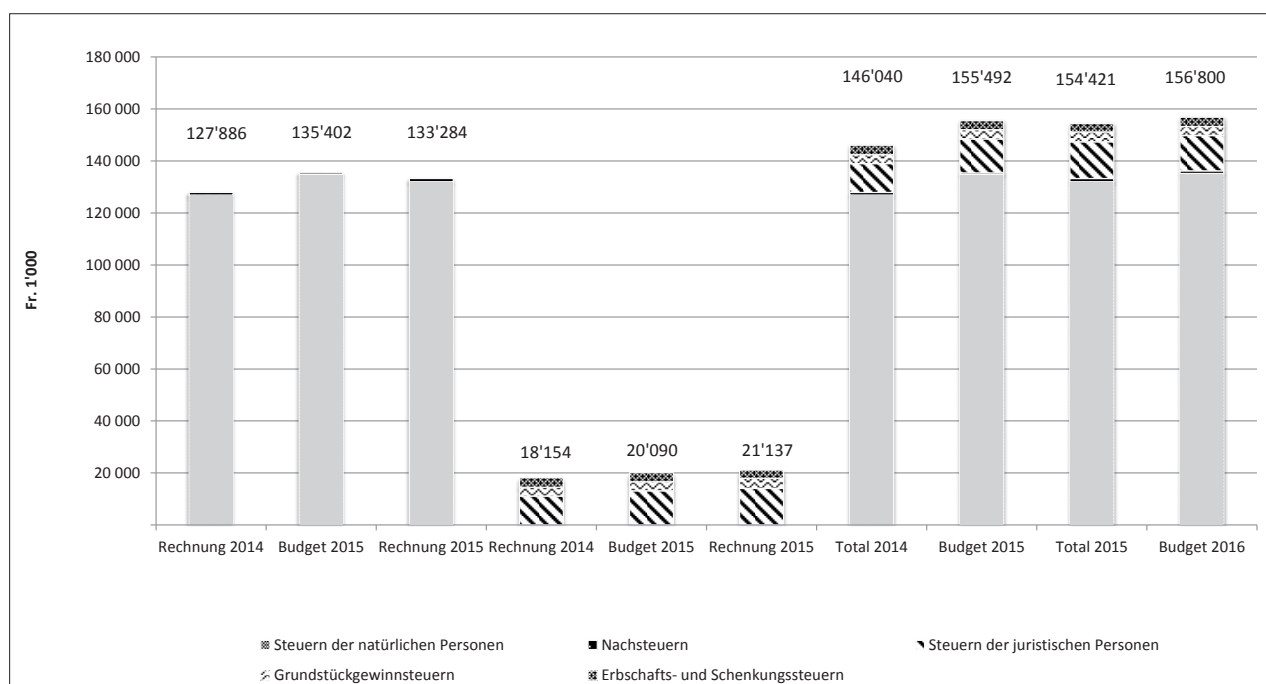
Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,2 Einheiten

	Budget 2015	Rechnung 2015	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2014	Veränderung Rechnung 2015 : 2014
natürliche Personen	135,4	133,3	- 1,6 %	127,9	+ 4,2 %
juristische Personen	13,1	14,1	+ 7,6 %	11,1	+ 26,9 %
Total direkte Steuern	148,5	147,4	- 0,8 %	139,0	+ 6,0 %

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2015	Rechnung 2015	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2014	Veränderung Rechnung 2015 : 2014
Grundstückgewinnsteuern	3,5	3,8	+ 8,6 %	3,4	+ 11,8 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	3,5	3,2	- 7,2 %	3,6	- 9,8 %
Total Spezialsteuern	7,0	7,0	+ 0,7 %	7,0	+ 0,7 %

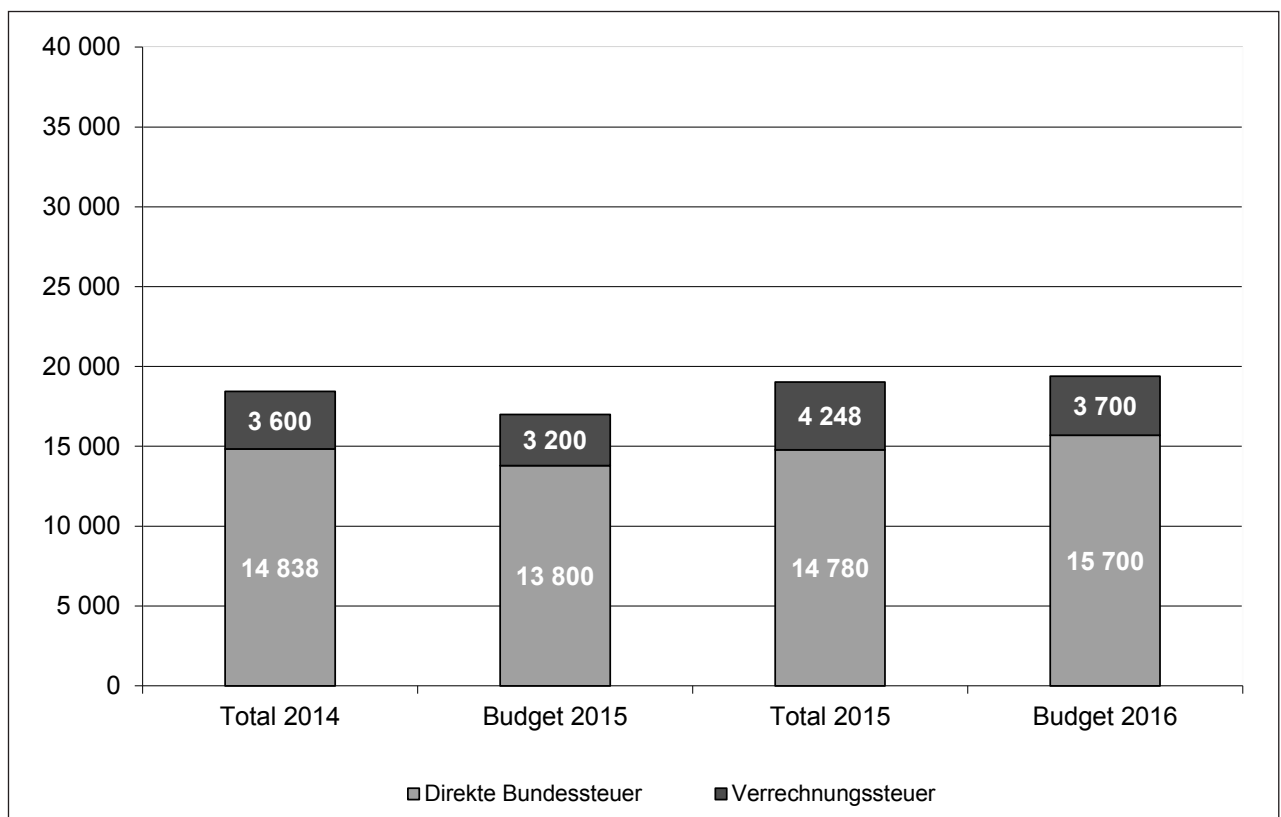
Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich



Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2015	Rechnung 2015	Abweichung Rechnung-Budget	Rechnung 2014	Veränderung Rechnung 2015 : 2014
Direkte Bundessteuern	13,8	14,8	+ 7,1 %	14,8	- 0,1 %
Verrechnungssteuern	3,2	4,2	+ 32,8 %	3,6	+ 18,0 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,1	- 48,0 %	0,1	- 48,0 %
Total Bundessteuer	17,1	19,1	+ 11,6 %	18,5	+ 3,1 %

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich

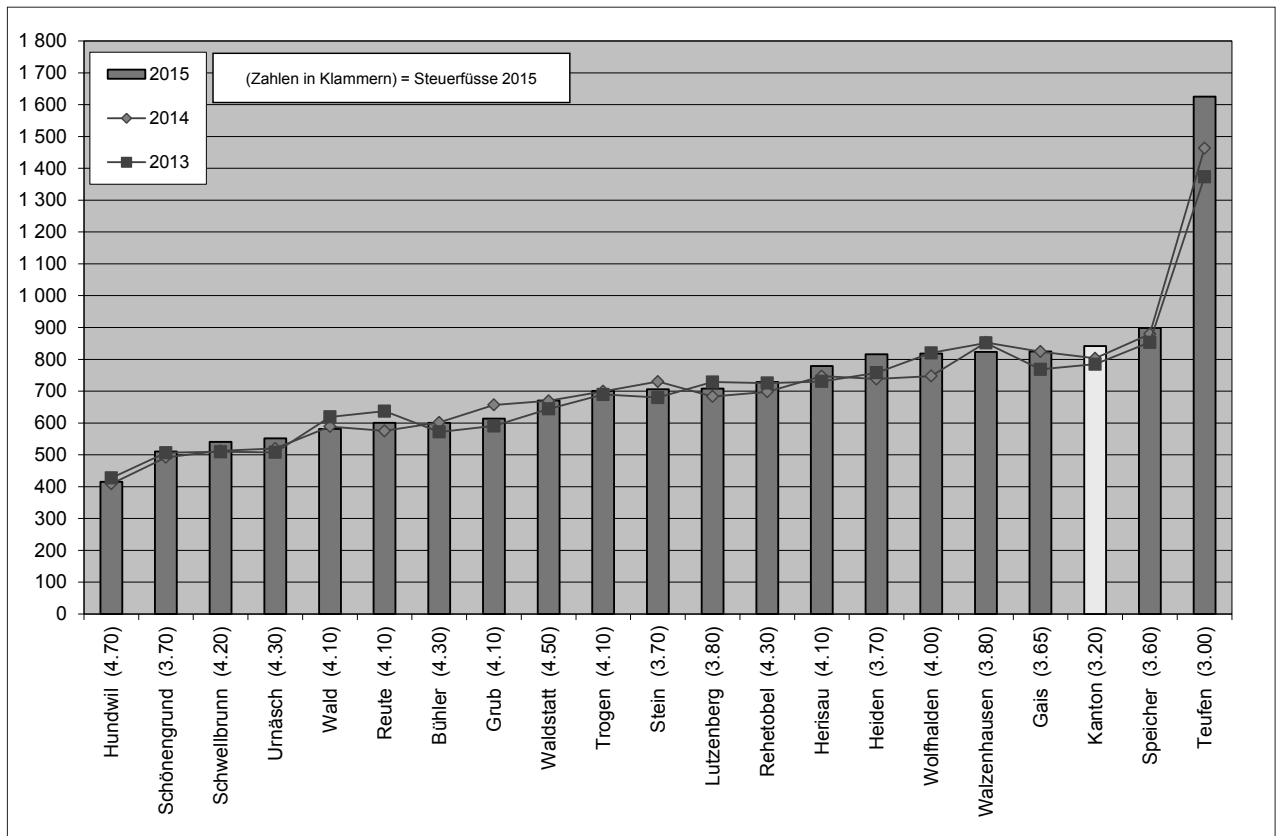


Steuerkraft der Gemeinden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2015	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Total	147 708 870	46 159 022	54 837	841,75	100,0 %	
Teufen	32 154 169	10 048 178	6 182	1 625,40	193,1 %	1
Speicher	12 170 963	3 803 426	4 232	898,70	106,8 %	2
Gais	8 155 986	2 548 746	3 091	824,60	98,0 %	3
Walzenhausen	5 440 891	1 700 278	2 066	823,00	97,8 %	4
Wolfhalden	4 658 552	1 455 797	1 780	817,90	97,2 %	5
Heiden	10 919 100	3 412 219	4 184	815,50	96,9 %	6
Herisau	39 424 394	12 320 123	15 822	778,70	92,5 %	7
Rehetobel	4 029 291	1 259 154	1 728	728,70	86,6 %	8
Lutzenberg	2 854 072	891 898	1 259	708,40	84,2 %	9
Stein	3 187 921	996 225	1 411	706,00	83,9 %	10
Trogen	3 858 695	1 205 842	1 720	701,10	83,3 %	11
Waldstatt	3 842 660	1 200 831	1 790	670,90	79,7 %	12
Grub	1 983 689	619 903	1 010	613,80	72,9 %	13
Bühler	3 289 627	1 028 008	1 711	600,80	71,4 %	14
Reute	1 339 271	418 522	697	600,50	71,3 %	15
Wald	1 573 437	491 699	846	581,20	69,0 %	16
Urnäsch	4 009 118	1 252 849	2 270	551,90	65,6 %	17
Schwellbrunn	2 664 539	832 669	1 539	541,00	64,3 %	18
Schönengrund	861 008	269 065	527	510,60	60,7 %	19
Hundwil	1 291 487	403 590	972	415,20	49,3 %	20

Steuerkraft der Gemeinden

gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2015 der natürlichen und juristischen Personen



Lotteriefonds 2015: Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke (in Fr.)

Bereich und Begünstigte	Unterstützte Projekte	Beitrag
Kultur		
Stiftung BiblioGais	Starthilfe für neue BiblioGais	2 000
Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft (AGG)	Druckkostenbeitrag Appenzeller Jahrbuch	3 000
Landfrauenvereinigung AR	11. Rhein-Bodensee Bäuerinnen- und Bauerntag, Waldegg, Teufen	5 000
Stiftung Heimatwerkschule Ballenberg	Erweiterungsbau Kurszentrum Ballenberg	10 000
Stiftung Erbprozent Kultur	Stiftung Erbprozent Kultur / Gründungskapital als Stiftungsvermögen	50 000
Denkmalpflege		
Tell-Museum Bürglen	Gesamterneuerung Tell-Museum	10 000
Hospice du Grand-Saint-Bernard	Restaurierung des Hospiz vom grossen St. Bernhard	10 000
Sozialwesen		
Caritas, St. Gallen	KulturLegi St. Gallen-Appenzell	11 000
Stiftung Alexander Graham Bell	Integrationshilfen für Gehörlose	5 000
Verein Henry-Dunant-Museum	Menschlichkeit ohne Grenzen	5 000
Glückskette	Humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge	20 000
Pro Infirmis St. Gallen-Appenzell	Sozialberatung und Bildungsclub	12 000
Procap St. Gallen-Appenzell	Beitrag 2015	3 500
Schweizerische Stiftung des Internat. Sozialdienstes	Beitrag für 2014 erbrachte Dienstleistungen	4 504
Pro Juventute Appenzell Ausserrhoden, Herisau	Weihnachtsaktion für bedürftige KantonseinwohnerInnen	30 000
Benevol, St. Gallen	Beitrag 2015	20 000
pro mente sana, Zürich	Beitrag 2015 / Psychiatrische Patientenverfügung (PPV)	2 000
Pink Cross	Sensibilisierungsstudie LGBTI in Altenpflege- und Betreuungssituationen	5 000
Schloss Herdern	Beitrag 2016	1 000
EDA, Konsularische Direktion KD	Unterstützung schweiz. Hilfsgesellschaften im Ausland	1 000
Kath. Pfarrei Teufen-Bühler-Stein	Hilfskonvoi für Vertriebene der IS nach Nordirak/Kurdistan	2 000
Pro Senectute Appenzell Ausserrhoden, Herisau	Weihnachtsaktion für bedürftige KantonseinwohnerInnen / Steuerklärungsdienst	55 000
Schweizerisches Rotes Kreuz	Hilfe für Familien auf der Flucht	20 000
Jugend und Erziehung		
Stiftung Schweizer Jugend forscht	49. Nationaler Wettbewerb 2015	5 000
Korporation Pro Tobel	Neuer Spielplatz in Wienacht	5 000
Verein Verstärker	Aktion 72 h	5 000
KOVIVE	Betreuungslösungen für armutsbetroffene Kinder in der Schweiz	3 000
Ludothek Gais	Möblierung neuer Räumlichkeiten nach Umzug	2 000
Verein tunOstschweiz.ch	tunOstschweiz.ch	10 000
SAJV Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände	Eidg. Jugendsession 2015	150
kinderagenda.ch, Muriel Traber, St. Gallen	SpinoggelFritz-kinderagenda.ch, Veranstaltungskalender für ostschweiz. Familien	1 000

Gesundheit		
Stiftung aha! Allergiezentrum Schweiz	Broschüren für Allergiebetreffene	5 000
Samariterverband beider Appenzell	Beitrag 2015	1 200
Verein Freunde stationäres Hospiz St. Gallen	Aufbau stationäres Hospiz St. Gallen	25 000
Umwelt und Entwicklungshilfe		
Schweizer Allianz Mission	Landwirtschaftsprojekt AGRO, Guinea	10 000
Fastenopfer	Madagaskar; Armutsbekämpfung und Entschuldung durch Spargruppen	8 000
Stiftung Vivamos Mejor	Guatemala; Maya-Familien schützen Wald und Wasser	8 000
Stiftung Fairmed	Gesundheit und Perspektiven für die Baka-Pygmäen	6 000
Stiftung Solidarität Dritte Welt	Bolivien; Integrierte Entwicklung auf dem Altiplano	6 000
Women's Hope International	Äthiopien; Gesundheit für Mütter und Kinder	8 000
CO-OPERAID	Bangladesch; Grundschulbildungsprojekt für Kinder ethnischer Minderheiten	8 000
Schweizerisches Rotes Kreuz	Hilfe für syrische Flüchtlinge	10 000
Glückskette	Nothilfe Erdbeben Nepal	30 000
ROKPA Schweiz	Bildungsprogramm in tibetischen Gebieten Chinas	8 000
Hand in Hand-Afrika	Lilis Kindergarten in Kalbas Kraal	8 000
Helvetas	Afghanistan; Sauberes Wasser, bessere Gesundheit	8 000
fepa, Fonds f. Entwicklung u. Partnerschaft in Afrika	Zimbabwe; Ausbildung für marginalisierte Jugendliche	6 000
TearFund Schweiz	Sambia; Zugang zu Bildung für Aidsweisen und gefährdete Kinder	6 000
Das Hunger Projekt Schweiz	Burkina Faso; Mikrofinanzierungsprogramm	6 000
Verein biodivers	Plattform Naturförderung	6 000
Swissaid	Kolumbien; Ernährung und Wasserversorgung für Kleinbauernfamilien	4 000
Sport		
OK Appenzeller Kantonales Schwingfest 2015	Appenzeller Kantonales Schwingfest 2015 in Schönengrund	1 000
Hundesport Appenzell	Beitrag für Miete der Hundesportplätze	1 000
Eidg. Schützenfest Wallis 2015	Eidg. Schützenfest Wallis 2015	1 000
Ostschweizerischer Handmähverein	Ostschweizer Handmähmeisterschaft 2015	1 000
übrige Projekte		
Radgenossenschaft der Landstrasse	Unterstützungsbeitrag 2015	1 000
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Inspektionsspiel Herisau	1 000
SRG Ostschweiz	Radio- und Fernsehpreis der Ostschweiz 2015	1 000
Verein Öffentlichkeitsgesetz.ch	Öffentlichkeitsgesetz.ch_plus	300
Jacqueline Streule, Heiden	Internationaler Frauentag 2016	1 000
Total		503 654

Grundstücksschätzungsbehörde

	2011	2012	2013	2014	2015
Anzahl geschätzte Grundstücke	2 540	3 021	2 827	3 504	3 268
öffentliche Grundstücke (Finanzvermögen)	-	-	-	287	-
Total geschätzte Grundstücke	2 540	3 021	2 827	3 791	3 268
zurückgestellte Schätzungen	625	569	615	454	274

Total Einsprachen	59	67	62	80	88
Einsprachequote der geschätzten Grundstücke	2 %	2 %	2 %	2 %	3 %
Rekurse	-	1	2	1	8
Weiterzug (Obergericht)	-	-	-	-	1

Departement Bildung

Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2011	2012	2013	2014	2015
Kindergarten	909	955	983	990	1 078
Primarschule	3 322	3 127	2 999	2 960	2 963
Sekundarschule	1 853	1 802	1 707	1 644	1 458
Total	6 084	5 884	5 689	5 594	5 499

Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2013			2014			2015		
	♂	♀.	total	♂	♀.	total	♂	♀.	total
< 16 Jahre	91	105	196	105	118	223	132	162	294
16 – 24 Jahre	138	181	319	143	209	352	110	171	281
25 und mehr Jahre	85	120	205	73	144	217	59	93	152
Anzahl Ratsuchende	314	406	720	321	471	792	301	426	727
Anzahl Beratungssitzungen	488	608	1 096	460	658	1 118	477	658	1 135
Testdurchführungen	165	222	387	158	245	403	227	285	512

Berufsbildung: Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31.12.

	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamtbestand	1 394	1 390	1 423	1 420	1 400
neu abgeschlossene	544	553	566	550	531
aufgelöste	121	106	103	121	105

Berufsbildung: Lehrabschlussprüfung; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2011	2012	2013	2014	2015
aus Ausserrhoden	458	470	468	455	464
aus Innerrhoden	82	68	84	76	81
aus St.Gallen	44	58	51	43	53
Total geprüfte	584	596	603	574	598
davon bestanden	560	571	585	554	575
davon nicht bestanden	24	25	18	20	23

BIZ Besuche (Berufsinformationszentrum)

	2011	2012	2013	2014	2015
Besucher/innen	954	620	257	270	200
Anzahl Schulklassen im BIZ	40	29	2	4	-
Anzahl durchgeführte Klasseninformationen in den Schulhäusern	kein Angebot	kein Angebot	kein Angebot	36	44

Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16
Attest Gesundheit und Soziales	-	14	20	24	22
Detailhandelsassistent/in	30	25	19	20	21
Detailhandelsfachmann/-frau	90	81	90	91	82
Elektroinstallateur/in	89	80	75	81	74
Fachfrau/-mann Gesundheit	83	105	114	118	123
Forstwart/in	51	48	45	53	46
Hauswirtschaftsjahr	13	10	-	-	-
Holzbearbeiter/in	-	-	11	7	9
Kaufmann/Kauffrau Profil B	31	26	34	31	26
Kaufmann/Kauffrau Profil E	116	124	113	105	103
Kaufmann/Kauffrau Profil M	85	85	93	96	97
Landwirte	41	31	38	24	-
Polymechaniker/in	92	85	73	72	69
Schreiner/in	92	104	106	115	116
Schreinerpraktiker/in	14	10	10	9	7
Zimmermann/Zimmerin	125	142	129	127	116
Brücke AR	81	75	76	78	68
Total	1 033	1 045	1 046	1 051	979

Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16
Sekundarschule	181	160	155	143	134
10. Schuljahr	12	19	12	-	-
Berufsfachschule Wirtschaft	56	43	37	40	44
Fachmittelschule	64	83	87	106	107
Gymnasium	368	388	389	370	358
Total	681	693	680	659	643

Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand

	2011	2012	2013	2014	2015
Auszahlungen	111 500	53 250	113 000	128 000	78 000
Rückzahlung von Darlehen	108 924	152 080	208 911	106 712	87 953
ausstehende Darlehen (31.12.)	721 283	622 453	526 541	547 829	537 877

Stipendien; Bruttoaufwand

	2011	2012	2013	2014	2015
Sekundarstufe II	491 500	639 200	529 200	428 200	409 750
Tertiärstufe	887 200	1 077 950	1 131 200	1 083 700	1 009 850
Total	1 378 700	1 717 150	1 660 400	1 511 900	1 419 600

Schuldgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand

	2011	2012	2013	2014	2015
ausserkantonale Berufsschulen	6 967 831	7 017 224	7 474 168	7 270 452	7 319 620
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 604 024	2 836 048	2 784 745	2 719 518	2 622 410
Total	9 571 855	9 853 272	10 258 913	9 989 970	9 942 030

Schuldgelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand

	2011	2012	2013	2014	2015
Universitäten	6 247 235	6 454 630	6 528 620	6 860 390	6 843 552
Fachhochschulen	8 724 545	10 001 542	8 783 652	9 756 763	9 763 393
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	2 263 895	2 322 655	2 125 458	2 422 752	3 048 776
Total	17 235 675	18 778 827	17 437 730	19 039 905	19 655 721



Departement Gesundheit

Kantonsärztlicher Dienst

Stationäre Versorgung (Somatik, Rehabilitation): Kostengutsprache gesuche

	2011	2012 ¹⁾	2013	2014	2015 ²⁾
bewilligte Gesuche ohne Tarifeinschränkung	2 109	1 813	1 882	2 022	2 017
bewilligte Gesuche mit Einschränkung der Kostenbeteiligung auf Referenztarif Kanton	-	518	407	382	446
abgelehnte Gesuche/nicht Eintreten	490	216	83	90	106
Total Gesuche	2 599	2 547	2 372	2 494	2 569

¹⁾ Einführung DRG/Fallpauschalen

²⁾ Zum Zeitpunkt der Auswertung sind noch nicht alle Kostengutsprache gesuche eingetroffen

Total Hospitalisationen (Somatik, Rehabilitation, Psychiatrie), inkl. UV-, MV- und IV-Fälle

	2011	2012 ³⁾	2013	2014	2015 ⁴⁾
ausserkantonale Behandlung	3 279	3 134	3 382	3 675	k.a.
Behandlung im Kanton	5 478	5 679	5 613	5 663	k.a.
Anzahl Hospitalisationen	8 757	8 813	8 995	9 338	k.a.

Quelle: Medizinische Statistiken der Krankenhäuser, Bundesamt für Statistik (BfS)

³⁾ Seit 2012 werden die zivilrechtlichen Wohnsitze sämtlicher Patientinnen und Patienten geprüft.

⁴⁾ Daten der medizinischen Statistik 2015 werden zu einem späteren Zeitpunkt durch das BfS bereitgestellt.

Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen

	2013	2014	2015
Bewilligungen nach Bundesrecht	454	533	576
Bewilligungen nach kantonalem Recht	510	561	586
Total	964	1 094	1 162

Bewilligungen nach Bundesrecht

	2013	2014	2015
Ärzte/Ärztinnen mit Praxisbewilligung	271	327	351
Zahnärzte/-ärztinnen	83	87	89
Apotheker/-innen	12	13	15
Chiropraktoren/Chiropraktorinnen	1	1	1
Psychologen/-innen	51	61	68
Tierärzte/-ärztinnen	36	44	52
Total	454	533	576

Bewilligungen nach kantonalem Recht

	2013	2014	2015
Heilpraktiker/-innen	243	248	253
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	65	80	80
Hebammen	36	39	41
medizinische Masseur/-innen	40	41	42
dipl. Pflegefachpersonen (ausserhalb von Spitälern/Kliniken)	24	26	30
Drogisten/Drogistinnen	13	15	15
Meldungen von ärztlichen Gesundheitsfachpersonen in Ausbildung (Praktika; Assistenz-Aerztinnen/Aerzte)	61	81	91
übrige Gesundheitsfachpersonen	28	31	34
Total	510	561	586

Anmerkung: Eine Gesundheitsfachperson kann mehrere Bewilligungen besitzen (d.h. die Zahl der Gesundheitsfachpersonen liegt unter dem Total der Anzahl der Bewilligungen). Auch angestellte Gesundheitsfachpersonen verfügen über eine Berufsausübungsbewilligung (d.h. die Zahl der Bewilligungen entspricht nicht der Zahl der Betriebe).

Institutionenbewilligungen

	2013	2014	2015
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7	7	7
Behinderten- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alters- und Pflegeheime	54	54	52
übrige Institutionen	95	105	105
Total	156	166	164

Institutionenbewilligungen: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

Inspektionen durch die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

	2011	2012	2013	2014	2015
bei Heilpraktiker/-innen	36	28	27	20	27
bei Zahnarzt/-ärztinnen	9	13	9	8	6
in ärztlichen Praxen	8	4	12	10	7
bei Apotheken und Drogerien	15	10	4	5	5
weitere Praxen	12	24	16	9	10
andere Inspektionen ¹⁾	21	6	8	25	26
Total	101	85	76	77	81

¹⁾ Abklärungen/Inspektionen im Rahmen der Heilmittel-, Betäubungsmittel- oder Medizinalproduktegesetzgebung.

Lebensmittelkontrolle; Inspektionen und Probenahmen

	2013	2014	2015
Durchgeführte Inspektionen	357	350	386
Inspektionen mit Beanstandungen (Verfügungen)	17	21	28
Beanstandungsquote	5 %	6 %	7 %
Erhobene Proben	304	423	409
Beanstandete Proben	50	75	71
Beanstandungsquote	16 %	18 %	17 %



Beratungsstelle für Suchtfragen

Beratungen

	2011	2012	2013	2014	2015
ausführliche Beratungen	160	175	161	135	138
Kurzberatung (bis 3 Gespräche)	105	98	97	77	111
Total	265	273	258	212	249

Ausführliche Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als 3 Gespräche)

	2011	2012	2013	2014	2015
Männer	101	110	102	91	100
Frauen	39	50	45	40	35
Paare	20	15	14	4	3
Total	160	175	161	135	138

Ausführliche Beratungen; Suchtmittel (mehr als 3 Gespräche)

	2011	2012	2013	2014	2015
Alkohol	79	85	82	76	75
Cannabis	33	30	28	19	26
Drogen (exkl. Cannabis)	33	46	40	24	26
Rauchstopp	4	-	1	1	-
diverse	11	14	10	16	11
Total	160	175	161	136	138

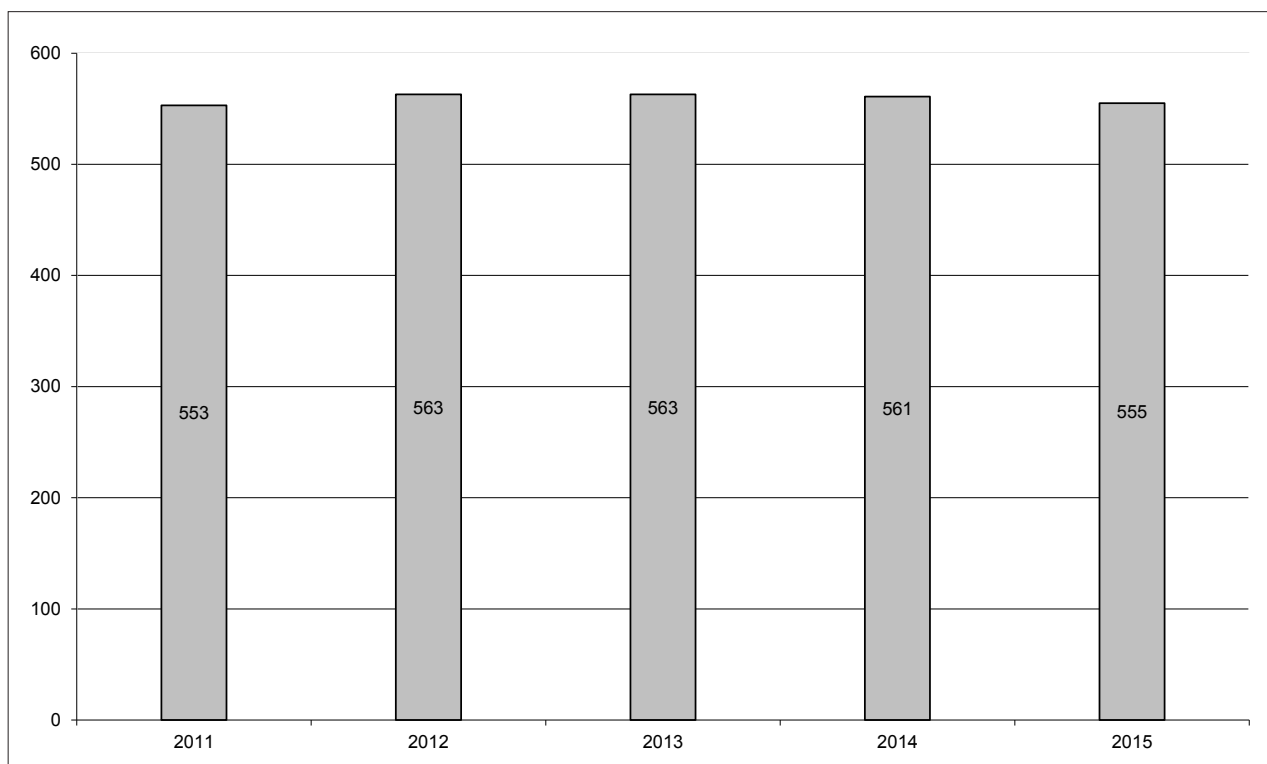
Departement Bau und Umwelt

Departementssekretariat: Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2011	2012	2013	2014	2015
Pendenzen vom Vorjahr	34	37	28	50	67
Eingänge	76	53	82	132	77
Erledigungen	73	62	60	115	75
Pendent Ende Jahr	37	28	50	67	69

Planungsamt

Anzahl bearbeitete Baugesuche (ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen)



Planungsamt: Übersicht über den Stand der Erschliessung gem. Art. 21 RPV (alle Bauzonen) per 31.12.2015 (in Aren)



	nicht erschlossen		teilweise erschlossen		innert 5 Jahren baureif		voll erschlossen und baureif		überbaut bzw. weitgehend überbaut		Gesamtfläche Bauzone
Urnäsch	0	0,0%	355	5,7%	0	0,0%	457	7,3%	5 413	87,0%	6 225
Herisau	570	1,5%	154	0,4%	976	2,6%	1 425	3,7%	34 994	91,8%	38 119
Schwellbrunn	66	1,7%	189	4,7%	175	4,3%	209	5,2%	3 380	84,1%	4 018
Hundwil	126	6,2%	96	4,7%	0	0,0%	63	3,1%	1 727	85,9%	2 012
Stein	0	0,0%	181	6,1%	12	0,4%	193	6,4%	2 606	87,1%	2 992
Schönengrund	81	5,5%	5	0,4%	195	13,3%	65	4,4%	1 121	76,4%	1 467
Waldstatt	67	1,2%	6	0,1%	44	0,8%	270	5,0%	5 015	92,9%	5 400
Teufen	167	1,0%	339	2,0%	560	3,4%	885	5,3%	14 676	88,3%	16 628
Bühler	71	1,3%	330	6,1%	56	1,0%	231	4,3%	4 718	87,3%	5 406
Gais	35	0,0%	34	0,4%	187	2,2%	685	8,1%	7 520	88,9%	8 461
Speicher	11	0,1%	0	0,0%	406	3,4%	439	3,7%	11 037	92,8%	11 894
Trogen	0	0,0%	63	1,0%	436	7,1%	357	5,8%	5 297	86,1%	6 152
Rehetobel	30	0,7%	31	0,7%	60	1,4%	276	6,6%	3 779	90,5%	4 175
Wald	9	0,4%	107	5,0%	143	6,6%	143	6,6%	1 750	81,3%	2 152
Grub	45	1,7%	15	0,6%	35	1,3%	67	2,5%	2 480	93,9%	2 641
Heiden	125	1,1%	188	1,6%	638	5,5%	846	7,3%	9 849	84,6%	11 646
Wolfhalden	136	2,8%	86	1,8%	160	3,3%	428	8,8%	4 026	83,3%	4 834
Lutzenberg	158	3,2%	65	1,3%	191	3,8%	171	3,4%	4 389	88,2%	4 974
Walzenhausen	148	2,1%	299	4,3%	139	2,0%	677	9,7%	5 696	81,8%	6 960
Reute	47	2,5%	102	5,4%	0	0,0%	114	6,0%	1 635	86,2%	1 897
Gesamttotal	1 890	1,3%	2 644	1,8%	4 410	3,0%	8 002	5,4%	131 106	88,6%	148 052

Hochbauamt

Offene Investitionskredite (Ende 2015)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilligungsinstanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
Herisau, Umnutzung Zeughaus Projektierungs-, Bau- und Zusatzkredite für Umnutzung, Landerwerb, zusätzl. Parkplätze, Verbreiterung Annex, Beschaffung Netzwerkgeräte, Video- und Konfrontationseinvernahme	20'448'000	VR/KR/RR	X X	20'941'829	◇ 20'376'162
Kantonsschule Trogen Umnutzung Pavillon in Lernraum	240'000	RR	X	240'000	◇ 211'666
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhodon PZA Planung Möglichkeiten der Landreserve	160'000	RR	X	160'000	160'000
Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung	39'500'00	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4'300'000	RR	X	4'634'041	4'556'001
Haus I	9'000'000	RR	X	9'878'147	◇ 9'170'448
Haus III	6'000'000	RR		0	offen
Haus IV	6'100'000	RR	X	6'796'952	◇ 6'464'170
Haus V	1'855'000	RR		0	offen
Haus VI	3'350'000	RR		0	offen
Haus VIII (Freigabe Anteil Küche 1.+2.Etappe)	3'850'000	RR	X	4'697'418	4'697'418
Haus IX	2'450'000	RR	X	3'171'533	◇ 3'069'102
Haus XIII	2'000'000	RR	X	2'209'896	◇ 1'893'968
Trogen, Fünfeckpalast Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	583'000	KR	X	697'270	600'000
Trogen, Optimierung und Erneuerung Rathaus Projektierungs- und Ausführungskredite	5'000'000	RR	X	5'043'759	◇ 4'216'293
Rehetobel, St. Gallerstrasse 11 (Finanzvermögen) Umbau Praxis-Räumlichkeiten	280'000	RR	X	280'000	◇ 282'527

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = abgerechnet RR = Regierungsrat VA = Volksabstimmung
 * = kein kantonales Bauvorhaben KR = Kantonsrat SR = Stiftungsrat

Bestand der durch das Hochbauamt verwalteten Liegenschaften

Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften

		Gebäude, Grund- stücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2015
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude	74	91	91		116 357 300
	Grundstücke ohne Gebäude	5				
	PZA, Anstalten, Schulen	43				167 034 600
	Baurechtsgrundstücke Spitäler	3				
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude	30	95	81	2	36 765 800
	Grundstücke ohne Gebäude	7			2	
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude	16	30	30		13 662 100
	Grundstücke ohne Gebäude	27			1	
	Baurechtsgrundstücke	2				
Pensionskasse von Appenzell Ausserrhodon	Grundstücke mit Gebäude	36	269	269		95 468 816
	Grundstücke ohne Gebäude	2				
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	11	9	6	10	5 181 900
Bestand 31.12.2015		256	494	477	15	434 470 516
Bestand 31.12.2014		255	471	456	15	407 433 800

Zugemietete Liegenschaften/Objekte

		Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Büroräume, Wohnungen		16	74	1 434 512
	Archive, Lager	2	28	
	Parkplätze	3	24	
Gewerbliche Objekte		7	7	136 469
	Parkplätze		10	
Polizeiposten		3	3	48 958
	Archive, Lager	1	4	
	Parkplätze	3	5	
Garagen und Einstellplätze		3	70	124 585
Bestand 31.12.2015		38	225	1 744 525
Bestand 31.12.2014		39	226	1 771 302

* vermietbare Einheiten

Parkplatzbewirtschaftung

Insgesamt werden 329 Parkplätze für die kantonale Verwaltung (ausserhalb der Arbeitszeit für die Öffentlichkeit) durch das Hochbauamt bewirtschaftet.

Renditeliegenschaften Finanzvermögen (in Fr.)

	Ort	Buchwert 01.01.2015	Nettomietzins- Solleinnahme pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Dorfstrasse 66 (Verkauf per 28.2.2015)	Bühler	1 222 000	9 335	0,76 %
Dorfplatz 5	Gais	1 998 000	129 740	6,49 %
Hinterbissaustr. 68	Heiden	318 000	29 315	9,22 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 770 000	226 156	6,00 %
Alpsteinstr. 26B	Herisau	315 000	24 180	7,68 %
Alpsteinstr. 26C	Herisau	326 000	22 320	6,85 %
Alpsteinstr. 30/32	Herisau	469 000	31 900	6,80 %
Alpsteinstr. 3809 (Kauf per 4.6.2015)	Herisau	-	720	-
Cilanderstr.7	Herisau	290 000	29 034	10,01 %
Cilanderstr. 24A	Herisau	340 000	22 740	6,69 %
Degersheimerstr. 3	Herisau	240 000	17 760	7,40 %
Spitalstr. 4 / Buchenstr. 10	Herisau	682 000	21 900	3,21 %
Huebstr. 40A	Herisau	402 900	30 120	7,48 %
Huebstr. 40B	Herisau	154 300	10 800	7,00 %
Huebstr. 49	Herisau	401 000	21 852	5,45 %
Industriestr. 1	Herisau	647 000	41 640	6,44 %
Industriestr. 3	Herisau	636 000	55 760	8,77 %
Industriestr. 15	Herisau	463 000	15 240	3,29 %
Krombach 1	Herisau	462 900	35 280	7,62 %
Krombach 2	Herisau	221 100	15 480	7,00 %
Huebstr. 34	Herisau	493 600	31 589	6,40 %
Kreuzstr. 22	Herisau	2 329 000	168 190	7,03 %
Schlossstr. 5	Herisau	745 000	44 940	6,03 %
Schlossstr. 14	Herisau	135 000	8 820	6,53 %
Dorf 4	Hundwil	223 000	9 924	4,45 %
Gmünden (auf GB Nr. 1109)	Niederteufen	674 900	33 500	4,96 %
Gmünden 1191	Niederteufen	420 000	24 216	5,77 %
St.Gallerstr. 11	Rehetobel	1 696 000	61 792	3,64 %
Ebni 4	Teufen	2 125 000	138 132	6,50 %
Mooshaldenstr. 26 (vormals 30)	Waldstatt	172 000	9 400	5,47 %
Herisauerstr. 36/Mooshalden 3 (auf GB Nr. 626)	Waldstatt	24 000	700	2,92 %
Mooshalden 541 (auf GB Nr. 09)	Waldstatt	50 000	12 000	24,00 %
Total		22 445 700	1 334 475	5,95 %

Renditeliegenschaften; Miteigentum

	Buchwert 01.01.2015	Buchwert 01.01.2016
MEG Gutenbergzentrum (2/12 Anteile)	4 707 800	4 707 800
MEG Café Würzer (2/12 Anteile)	1 454 600	1 454 600
MEG Gutenbergstr. 2 (2/12 Anteile)	164 800	164 800
Total	6 327 200	6 327 200

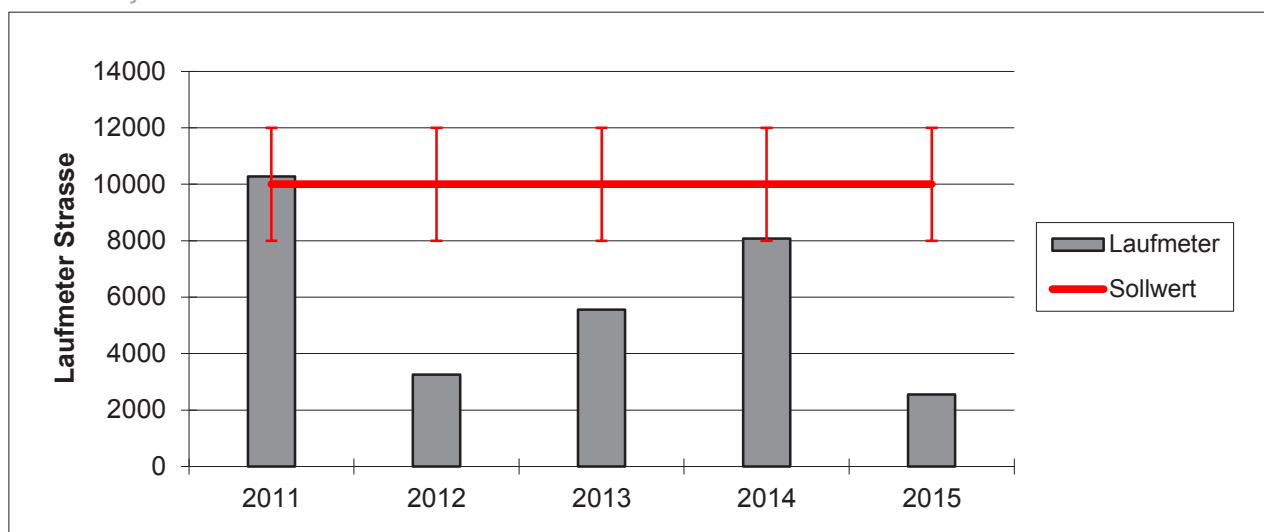
Departementssekretariat; Wohnbaustatistik

	2013	2014	2015
Baubewilligte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	358	291	463
Im Bau befindliche Wohnungen (Ende Jahr, kantonsweit)	440	328	457
Neu erstellte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	336	394	253

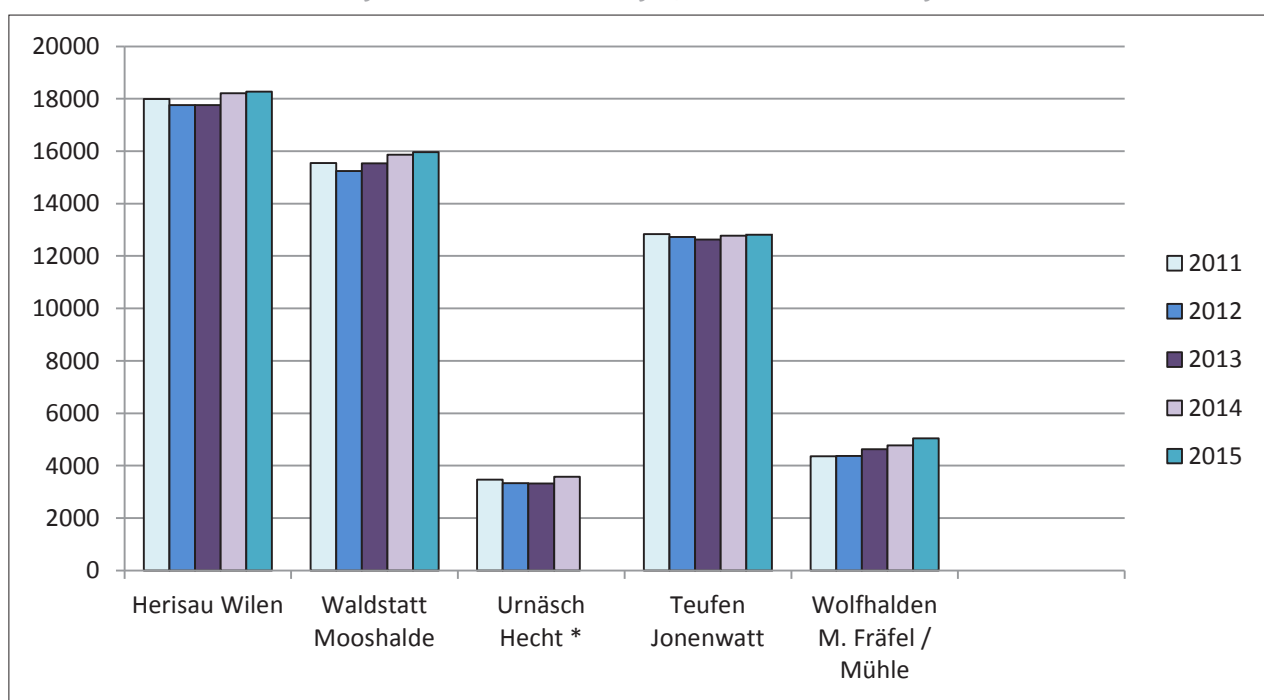
Quelle: Ausserrhoder Gemeinden (Auftrag Regierungsprogramm 2012-2015)

Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)



* Messstelle durch Verkehrsunfall im Mai beschädigt.
Keine verwendbare Messreihe für 2015

Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: ausbezahlte Beiträge (in Fr.)

	2011	2012	2013	2014	2015
Thermische Solaranlagen	110 373	137 436	106 570	84 244	45 936
Photovoltaik-Anlagen	146 925	851 085	550 043	118 868	7 500
Holzfeuerungen	166 100	59 000	561 100	34 500	28 500
Wärmenetzanschlüsse	100 500	89 400	134 200	95 700	77 000
Erdsonden-Wärmepumpe	76 500	150 000	100 000	64 000	42 000
Minergie-Gebäude	210 510	304 200	172 010	262 870	103 630
Gebäudehüllen-Sanierung	311 464	434 790	397 130	455 850	145 000
Diverse Massnahmen	33 500	25 500	36 520	50 468	4 430
Total	1 155 872	2 051 411	2 057 573	1 166 500	453 996
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	1093 090	1 642 565	1 564 905	1 220 995	1 016 655

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2011	2012	2013	2014	2015
Thermische Solaranlagen	53	72	54	38	25
Photovoltaik-Anlagen	22	120	100	29	2
Holzfeuerungen	20	25	18	15	8
Wärmenetzanschlüsse	32	39	51	39	31
Erdsonden-Wärmepumpe	15	28	18	12	8
Minergie-Gebäude	25	26	20	28	11
Gebäudehüllen-Sanierung	56	101	62	60	14
Diverse Massnahmen	19	9	6	14	4
Total	242	420	329	235	103
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	355	445	395	353	306

Departement Volks- und Landwirtschaft

Entwicklung Anzahl Beschäftigte (B) und Vollzeitäquivalente (VZA)
nach Wirtschaftszweigen und Gemeinden 2011/2012/2013

	1. Sektor			2. Sektor			3. Sektor			Total		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Herisau												
B	280	195	228	2 995	2 859	2 887	5 874	6 136	6 301	9 149	9 190	9 416
VZA	201	127	145	2 751	2 643	2 664	4 295	4 479	4 629	7 247	7 249	7 438
Hundwil												
B	151	141	138	37	34	38	248	258	273	436	433	449
VZA	103	99	101	32	30	33	168	169	179	303	298	313
Schönengrund												
B	56	48	49	23	24	22	50	59	80	129	131	151
VZA	38	36	36	20	20	18	34	42	54	92	98	108
Schwellbrunn												
B	151	150	147	64	63	64	210	217	223	425	430	434
VZA	111	111	108	59	58	57	139	140	146	309	309	311
Stein												
B	85	87	88	58	64	64	313	304	312	456	455	464
VZA	62	62	62	50	57	55	204	195	199	316	314	316
Urnäsch												
B	195	194	188	264	283	255	566	557	530	1 025	1 034	973
VZA	129	134	131	232	238	214	389	379	361	750	751	706
Waldstatt												
B	58	59	59	512	529	545	252	273	330	822	861	934
VZA	40	40	40	475	491	505	169	180	211	684	711	756
Bühler												
B	50	54	55	441	383	373	256	255	250	747	692	678
VZA	34	37	38	404	342	329	186	174	175	624	553	542
Gais												
B	109	102	109	344	341	354	763	810	804	1 216	1 253	1 267
VZA	77	74	75	299	300	315	534	554	551	910	928	941
Speicher												
B	64	66	57	252	225	228	764	739	727	1 080	1 030	1 012
VZA	42	45	40	219	197	201	540	520	516	801	762	757
Teufen												
B	113	113	114	533	469	481	2 013	2 034	2 075	2 659	2 616	2 670
VZA	70	69	65	487	421	428	1 451	1 424	1 468	2 008	1 914	1 961

	1. Sektor			2. Sektor			3. Sektor			Total		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Trogen												
B	53	55	55	116	116	116	728	671	709	897	842	880
VZA	34	38	38	102	101	105	541	500	525	677	639	668
Grub												
B	35	46	46	62	72	66	176	168	178	273	286	290
VZA	21	30	31	53	61	57	119	112	119	193	203	207
Heiden												
B	74	75	68	849	848	1 009	1 737	1 752	1 869	2 660	2 675	2 946
VZA	48	49	41	795	790	953	1 283	1 272	1 356	2 126	2 111	2 350
Lutzenberg												
B	24	27	26	65	74	68	205	202	194	294	303	288
VZA	15	17	18	58	64	58	148	144	140	221	225	216
Rehetobel												
B	51	52	53	112	109	107	379	356	347	542	517	507
VZA	34	34	33	82	83	88	262	252	254	378	369	375
Reute												
B	35	33	32	36	31	35	134	135	137	205	199	204
VZA	22	22	23	30	25	30	89	90	89	141	137	142
Wald												
B	57	57	57	147	146	150	104	106	103	308	309	310
VZA	36	36	37	129	126	131	64	66	65	229	228	233
Walzenhausen												
B	55	55	47	348	339	336	920	881	887	1 323	1 275	1 270
VZA	31	31	27	324	314	310	653	623	624	1 008	968	961
Wolfhalden												
B	67	60	48	468	467	465	258	283	287	793	810	800
VZA	35	36	30	434	434	425	183	204	208	652	674	663
Total B	1 763	1 669	1 664	7 726	7 476	7 663	15 950	16 196	16 616	25 439	25 341	25 943
Total VZA	1 183	1 127	1 119	7 035	6 795	6 976	11 451	11 519	11 869	19 669	19 441	19 964

Quelle: STATENT Bundesamt für Statistik, Rundungsdifferenzen möglich, provisorische Daten der Vorjahre werden nachgeführt.

Handelsregisteramt

Bestand

	2011	2012	2013	2014	2015
Einzelunternehmen	1 105	1 089	1 102	1 104	1 078
Personengesellschaften	69	68	66	62	60
AG	1 754	1 875	1 979	2 028	2 068
GmbH	1 178	1 299	1 360	1 444	1 482
Genossenschaften	54	54	56	56	52
Vereine	25	26	27	32	37
Stiftungen	132	131	131	128	129
besondere Rechtsformen	3	3	4	5	5
Zweigniederlassungen	111	107	105	104	104
Total	4 431	4 652	4 830	4 963	5 015
Veränderung		+ 5,0 %	+ 3,8 %	+ 2,8 %	+ 1,0 %

Eintragungen und Löschungen

	2011	2012	2013	2014	2015
Eintragungen Handelsregister	505	518	487	468	447
Löschungen	297	297	309	335	395
Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden	208	221	178	133	52

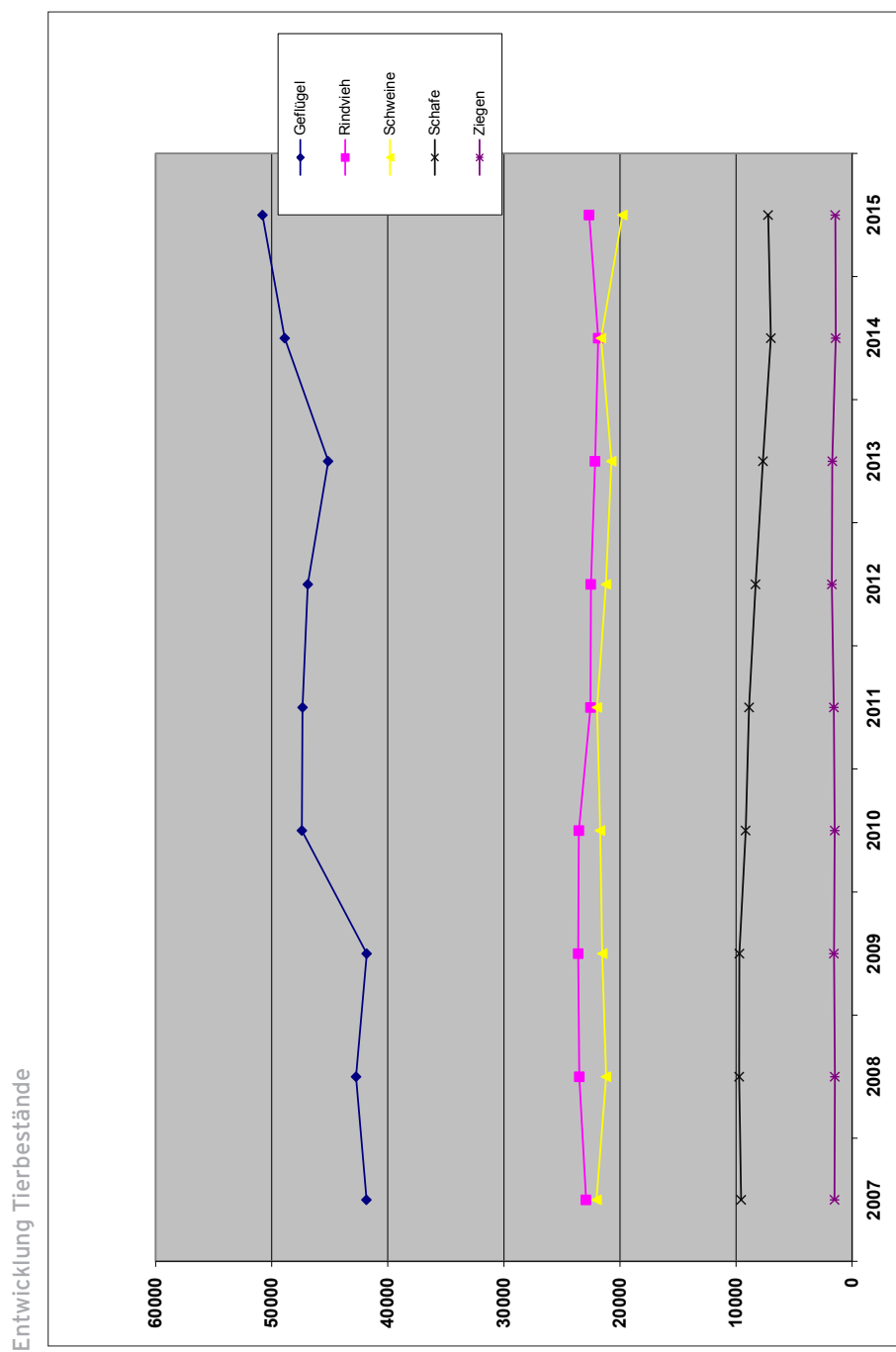
Arbeitsinspektorat

Bereich ArG/UVG		2013	2014	2015
Anzahl	Betriebsbesuche	121	104	109
	bearbeitete Planbegutachtungen und Plangenehmigungen	177	169	186
	diverse Geschäfte	56	72	58
Anzahl Beratungsgespräche	Total	166	166	174
	Mobbing	5	1	4
	sexuelle Belästigung	1	0	1

Bereich Flankierende Massnahmen/Arbeitsmarkt		2013	2014	2015
Anzahl	Meldungen	1 820	1 872	2 446
	Kontrollen	108	105	107
	kontrollierte Personen	243	267	229
	abgeschlossene Fälle	102	126	89

Bereich Schwarzarbeit		2013	2014	2015
Anzahl	Kontrollen	84	60	79
	kontrollierte Personen	181	211	185
	vermutete Fälle von Schwarzarbeit	46	16	34
	abgeschlossene Fälle	56	67	81

Landwirtschaftsamt





Veterinärämtesverband

Inspektionen Betriebs- und Schlachthygiene

	2011	2012	2013	2014	2015
bewilligte Schlachtbetriebe	11	11	11	9	9
Inspektionen	5	8	4	1	9
Beanstandungen	35	31	10	7	50

Fleischuntersuchungen; Schlachtungen Total

	2011	2012	2013	2014	2015
Kühe/Rinder	698	671	676	594	507
Kälber	10	8	3	10	7
Schafe	478	420	468	549	531
Ziegen	214	222	231	284	226
Schweine	2 242	2 093	2 004	1 803	1 709
Pferde	6	3	2	60	100
Lamas, Alpakas	-	1	4	1	7
Total	3 648	3 418	3 388	3 301	3 087

Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2011	2012	2013	2014	2015
Kühe/Rinder	595	535	502	437	374
Kälber	9	5	3	7	4
Schafe	476	412	468	546	529
Ziegen	214	222	231	283	225
Schweine	2 237	2 083	1 995	1 795	1 703
Pferde	6	3	1	60	99
Lamas, Alpakas	-	1	4	1	7
Total	3 537	3 261	3 204	3 129	2 941

Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2011	2012	2013	2014	2015
Kühe/Rinder	103	136	174	157	133
Kälber	1	3	-	3	3
Schafe	2	8	-	3	2
Ziegen	-	-	-	1	1
Schweine	5	10	9	8	6
Pferde	-	-	1	-	1
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
Total	111	157	184	172	146

Rückstandsuntersuchungen

	2011		2012		2013		2014		2015	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	10	-	10	-	10	-	10	-	6	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch	10	1	10	2	10	-	10	-	-	-
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	45	-	64	-	73	4	47	7	27	-
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	12	-	12	-	12	-	12	-	18	-
Total	77	1	96	2	105	4	79	7	51	-

K = Kontrolle

B = Beanstandungen

Regionales Arbeitsvermittlungsamt (RAV)/Arbeitslosenkasse

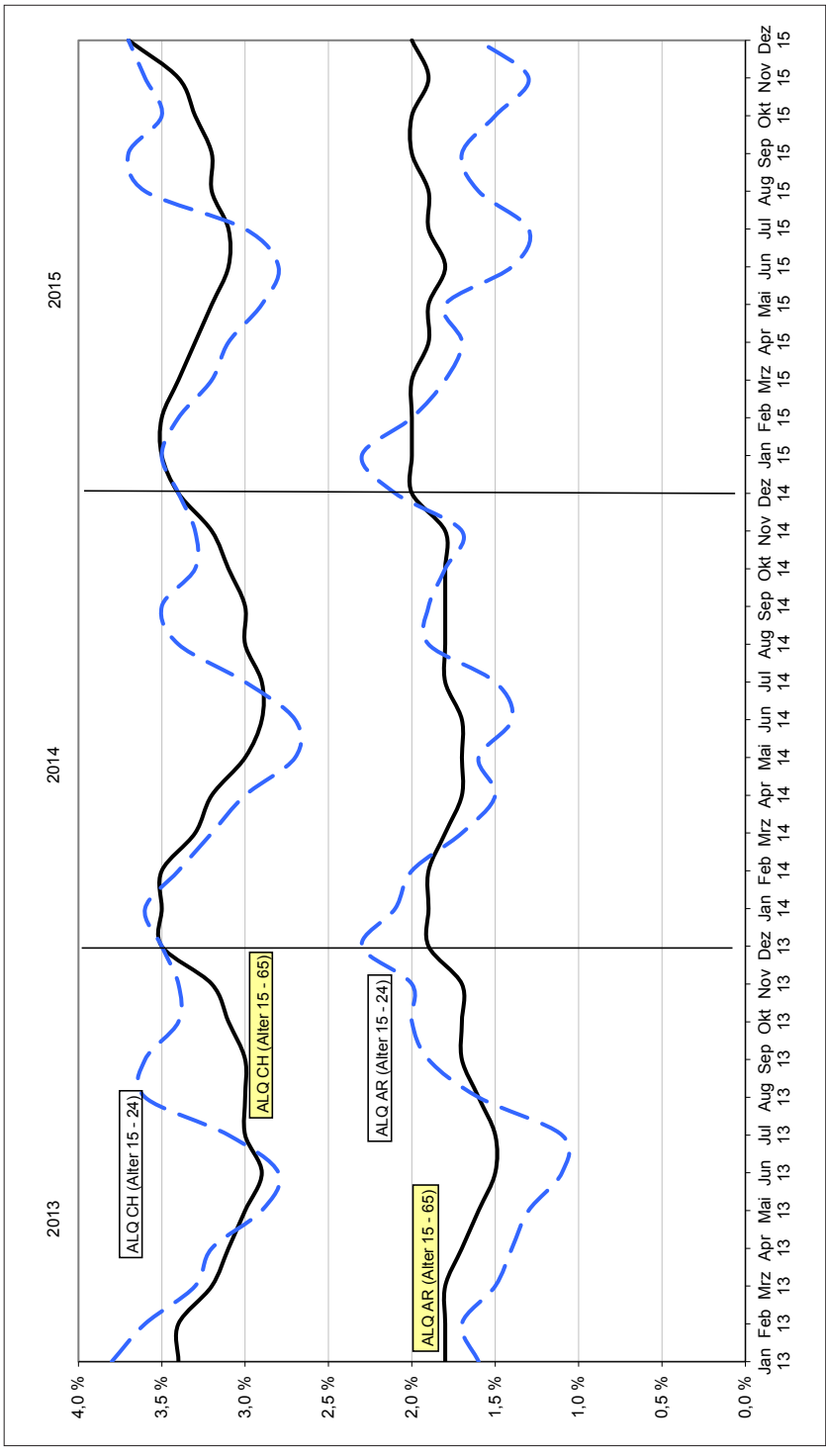
RAV-Statistik

	2011	2012	2013	2014	2015
Ø Stellensuchende	786	842	836	865	928
Ø Arbeitslosenquote	1,5 %	1,6 %	1,7 %	1,8 %	1,9 %
Ø Personalbestand RAV ¹⁾	11,8	11,6	11,7	12,1	13,2
durchgeführte Beratungsgespräche	7 140	6 749	6 510	6 785	7 189
vermittelte Dauerstellen	100	56	61	79	80
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienste	112	71	39	50	57
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	454	481	514	544	498
Stellenmeldungen	443	266	355	336	381
Ø Bezugstage bis Abmeldung pro stellensuchende Person	165	156	145	152	²⁾ 146
neu ausgesteuerte Personen	193	150	147	157	²⁾ 154

¹⁾ Vollstellen

²⁾ provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)

Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)



Auszahlung Arbeitslosenentschädigung (in Fr.)

	2011	2012	2013	2014	2015
Arbeitslosenentschädigung	16 574 124	16 683 824	18 808 326	19 026 164	20 204 806
Kurzarbeitsentschädigung	1 122 903	1 978 037	1 669 985	780 794	552 843
Schlechtwetterentschädigung	96 678	469 520	440 451	50 496	243 569
Insolvenzentschädigung	226 127	89 677	111 023	47 171	23 458
Präventivmassnahmen	511 055	500 939	663 982	649 814	444 342
Total	18 530 887	19 721 997	21 693 767	20 554 439	21 469 018

Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmende

	2011	2012	2013	2014	2015
Januar	91	297	241	150	24
Februar	289	319	283	266	32
März	272	254	249	157	64
April	121	157	133	29	52
Mai	124	136	29	28	53
Juni	55	147	21	20	53
Juli	-	12	3	6	2
August	-	-	3	6	147
September	186	243	15	6	19
Oktober	54	130	114	5	129
November	48	274	161	2	123
Dezember	176	250	169	6	190
Total	1 416	2 219	1 421	681	888

Departement Sicherheit und Justiz

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

	2011	2012	2013	2014	2015
Personenwagen	29 233	29 906	30 491	31 036	30 998
Personentransportfahrzeuge	442	460	499	535	535
Sachentransportfahrzeuge	2 138	2 219	2 314	2 373	2 408
Landwirtschaftsfahrzeuge	2 271	2 279	2 301	2 316	2 309
Industriefahrzeuge	538	555	562	567	562
Motorräder	5 326	5 396	5 463	5 470	5 250
Anhänger	3 395	3 504	3 579	3 660	3 623
Total	43 343	44 319	45 209	45 957	45 685
Veränderung		+ 2,25 %	+ 2,01 %	+ 1,65 %	- 0,59 %

Quelle: Statistik aso Vereinigung der Strassenverkehrsämter

Jagdverwaltung

Patente und Straffälle

	2011	2012	2013	2014	2015
Niederjagdpatente	138	137	140	143	152
Hochjagdpatente	50	55	57	53	62
Jagdstraffälle	1	-	7	1	5

Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2011	2012	2013	2014	2015
Schwarzwild	-	-	-	-	2
Rotwild (Hirsche)	20	26	42	27	47
Gamswild	11	13	11	5	10
Rehwild	497	494	511	459	471
Total	528	533	564	491	530

Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz

Rekrutenaushebung

	2012	2013	2014	2015
Diensttauglich	295	247	252	256
Schutzdiensttauglich	48	44	45	40
Untauglich	51	36	49	52
Total Stellungspflichtige	394	327	346	348
davon Diensttauglich	75 %	76 %	73 %	74 %

Schiesswesen ausser Dienst (Pflicht)

	2012	2013	2014	2015
Bundesprogramm 300 m	1 557	1 531	1 544	1 493
Bundesprogramm 50 m / 25 m	156	141	97	82
Total	1 713	1 672	1 641	1 575
davon disziplinarische Bestrafung	91	43	39	47

Schiesswesen ausser Dienst

	2012	2013	2014	2015
Feldschiessen 300 m	877	793	778	713
Feldschiessen 50 m / 25 m	184	163	120	98
Jungschützen	80	76	66	66



Kontrollführung

	2012	2013	2014	2015
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 130	4 075	4 008	3 906
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	158	163	195	181

Wehrpflichtersatzabgabe

	2012	2013	2014	2015
Ersatzpflichtige	1 630	1 659	1 569	1 597
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	821 751	870 170	736 555	720 399
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	250 438	217 543	184 139	180 100

Zivilschutz

	2012	2013	2014	2015
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	35	78	46	32
geleistete Dienstage	4 115	4 710	3 814	3 185
Belegungstage Ausbildungszentrum Herisau	224 (Teufen)	230	269	233
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	14	18	27	15

Departement Inneres und Kultur



Bevölkerung des Kantons 1980, 1990, 2000, 2011-2014

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration 1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000; 2011-2014: Stand 31. Dezember (STATPOP).

Appenzell Ausserrhoden

	1980	1990	2000	2011	2012	2013	2014
Hinterland	21 545	23 805	24 248	23 562	23 540	23 729	23 883
Mittelland	14 392	15 373	15 623	16 441	16 560	16 654	16 775
Vorderland	11 674	13 051	13 633	13 310	13 338	13 308	13 406
Total	47 611	52 229	53 504	53 313	53 438	53 691	54 064

Hinterland

	1980	1990	2000	2011	2012	2013	2014
Urnäsch	2 258	2 431	2 336	2 270	2 241	2 245	2 230
Herisau	14 160	15 624	15 882	15 174	15 222	15 342	15 512
Schwellbrunn	1 142	1 438	1 468	1 475	1 476	1 492	1 477
Hundwil	943	1 035	1 038	975	974	976	989
Stein	1 198	1 314	1 355	1 371	1 357	1 375	1 387
Schönengrund	404	434	459	508	492	509	510
Waldstatt	1 440	1 529	1 710	1 789	1 778	1 790	1 778
Total	21 545	23 805	24 248	23 562	23 540	23 729	23 883

Mittelland

	1980	1990	2000	2011	2012	2013	2014
Teufen	5 027	5 252	5 535	5 867	5 975	6 038	6 112
Bühler	1 640	1 628	1 598	1 697	1 705	1 702	1 704
Gais	2 388	2 662	2 770	3 039	3 018	3 052	3 081
Speicher	3 484	3 789	3 853	4 133	4 183	4 166	4 179
Trogen	1 853	2 042	1 867	1 705	1 679	1 696	1 699
Total	14 392	15 373	15 623	16 441	16 560	16 654	16 775

Vorderland

	1980	1990	2000	2011	2012	2013	2014
Rehetobel	1 416	1 688	1 742	1 728	1 709	1 731	1 725
Wald	695	851	881	837	843	832	856
Grub	833	1 019	1 038	997	1 021	1 020	1 016
Heiden	3 620	3 885	4 063	4 030	4 012	4 031	4 082
Wolfhalden	1 632	1 713	1 689	1 720	1 720	1 727	1 741
Lutzenberg	880	1 083	1 323	1 270	1 254	1 253	1 258
Walzenhausen	2 004	2 152	2 181	2 094	2 106	2 052	2 054
Reute	594	660	716	634	673	662	674
Total	11 674	13 051	13 633	13 310	13 338	13 308	13 406

Departementssekretariat

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Veränderung

	2011	2012	2013	2014	2015
Pendenzen vom Vorjahr	23	¹⁾ 18	33	12	19
Eingänge	27	41	19	25	21
Erledigungen	- 18	- 26	- 40	- 18	- 22
Pendent Ende Jahr	32	²⁾ 33	12	19	18

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Eingänge

	2011	2012	2013	2014	2015
Departementsgeschäfte ³⁾	11	10	12	14	12
Vormundschaftsbeschwerden (RR) ⁴⁾	8	25	2	-	-
Stimmrechtsbeschwerden (RR)	2	-	1	4	3
Aufsichtsbeschwerden (RR)	2	2	1	4	2
Diverse (RR)	4	4	3	3	4
Total	27	41	19	25	21

¹⁾ Bis 2010 wurden auch die vom Rechtsdienst der Kantonskanzlei betreuten Beschwerden und Rekurse (v.a. gegen Zonenpläne und Baureglemente) miterfasst. Für 2011 und 2012 wurden Eingänge und Erledigungen dieser Geschäfte nicht mehr erfasst. Da 2011 keine Abgrenzung zu diesen Fällen stattgefunden hat, wurde diese 2012 vorgenommen. Die Anzahl Pendenzen vom Vorjahr wurde von 32 auf 18 korrigiert.

²⁾ Von den 33 Ende 2012 pendenten Beschwerden wurden per 2013 - aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts - 16 Fälle zuständigkeitshalber an die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bzw. das Obergericht überwiesen. Es verblieben 17 pendente Beschwerden.

³⁾ v.a. Rekurse in der Sozialhilfe.

⁴⁾ Der Regierungsrat ist seit 1. Januar 2013 nicht mehr für die Vormundschaftsbeschwerden zuständig. Die Verfügungen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde können direkt beim Obergericht angefochten werden. Zwei Beschwerden sind im Januar 2013 noch beim Regierungsrat eingegangen, da Vormundschaftsbehörden im Dezember 2012 noch Verfügungen versandten, in denen die Rechtsmittelbelehrung auf den Regierungsrat verwies.

Asyl und Integration

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen

Unterbringung Kanton

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	
zentrale Unterbringung	48	94	-	2	48	96	+ 48
Unterbringung Gemeinden	144	213	102	114	246	327	+ 81
Total	192	307	102	116	294	423	+ 129

Zentrale Unterbringung

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	
Unterbringung Zentren	30	64	-	-	30	64	+ 34
Nothilfestruktur	8	11	-	-	8	11	+ 3
diverse Unterbringungsfälle ¹⁾	10	19	-	2	10	21	+ 11
Total	48	94	-	2	48	96	+ 48

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen

Unterbringung Gemeinden

	Wohnbevölkerung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
		2014	2015	2014	2015	2014	2015	
Urnäsch	2 270	1	9	5	3	6	12	+ 6
Herisau	15 822	52	58	36	49	88	107	+ 19
Schwellbrunn	1 539	4	5	1	4	5	9	+ 4
Hundwil	972	-	7	6	-	6	7	+ 1
Stein	1 411	2	6	3	3	5	9	+ 4
Schönengrund	527	-	-	2	2	2	2	+ 0
Waldstatt	1 790	3	3	8	8	11	11	+ 0
Teufen	6 182	23	28	5	4	28	32	+ 4
Bühler	1 711	-	1	-	-	-	1	+ 1
Gais	3 091	5	11	4	6	9	17	+ 8
Speicher	4 232	12	13	8	12	20	25	+ 5
Trogen	1 720	6	10	2	1	8	11	+ 3
Rehetobel	1 728	4	5	7	8	11	13	+ 2
Wald	846	1	-	5	6	6	6	+ 0
Grub	1 010	7	8	-	-	7	8	+ 1
Heiden	4 184	11	27	3	3	14	30	+ 16
Wolfhalden	1 780	5	6	1	1	6	7	+ 1
Lutzenberg	1 259	-	-	2	2	2	2	+ 0
Waizenhausen	2 066	4	12	4	2	8	14	+ 6
Reute	697	4	4	-	-	4	4	+ 0
Total	54 837	144	213	102	114	246	327	+ 81

Entwicklung Zuweisungen

	2011	2012	2013	2014	2015
Anwesend am 01.01.	189	233	298	289	294
Zugänge	165	232	191	225	339
Erledigungen	121	167	200	220	210
Anwesend am 31.12.	233	298	289	294	423
Veränderung	+ 44	+ 65	- 9	+ 5	+ 129

Zugänge

	2011	2012	2013	2014	2015
Bundes-Zuweisungen	154	216	174	169	293
Zuzüge aus anderen Kantonen	-	-	1	3	-
Geburten	4	9	6	5	11
vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	7	7	10	49	35
Total	165	232	191	226	339

Erledigungen

	2011	2012	2013	2014	2015
Wegzug in anderen Kanton	1	5	5	3	2
kontrollierte Ausreise	13	23	34	4	6
Ausschaffungen	31	37	35	14	21
Abreise nach unbekannt	26	64	77	30	34
Erteilung humanitäre Bewilligung	1	8	7	12	17
Erteilung andere Bewilligung	2	2	-	3	1
Anerkennung als Flüchtling	40	21	32	105	94
Nachführung bereits vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	-	-	-	-	-
vorläufige Aufnahme aus Asylverfahren	7	7	10	49	35
Total	121	167	200	220	210



Amt für Kultur

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche und Stellungnahmen

	2011	2012	2013	2014	2015
Beitragsgesuche	66	75	59	78	66
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	169	193	188	203	184 ¹⁾

¹⁾ 30 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben.
154 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.

Denkmalpflege; Entwicklung Beiträge (in Fr.)

	2011	2012	2013	2014	2015
Kanton	825 940	923 371	949 153	954 388	664 690
Bund	180 375	210 500	305 593	392 040	211 812
Gemeinde	1 215 222	802 338	689 568	1 320 212	642 732
Total	2 221 537	1 936 209	1 944 314	2 666 640	1 519 234

